Demokratienähe und -distanz

Zwischenbericht mit Empfehlungen an die Politik

Aus dem Forschungsprojekt:
„Demokratieferne Einstellungen in einer Kommune. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf"

Raiko Hannemann
Stefan Komoß
Andrea Metzner
Paula Moldenhauer
Heinz Stapf-Finé

Gefördert durch

LOTTO STIFTUNG BERLIN

Berlin, Juni 2017

www.socialeurope.de

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis 2

1 Einleitung 4

2 Marzahn-Hellersdorf 5

3 **Befragung von Kindern und Jugendlichen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf 6**

3.1 Erste Erhebung 6

3.2 Beschreibung des Samples und Datenerhebung 7

3.2.1 Beschreibung des Samples 7

3.2.2 Vorgehen bei der Datenerhebung 8

3.3 Demokratienähe und -distanz in den Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts 10

3.4 Differenzierung der Demokratiedistanzierten 14

3.4.1 Demokratiefeind_innen 14

3.4.2 Demokratiegleichgültige/Demokratiefremde 16

3.4.3 Rigide Demokratieverdrossene/Skeptiker_innen 16

3.5 Welche Partei würdest du wählen? Vergleich mit den Ergebnissen der U18-Wahl und den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) 2016 17

3.6 Engagement der Befragten 19

3.7 Jugendliche in MaHe und ihre Lebenssituation 22

3.7.1 Jugendlichen gefällt es in MaHe 22

3.7.2 Zukunftschancen werden mehrheitlich positiv eingeschätzt 23

3.7.3 Haushaltseinkommen wird als ausrechend eingeschätzt 23

3.7.4 Vertrauenspersonen im Nahumfeld 25

3.7.5 Weitere positive Aspekte 25

4 Wahlanalyse 26

4.1 Rechte Einstellungen in Marzahn-Hellersdorf 26

4.2 Wahlergebnisse in Marzahn-Hellersdorf 27

4.2.1 Abgeordnetenhauswahlen 27

4.2.2 Bezirksverordnetenversammlung 28

4.3 Wahlen in Berlin 30

4.4 Einfluss der Medien 31

5 **Demokratie, Demokratieverhalten und -verhältnis 33**

5.1 Die drei Bedeutungsdimensionen der Demokratie 33

5.2 Typologie des Demokratieverhältnisses 35

5.2.1 Das Problem der Typologie 35

5.2.2 Schema zur Typologie des Demokratieverhältnisses 36
5.3 Typologie der Demokratieaffinität 41
5.3.1 Die Zufriedenen 42
5.3.2 Die kritisch-politischen und kritisch-unpolitischen Demokrat_innen 42
5.3.3 Demokratieentfremdete 43
5.3.4 Exkurs: Bemerkungen zur historisch-geografischen Besonderheit Marzahn-Hellersdorfs 46
5.4 Typologie der Demokratiedistanz/-ferne 50
5.4.1 Demokratiegleichgültigkeit/-fremdheit 51
5.4.2 Rigider Demokratieverdruss/-skepsis 52
5.4.3 Demokratiefeindlichkeit 55
5.5 Bedeutung der Gruppen der Demokratiedistanz und Demokratieaffinität für die Stabilität bzw. Fragilität der Demokratie 56

6 Maßnahmen für demokratieaffine und demokratiedistanzierte Gruppen ... 60
6.1.1 Ziele und Empfehlungen für demokratieaffine Gruppen 60
6.1.2 Ziele und Empfehlungen für demokratiedistanzierte Gruppen 70

7 Empfehlungen zur Zielgruppe der Jugendlichen 78
7.1 Jugendliche für Politik interessieren und Einflussmöglichkeiten aufzeigen 78
7.2 Anerkennung für Engagement 79
7.3 Klare Position gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Haltungen und Handlungen beziehen 79
7.4 Optimistische Zukunftshaltung und positives Haltung zur Lebenssituation der Jugendlichen erhalten, stärken und nutzen 80
7.5 Mehr Nähe zu Demokratie herstellen 80

8 Empfehlungen zu politischen Schwerpunkten 82

Literaturverzeichnis **..... 86**

1 Einleitung

Das von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin geförderte Projekt „Demokratieferne Einstellungen in einer Kommune. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf“ untersucht, wie es zur Entstehung demokratiedistanzierter Einstellungen bis hin zu menschenfeindlichen Handlungen kommen kann. Der Bezirk ist insofern paradigmatisch, da es schien, als sei das Problem durch eine Reihe von Maßnahmen und Programmen gegen Rechtsextremismus und zur Stärkung der Demokratie in der Vergangenheit wieder im Griff. Im Zuge der Aufnahme einer großen Zahl von flüchtenden Menschen und der Einrich-tung von Asylbewerber_innenheimen kam es jedoch zu einem Wiederaufflamen ras-sistischer Ressentiments und zu Erfolgen für rechtspopulistische Parteien. Bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung im September 2016 wurde die AfD die zweitstärkste Fraktion, bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus überflügelte sie sogar die Partei „Die Linke“ und wurde zur stärksten politischen Kraft im Bezirk. Damit ist Marzahn-Hellersdorf beispielhaft für ein Phänomen, das bundesweit unter dem Begriff der „Wutbürger“ diskutiert wird.

Als Vorarbeit zum gegenwärtigen Projekt wurde bereits ein Bericht über die Sozialstruktur des Bezirks und zu den Angeboten hinsichtlich Partizipation und Engagement angefertigt (vgl. Bever u. a. 2015). Daraus wird deutlich:

Die bestehenden Angebote zur Stärkung von Engagement sind zwar vielfältig und es gibt Bemühungen um eine gute Vernetzung, allerdings wissen viele der in der Gemeinwesenarbeit engagierten Akteur_innen zu wenig über die Bedürfnisse der Zielgruppe(n).

- Gleichzeitig ist noch nicht ausreichend untersucht, wie es nach dem jahrelangen Zurückdrängen antidemokratischer Bestrebungen im öffentlichen Raum zu einem neuen Aufflammen kommen konnte.
- Ziel des aktuellen Projekts ist eine grundlegende Untersuchung, welche Beweggründe für unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung maßgeblich sind, sich vom (demokratischen) Gemeinwesen abzuwenden und/oder sich für antidemokratische/menschenfeindliche Ressentiments zu öffnen.

In dem hiermit vorgelegten Zwischenbericht stehen folgende Fragestellungen im Mittelpunkt, deren Beantwortung Handlungsmöglichkeiten für Vertreter_innen demokratischer Organisationen und Parteien eröffnen: Welche Bürger_innen entwickeln demokratieferne Auffassungen und wie sollten demokratische Institutionen und ihre Repräsentant_innen mit ihnen umgehen?

Im weiteren Verlauf des Forschungsprojekts soll ermittelt werden, mit welchen Haltungen und Handlungsstrategien unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung auf soziale Fragestellungen und Verwerfungen reagieren. Hierzu ist ein geschichtetes Stichprobenverfahren geplant. Zunächst wird mit Hilfe eines Einstellungsfragebogens ermittelt,

wie nah oder fern unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung der Idee der Demokratie und der Art ihrer Verwirklichung stehen. Mit den ermittelten Gruppen der Demokratieaffinen bis -distanzierten sollen qualitative Untersuchungen vorgenommen werden, um die subjektiven Haltungen und Beweggründe zu ermitteln. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen Grundlage für ein weiteres Projekt zur beispielhaften Umsetzung eines Verfahrens der sozialräumlichen Demokratieentwicklung werden. Die Ergebnisse sollen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf gewonnen werden. Der Bezirk ist beispielhaft für andere (ostdeutsche, urbane) Kommunen zu verstehen. Von einer Übertragbarkeit auf andere Berliner Bezirke wird ausgegangen.

Der Zwischenbericht zeigt Ergebnisse eines Tests des Einstellungsfragebogens auf, der im weiteren Verlauf des Forschungsprojekts genutzt werden soll, um in der Bevölkerung unterschiedliche Gruppen von Menschen bezüglich ihrer Einstellung und Haltung zur Demokratie zu ermitteln, welche später intensiv mit qualitativen Befragungsformen untersucht werden sollen. Der Test des Fragebogens erfolgte unter Kindern und Jugendlichen des Bezirks, wobei der Zugang niedrigschwellig über Jugendfreizeiteinrichtungen erfolgte, welche von den Befragten besucht werden.

Sodann wird eine Analyse der Wahlen zu Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlung vorgenommen, um insbesondere das Phänomen der Nichtwahl und der Wahl rechtspopulistischer Parteien näher zu untersuchen.

Auf den empirischen Teil des Zwischenberichts folgt eine theoretische Analyse. Es wird eine Definition von Demokratie vorgenommen. Anschließend werden die Dimensionen des Demokratiebegriffs benutzt, um eine theoretische Typologie von Menschen zu konstruieren bezüglich ihrer Einstellung und Haltung zur Demokratie. Hierbei soll die Typenbildung verfeinert werden gegenüber dem Verfahren wie es im Pretest der Untersuchung unter Kindern und Jugendlichen vorgenommen worden ist.

Der Bericht endet mit einer Reihe von Empfehlungen an demokratische Parteien und Institutionen im Hinblick auf den Umgang mit sogenannten Demokratiedistanzierten. Der große Vorzug dabei ist, dass diese Gruppe differenzierter dargestellt wird im Vergleich zu bisherigen Untersuchungen. Somit können spezifische und zielgruppenbezogene Empfehlungen gegeben werden.

2 Marzahn-Hellersdorf

Marzahn-Hellersdorf ist einer der 12 Bezirke von Berlin. Er liegt am östlichen Rand der Stadt. Er grenzt im Westen und Süden an die Bezirke Lichtenberg und Treptow-Köpenick und im Osten und Norden an Brandenburg. Marzahn-Hellersdorf wurde im Jahr 2001 aus den Bezirken Marzahn (Stadtteile: Marzahn und Biesdorf) und Hellersdorf (Stadtteile: Hellersdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf) zusammengeführt. In Marzahn ist in den 70er und 80er Jahren um den alten Stadtkern herum die größte Großbausiedlung der DDR entstanden.

> *"Marzahn-Hellersdorf hat berlinweit nach Reinickendorf den zweithöchsten Binnenwanderungsgewinn, d.h. es ziehen sehr viele Menschen aus*

> *anderen Bezirken nach Marzahn-Hellersdorf, während wenig Menschen von außerhalb Berlins in den Bezirk ziehen." (Bever u. a. 2015, S. 19)*

Diese Zuwanderung hängt mit der Gentrifizierung im Zentrum Berlins zusammen. Während die Bezirke im Westen und in der Mitte Berlins immer begehrter werden und die Mieten weiter ansteigen, sind in Marzahn-Hellersdorf die Mieten erschwinglicher. Daher ziehen viele Menschen, die sich die Mieten innerhalb der Stadt nicht mehr leisten können oder wollen, in die östlichen Randgebiete. Wohingegen viele Menschen, die beispielsweise schon in Marzahn-Hellersdorf wohnen, es sich nicht leisten können, in die zentralen Bezirke zu ziehen, oder sie wohnen in den Einfamilienhausgebieten von Marzahn-Hellersdorf, die sehr gefragt sind und auch immer teurer werden.

3 Befragung von Kindern und Jugendlichen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf

3.1 Erste Erhebung

Für das Projekt "Demokratieferne Einstellungen in einer Kommune. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf" ist die Befragung von Einwohner_innen des Bezirks in einem geschichteten Auswahlverfahren geplant. Um einen ersten Zugang und einen ersten Einblick zu gewinnen, wurde ein Fragebogen entwickelt, der sich an Kinder und Jugendliche in Jugendfreizeiteinrichtungen (JFE) des Bezirks richtet.

In Frage kamen dabei JFE, deren Zielgruppe hauptsächlich Jugendliche bilden.[1] Um eine sinnvolle Vorauswahl zu treffen, wurde die zuständige Mitarbeiterin des Jugendamtes von Marzahn-Hellersdorf (MaHe) kontaktiert. Ausschlaggebend waren das Alter des Publikums und die Lage der JFE im Bezirk.[2]

Der Fragebogen hat verschiedene Dimensionen: Haltung zu Demokratie, Engagement, Persönlichkeit und Lokalbezug. Außerdem wurden demographische Informationen erhoben. Die einzelnen Items lassen sich dabei z. T. mehreren Dimensionen zuordnen.

---

[1] JFE werden auch von Kindern genutzt, der Name JFE ist daher etwas irreführend. Aus forschungsethischen Gründen ist es problematisch, Jungen und Mädchen zu befragen, die unter 11 Jahren alt sind, da davon ausgegangen werden muss, dass diese Kinder noch nicht einsichtsfähig hinsichtlich der Konsequenzen der Verwendung ihrer Daten sind. Bei Kindern im Alter von 11 – 13 Jahren obliegt es den Forscher_innen, die Einsichtsfähigkeit der Befragten festzustellen. 14 – 17-jährige Minderjährige gelten als einsichtsfähig und dürfen anonym befragt werden, ohne dass ihre gesetzlichen Vertreter_innen anwesend sind (vgl. Arbeitskreis deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. 2006). Zudem sind Inhalte und Formulierungen des Erhebungsinstrumentes so gestaltet, dass kleinere Kinder diese möglicherweise noch gar nicht verstehen.

[2] Der Bezirk MaHe ist in unterschiedliche Regionen unterteilt, die sich in ihrer Sozialraumstruktur z. T. deutlich unterscheiden. Während z. B. in der Region Marzahn-Nord Plattenbauten dominieren, sind es in weiten Teilen von Mahlsdorf Einfamilienhäuser mit Gärten. Die Befragung in allen JFE durchzuführen, ist aus Zeitgründen nicht möglich.

3.2 Beschreibung des Samples und Datenerhebung

Bevor im Folgenden das Sample und das Vorgehen bei der Datenerhebung beschrieben wird, muss angemerkt werden, dass die Befragung noch nicht abgeschlossen ist. Das Forschungsprojekt "Demokratieferne Einstellungen in einer Kommune. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf" befindet sich noch am Anfang seiner Laufzeit. Seriöse sozialwissenschaftliche Forschung benötigt Zeit für wichtige Vorarbeiten. Daher sind zum aktuellen Zweitpunkt erst die Daten von vier (von geplant zehn bis elf) Einrichtungen erhoben und für diesen Text ausgewertet.[3] Die hier vorgestellten Ergebnisse sind daher eher als erste Einblicke und Blitzlichter – keinesfalls aber als repräsentativ oder allgemeingültig - zu verstehen. Die Ausführungen stellen vielmehr einen Bericht aus einem Forschungsprozess dar. Dennoch kann es für diesen wertvoll sein, bereits ziemlich zum Anfang erste Ergebnisse vorzustellen und dabei auch Methoden und Herangehensweisen kritisch zu prüfen. Auch wenn die Ergebnisse unter den geschilderten Vorbehalten zu behandeln sind, können sowohl die am Projekt Beteiligten als auch Interessierte aus Politik, Forschung und interessierter Öffentlichkeit erste vorsichtige Schlüsse aus den (Zwischen-)Ergebnissen ziehen.

3.2.1 Beschreibung des Samples

Es wurden für die Befragung JFE ausgewählt, deren Publikum mehrheitlich mindestens 14 Jahre alt ist. Wir haben uns entschieden, auch Fragebögen in die Untersuchung mit einzubeziehen, bei denen die Jungen und Mädchen ein Alter von unter 14 (aber mindestens elf) Jahren angegeben haben. Die selbstständige Nutzung einer JFE sowie der zielgruppenspezifische, anonyme Fragebogen und die Anwesenheit von Mitarbeiter_innen der JFE, die vorab über das Forschungsvorhaben informiert wurden, kann als Absicherung der Einsichtsfähigkeit hinsichtlich der Konsequenzen der Verwendung der Daten angesehen werden. Anwesende unter 14 Jahren von der Befragung auszuschließen, wäre dem partizipativen Gedanken, der die Arbeit von JFE prägt, zuwider gelaufen.[4] Fragebögen im Nachhinein aufgrund des (zu geringen) Alters auszusortieren, wäre ebenfalls unangemessen. Nicht in der Auswertung berücksichtigt wurden dagegen Fragebögen, die kaum ausgefüllt waren (fünf Items oder weniger). Dies kam aber nur in zwei Fällen vor. In die bisherige Auswertung wurden 41 Fragebögen einbezogen.

Unter 14 Jahre war nur ein knappes Fünftel der Befragten (19,5 %). Das Alter der Kinder und Jugendlichen lag zwischen elf und 31 Jahren. 43,9 % der Befragten waren Jugendliche im Alter von 14 – 18 Jahren. Knapp 15 % machten keine Angabe zu ihrem Alter. Die Einrichtungen gaben als Zielgruppenalter zwölf – 25, bzw. zwölf – 27 Jahre an. Zwei Befragte hatten dieses Alter bereits überschritten. Gründe, die Einrichtung

[3] Die JFE bilden nur einen Teil der zu Befragenden. Im Verlauf des Forschungsprojektes sollen weitere Bevölkerungsgruppen einbezogen werden.

[4] Die Einrichtungen beteiligen sich laut der befragten Mitarbeiter_innen z. B. an der U18-Wahl, Jungen und Mädchen dürfen in den Einrichtungen über die räumliche Gestaltung und über die Angebote im hohen Maße mitbestimmen.

weiter zu nutzen, können spezifische Angebote der Einrichtung sein oder aber auch fehlende Alternativen (also niedrigschwellige und kostenarme Freizeitangebote) für jüngere Erwachsene im Bezirk.

14 Befragte geben an, dass sie schon immer in Marzahn-Hellersdorf leben. Zehn Personen machen hier keine Angabe. Von denjenigen, die in den Bezirk zugezogen sind, leben fünf Personen drei oder weniger Jahre und sechs Personen seit mehr als zehn Jahren hier. 29 Personen geben an, schon immer in Deutschland zu leben. Vier Befragte leben zwischen einem und 23 Jahren in der Bundesrepublik. Acht machen hierzu keine Angabe.

Mit über 51 % sind die meisten Kinder und Jugendlichen Schüler_innen (51,2 %). Knapp 15 % sind Auszubildende (14,6 %), fast zehn Prozent sind bereits Arbeitnehmer_innen (9,8 %). Arbeits- oder Ausbildungsplatzsuchend, Jobber_innen ohne Ausbildung oder Sonstiges sind nur sehr wenige Befragte. Aber auch Student_innen bilden eine deutliche Ausnahme (eine Person).

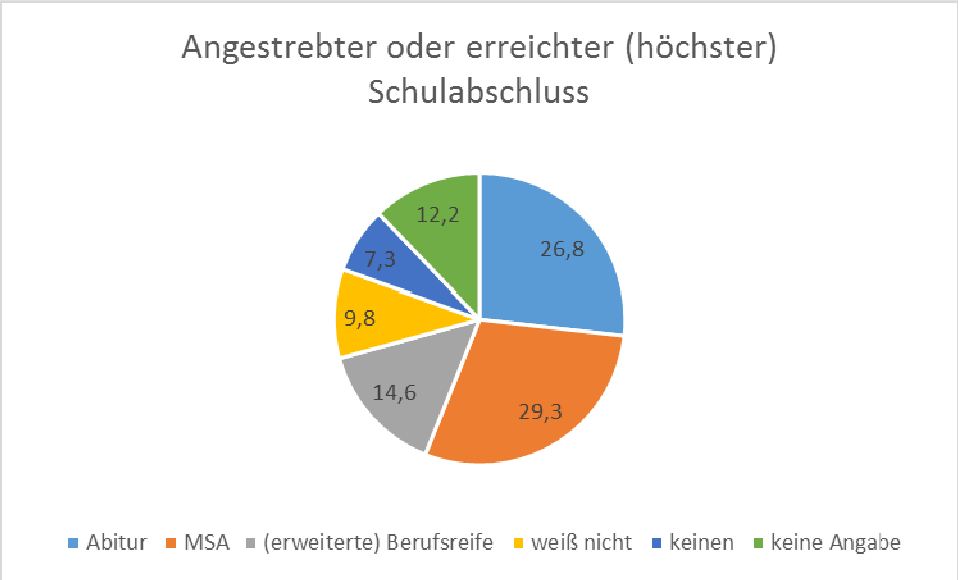


Abbildung 1: Welchen (höchsten) Schulabschluss möchtest du erreichen/hast du erreicht? Angabe in Prozent

Auf die Frage, welchen höchsten Schulabschluss sie erreicht haben oder anstreben, geben 26,8 % Abitur, 29,3 % MSA und 14,6 % (erweiterte) Berufsreife an. 9,8 % wissen nicht, welchen Abschluss sie erreicht haben/erreichen wollen. 7,3 % haben keinen oder wollen keinen Schulabschluss erreichen. Allerdings beantworten auch fünf Personen (12,2 %) die Frage nicht.

3.2.2 Vorgehen bei der Datenerhebung

Für die Datenerhebung wurden die JFE von jeweils zwei Mitarbeiter_innen des Forschungsprojektes besucht. Vorab waren die Einrichtungen per Mail und/oder telefonisch kontaktiert worden. Ihnen wurde das Forschungsvorhaben erläutert und geeigne-

te Termine wurden abgesprochen. Der entwickelte Fragebogen wurde so konstruiert, dass er auf die Vorder- und Rückseite eines A4-Blattes passt. Diese eher kurze Form wurde gewählt, um Kinder und Jugendliche nicht von einer Teilnahme abzuschrecken und sie eher motivieren zu können, den Fragebogen konzentriert auszufüllen.

Die Datenerhebung vor Ort sollte einerseits die Einrichtungen dazu bewegen, sich zu beteiligen, da den Mitarbeiter_innen keine zusätzliche Arbeit entstehen würden, andererseits sollten die Rücklaufquoten dadurch möglichst hoch und die Rücklaufzeit möglichst niedrig gehalten werden. Da die Mitarbeiter_innen des Forschungsprojekts das Vorhaben vor Ort noch einmal erklärten und für Fragen zur Verfügung standen, konnte gegenüber den Befragten eine größtmögliche Transparenz erzielt werden.

Außerdem hatten die Mitarbeiter_innen bei der Datenerhebung vor Ort die Chance, mögliche Schwierigkeiten und Probleme mit dem Fragebogen (z. B. Verständnisschwierigkeiten) zu beobachten und dies für die künftige Datenerhebung zu berücksichtigen.[5]

Die beiden Mitarbeiter_innen des Forschungsprojektes hatten weiterhin die Aufgabe, vor Ort mit Hilfe eines Beobachtungsbogens ergänzende Daten zu erheben. Dabei wurden eigene Beobachtungen (z. B. mögliche Probleme der Jugendlichen beim Ausfüllen des Fragebogens, Lage und Verkehrsanbindung der JFE, Gestaltung der Räumlichkeiten, Umgangston untereinander) festgehalten und Informationen zur Einrichtung im Gespräch mit Mitarbeiter_innen der Einrichtung erhoben (z. B. Anzahl der täglichen Nutzer_innen, Anteil Jungen/Mädchen, Vorhandensein einer Hausordnung, demokratiefeindliche Vorkommnisse von innen oder außen, Umgang mit diesen). Diese Informationen sollen bei der Interpretation der durch die Fragebögen erhobenen Daten behilflich sein und/oder eine Ergänzung bilden und gegebenenfalls auf Probleme des Messinstruments aufmerksam machen.

In den einzelnen Einrichtungen wurden jeweils etwa zehn Fragebögen ausgefüllt, unabhängig davon wie viele Jungen und Mädchen vor Ort waren.[6] Gruppendynamiken wurden offenbar wirksam: Wenn mehrere Jugendliche begonnen haben, den Fragebogen auszufüllen, waren weitere leichter dazu zu bewegen, ebenfalls an der Befragung teilzunehmen. Gleichermaßen hatte aber auch eine Ablehnung von Beteiligung „Vorbildcharakter“.

[5] Um die Befragten nicht in ihrem Antwortverhalten zu beeinflussen, wurden bei Verständnisfragen lediglich Synonyme für das unverständliche Wort oder sehr geringfügige Umformulierungen erlaubt. Sollten weiterhin Verständnisschwierigkeiten auftreten, wurde den Befragten mitgeteilt, dass sie Fragen, die sie nicht verstehen, überspringen dürfen. Bisher gab es nur vereinzelt Rückfragen, weil jemand eines der Items nicht verstand.

[6] Die besuchten JFE sind sehr unterschiedlich groß. Die Zahl der täglichen Besucher_innen schwankt zwischen unter zehn und über 80. Allerdings wurde diese obere Grenze in keiner der besuchten Einrichtungen zum Zeitpunkt der Datenerhebung erreicht.

3.3 Demokratienähe und -distanz in den Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts

Für einen ersten Überblick orientierte sich das Forschungsteam an einer Untersuchung von Johann de Rijke, Wolfgang Gaiser, Martina Gille und Sabine Sardei-Biermann, die unter Verwendung der Daten aus den drei DJI-Jugendsurveys (1992, 1997 und 2003) eine Typologie von vier unterschiedlichen Haltungen zu Demokratie entwickelt haben (de Rijke u. a. 2006, S. 335 – 352). Daher wurden die relevanten Items in den Fragebogen für die aktuelle Erhebung übernommen.[7] Um grundsätzlich in zufriedene und distanzierte Demokrat_innen unterscheiden zu können, wurden die Fragen nach der Zustimmung zur Idee der Demokratie allgemein und zur Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik dichotomisiert. Als zufriedene Demokrat_innen gelten demnach nur jene, die sich grundsätzlich sehr oder ziemlich für die Idee der Demokratie aussprechen und gleichzeitig sehr oder ziemlich zufrieden mit der Umsetzung in der Bundesrepublik Deutschland sind. Unter den bisher 41 befragten Kindern und Jugendlichen trifft dies auf sechs Personen, bzw. 15,7 % zu.[8]

Als kritische Demokrat_innen werden jene bezeichnet, die zwar die Idee der Demokratie befürworten, aber bei der Umsetzung in der Bundesrepublik nicht sehr oder ziemlich zufrieden sind, sondern bestenfalls etwas zufrieden. Dies trifft in der aktuell befragten Gruppe ebenfalls auf sechs Personen, bzw. 15,7 % zu.

[7] Die Fragen wurden – entsprechend der Zielgruppe - in eine Du-Form abgewandelt: Item 1: Bei der folgenden Frage geht es um die Idee der Demokratie. Bitte sage uns anhand der Liste, wie sehr du grundsätzlich für die Idee der Demokratie bist. Die Antwortmöglichkeiten waren: sehr für, ziemlich für, etwas für, etwas gegen, ziemlich gegen, sehr gegen. Item 2: Kommen wir nun zur Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Wie zufrieden oder wie unzufrieden bist du – alles in allem - mit der Demokratie, so wie sie in der Bundesrepublik besteht? Die Antwortmöglichkeiten hier waren: sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, etwas zufrieden, etwas unzufrieden, ziemlich unzufrieden, sehr unzufrieden. Das Forschungsteam des DJI dichotomisiert nun diese beiden Items: Bei der Zustimmung zur Idee der Demokratie: „sehr für“ und „ziemlich für“ vs. alle anderen Antwortmöglichkeiten. Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie in der BRD: „sehr zufrieden“, „ziemlich zufrieden“ vs. alle anderen Antwortmöglichkeiten (de Rijke u. a. 2006, S. 351).

[8] Es wurden hier nur gültige Antworten berücksichtigt. Wegen fehlender Angaben bei den beiden relevanten Items, können in drei Fällen keine Aussagen gemacht werden.

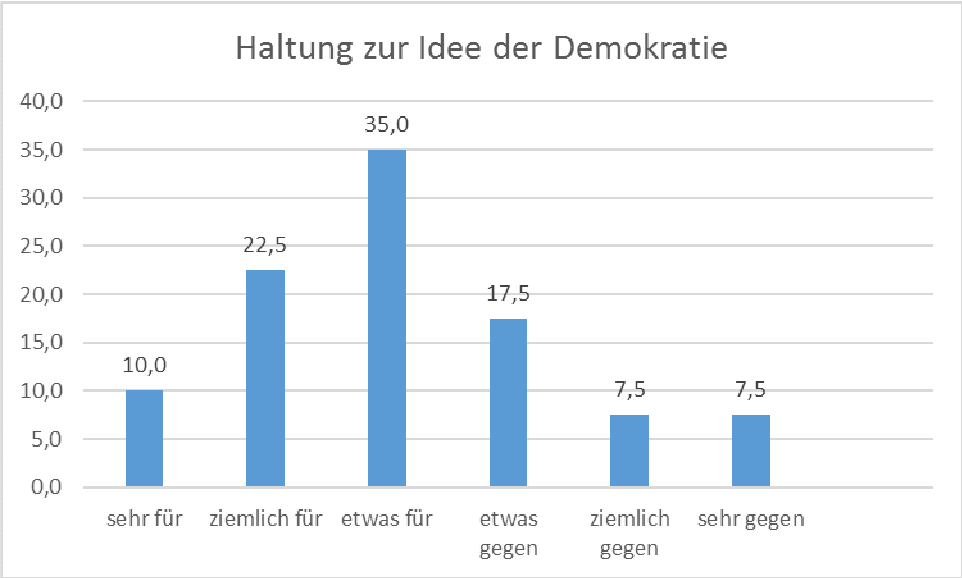


Abbildung 2: Zustimmung zur Idee der Demokratie unter Nutzer_innen von JFE in MaHe 2017, "Bitte sage uns anhand der Liste, wie sehr du grundsätzlich für oder grundsätzlich gegen die Idee der Demokratie bist. Angabe in Prozent.

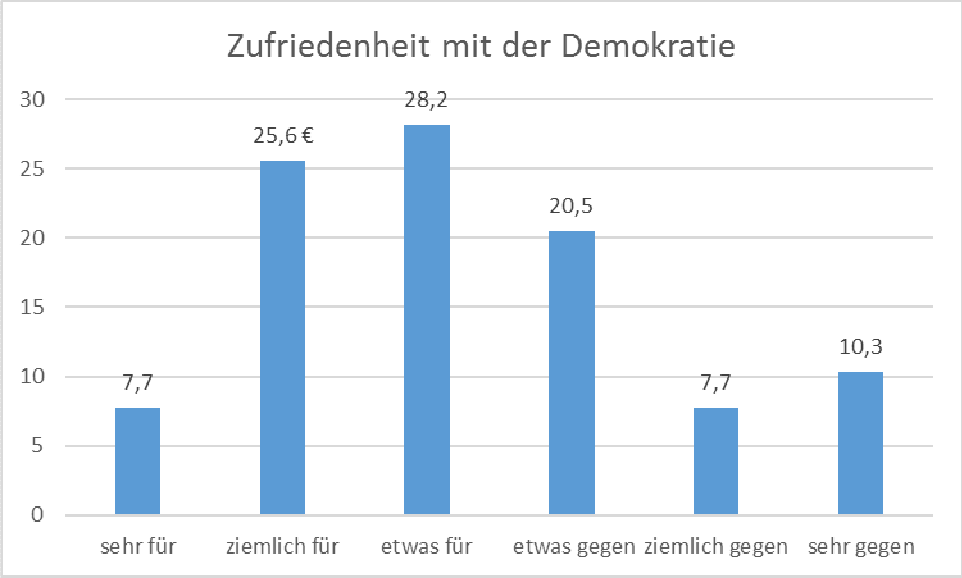


Abbildung 3: Zufriedenheit von Nutzer_innen von JFE in MaHe 2017 mit der Demokratie in der Bundesrepublik. Wie zufrieden oder wie unzufrieden bist du - alles in allem - mit der Demokratie, so wie sie in der Bundesrepublik besteht? Angaben in Prozent.

Interessanterweise war die Gruppe von Kindern und Jugendlichen, welche die Idee der Demokratie nur etwas befürworten oder sogar ablehnen, die aber mit der Situation in

der Bundesrepublik sehr oder ziemlich zufrieden sind, mit ebenfalls sechs Personen (15,7 %) ebenso groß.[9]

Als Distanzierte werden in der Untersuchung von de Rijke u. a. jene benannt, bei denen die Kombination der Antwortmöglichkeiten bestenfalls auf „etwas für", bzw. „etwas zufrieden" (oder schlechter) fiel, also alle, die sich nicht den bisher beschriebenen Gruppen zuordnen lassen. In diese Gruppe der Distanzierten fallen demnach 20 Kinder und Jugendliche, also etwa die Hälfte (52,6 %) der bisher Befragten.

An dieser Stelle ist ein differenzierter Blick sinnvoll: 35,0 % geben an „etwas für" die Idee der Demokratie zu sein und 28,2 % sind mit der Situation in der Bundesrepublik immerhin „etwas zufrieden". Hier wird es Aufgabe von Politik, Schule, außerschulischer Bildung, Sozialpädagogik und der Zivilgesellschaft insgesamt sein, diese Mädchen und Jungen, bzw. jungen Frauen und Männer stärker für Demokratie zu interessieren, Beteiligungsmöglichkeiten zu stärken und die Zufriedenheit mit der aktuellen Umsetzung von Demokratie zu verbessern.

Das Feld der kritischen Demokrat_innen betrachten de Rijke u. a. genauer und haben dazu weitere Items verwendet, um kritische Demokrat_innen in kritisch-politische und kritisch-unpolitische Demokrat_innen zu unterteilen. Sie nutzen hier Fragen nach politischem Interesse und politischer Kompetenz (vgl. de Rijke u. a. 2006, S. 351).[10] Eine solche Differenzierung ist jedoch für die Befragung der JFE aus zwei Gründen nicht sinnvoll: Zum einen sind die hier Befragten z. T. noch deutlich jünger (elf – 31), als die in die Untersuchung von de Rijke u. a. Einbezogenen (16 – 29 Jahre) und müssen Interesse und Kompetenz für Politik erst noch entwickeln, zum anderen ist die Gruppe der bisher in MaHe Befragten für eine sinnvolle Differenzierung aktuell noch zu klein (de Rijke u. a. 2006, S. 340).[11] Für die weiteren Befragungen soll diese Differenzierung aber eine Rolle spielen.

[9] Diese Gruppe fiel in der Untersuchung von de Rijke u. a. deutlich kleiner aus und wurde deshalb, aber auch, weil es sich um ein schwierig zu interpretierendes Phänomen handelt, nicht weiter berücksichtigt (de Rijke u. a. 2006, S. 337). Für die aktuelle Untersuchung wird zu prüfen sein, ob möglicherweise Verständnisschwierigkeiten oder aber andere Ursachen der Hintergrund für diese Antwortkombination sind.

[10] Diese Items wurden in leicht abgewandelter Form auch in den aktuellen Fragebogen übernommen: Item 3: Wie stark interessiert du dich für Politik? Antwortmöglichkeiten: sehr stark, stark, mittel, wenig überhaupt nicht. Item 5 (Ich verstehe eine Menge von Politik.) und 6 (Manchmal finde ich Politik viel zu kompliziert, als dass ein normaler Mensch sie noch verstehen könnte.) wurden in eine Tabelle mit mehreren Aussagen aufgenommen, zu denen die Befragten sich jeweils positionieren sollten. Die Tabelle ist mit folgender Anweisung überschrieben: Auf der Liste stehen Aussagen zu Politik und weiteren Themen. Sage uns bitte zu jeder Aussage, inwieweit diese deiner Meinung nach zutrifft oder nicht. Setze bitte ein Kreuzchen in das entsprechende Feld. Die Antwortskala reichte dabei von 1 (trifft überhaupt nicht zu) bis 6 (trifft voll und ganz zu) (de Rijke u. a. 2006, S. 351).

[11] Würden nur Jugendliche ab 16 Jahren berücksichtigt, blieben lediglich 22 Fragebögen für die Auswertung übrig.

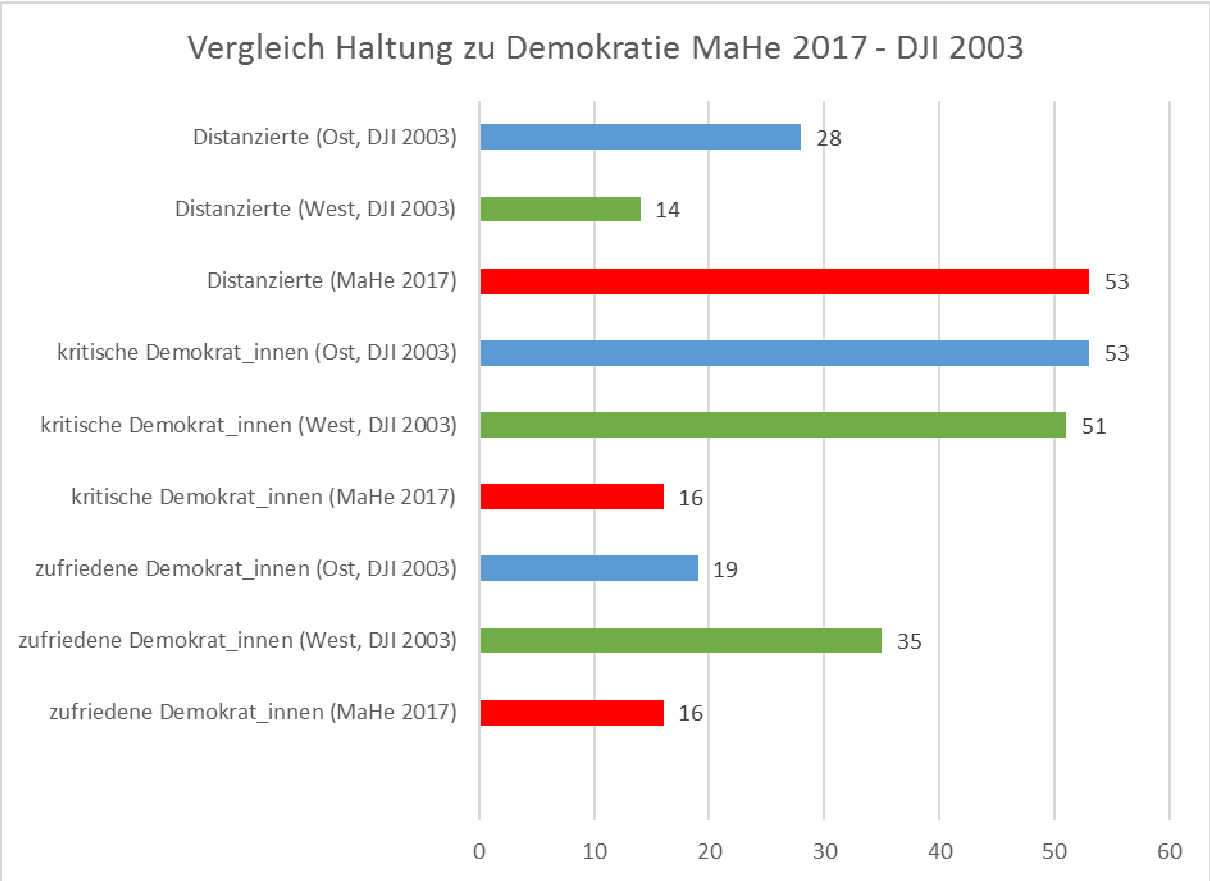


Abbildung 4:Vergleich Haltungen zu Demokratie in JFE in MaHe 2017 und Daten des DJI-Jugendsurvey 2003. Angaben in Prozent. Da die in den JFE in MaHe erhobenen Daten nicht in politisch- und unpolitisch-kritische Demokrat_innen differenziert wurden, wurden die in Rijke u. a. aufgeführten Daten dieser beiden Gruppen addiert. Quelle: de Rijke u. a. 2006, S. 339

Auch wenn ein Vergleich der Ergebnisse aus den Daten der DJI-Surveys und den aktuell erhobenen Daten - wie oben beschrieben – nicht unproblematisch ist, sollen die Ergebnisse aus den Daten des DJI-Surveys 2003 und aus den in den JFE in MaHe 2017 erhobenen Daten verglichen werden. Da eine Differenzierung in politische und unpolitische Demokrat_innen für MaHe noch nicht sinnvoll vorgenommen werden kann, wurden diese beiden Gruppen aus der Untersuchung von de Rijke u. a. wieder zusammengeführt (de Rijke u. a. 2006, S. 339). Im Vergleich fällt auf, dass die Gruppe der Distanzierten in MaHe 2017 deutlich größer ist, als in der Untersuchung von de Rijke u. a. Es wird – nach Abschluss der Datenerhebung zu prüfen sein, ob diese Unterschiede bestehen bleiben, wenn nur Jugendliche aus MaHe ab 16 Jahren in die Untersuchung einbezogen werden.[12] Sollte der Anteil der Distanzierten gegenüber den Untersuchungen des DJI weiterhin deutlich höher bleiben, wird zu untersuchen sein, welche Gründe hierfür bestehen und wie Kinder und Jugendliche für die verschiedenen

Dimensionen von Demokratie interessiert werden können. Die Forscher_innen um de Rijke stellen eine Zunahme des politischen Interesses mit zunehmendem Alter der Befragten fest. Die Gruppe der Distanzierten nimmt in allen Erhebungen (1992, 1997, 2003) erheblich ab, wenn die Befragten älter werden (de Rijke u. a. 2006, S. 341). Möglicherweise besteht auch ein Zusammenhang zwischen wachsendem politischen Interesse/Verständnis. Auch Martina Gille kommt im Rahmen der FES-Jugendstudie 2015 zum Ergebnis, dass subjektive politische Kompetenz mit steigendem Alter zunimmt (Gille 2016, S. 38ff).

3.4 Differenzierung der Demokratiedistanzierten

Da das aktuelle Forschungsvorhaben demokratieferne Einstellungen untersucht, ist eine differenzierte Betrachtung der Distanzierten grundsätzlich sinnvoll. Rijke u. a. unternehmen keine solche Unterteilung. Die aktuell erarbeitete Differenzierung in rigide Demokratieverdrossene/-Skeptiker_innen und Demokratiefeind_innen war für die JFE-Befragten nicht vorgesehen und wird zu einem späteren Zeitraum empirisch getestet.[13] Zum einen ist das Sample noch zu klein und die Datenerhebung noch nicht abgeschlossen, zum anderen haben Kinder und Jugendliche meist noch keine verfestigte politische Haltung. Ihnen fehlt – vor allem wenn sie noch recht jung sind - auch das Wissen über Politik und Demokratie in ihren verschiedenen Dimensionen. Dennoch soll an dieser Stelle geprüft werden, ob es unter den Befragten typische Vertreter_innen der beschriebenen Untergruppengruppen gibt. Dabei geht es aus den genannten Gründen keinesfalls um eine Typenbildung, sondern das Ganze ist eher als ein Experiment im Forschungsprozess zu verstehen, welches für den weiteren Forschungsprozess, z. B. bei der Konstruktion weiterer Messinstrumente, hilfreich sein kann.

3.4.1 Demokratiefeind_innen

Da diese Gruppe sich durch eine Ablehnung der Demokratie in allen ihren Dimensionen kennzeichnet, sollten hier zunächst nur jene Fälle betrachtet werden, welche sich klar gegen die Idee der Demokratie positionieren. Insgesamt gibt es nur sechs Personen, die sich ziemlich oder sehr gegen die Idee der Demokratie aussprechen. Unter ihnen ist lediglich ein Fall, der auch mit der Demokratie in der Bundesrepublik sehr unzufrieden ist. Zwei geben hier an, ziemlich zufrieden zu sein, eine Person ist immerhin etwas zufrieden, zwei Personen sind etwas unzufrieden.

Werden die drei Personen betrachtet, die sich gegen die Idee der Demokratie positionieren und gleichzeitig zumindest etwas unzufrieden mit deren Umsetzung in der Bundesrepublik sind, so kann festgehalten werden, dass sich alle drei wenig oder überhaupt nicht für Politik interessieren. Demokratiefeinde interessieren sich dagegen sehr

[12] Eine Vergleichbarkeit wird aber auch dann nur bedingt herzustellen sein, da die Befragten für die Surveys des DJI nach anderen Kriterien ausgewählt wurden (repräsentativ) und die Befragung in einem anderen Setting erfolgte.
[13] Zur Einteilung in diese Gruppen und zu deren Merkmalen und Kennzeichen vgl. Kapitel 5.4 Typologie Demokratiedistanz/-ferne.

wohl für Politik und setzen sich gegen diese ein. Auf die Frage, welche Partei sie wählen würden, wurde in einem Fall die AfD angekreuzt, einmal die Antwortmöglichkeit „gar keine Partei“ und einmal „eine andere, und zwar“. In diesem Fall wird angegeben, die Partei Die Partei, ein Projekt des Journalisten, Satirikers und Mitglied des Europarlaments Martin Sonneborn, wählen zu wollen. Dieser selbst und seine Partei stehen sicher nicht in Verdacht der Demokratiefeindlichkeit.[14] Da die weiteren Antworten dieser Person auch nicht für eine demokratiefeindliche Haltung sprechen, kann davon ausgegangen werden, dass der_die Befragte keine tatsächliche demokratiefeindliche Einstellung hat. Die beiden verbleibenden Personen lassen in ihrem Antwortverhalten eher auf Politikverdrossenheit schließen.[15] Möglicherweise sind diese beiden Befragten den rigiden Demokratieverdrossenen/Skeptiker_innen näher als den Demokratiefeind_innen.

Es ist davon auszugehen, dass es unter den Besucher_innen in den JFE kaum aktive Demokratiefeind_innen geben kann, da diese sich auch durch demokratiefeindliches Sprechen und Handeln kennzeichnen. Zumindest können sie dies in den Einrichtungen, die bisher befragt wurden nicht offen tun, da alle JFE entweder eine festgeschriebene und öffentlich aushängende (z. T. auch auf den Webseiten der JFE) oder eine ungeschriebene[16] Hausordnung haben. Demokratiefeindliche und diskriminierende Äußerungen und entsprechende Aktionen sind in den JFE zumindest implizit verboten. Mitarbeiter_innen thematisieren diskriminierende (z. B. fremdenfeindliche, homophobe) Sprüche sowie Handlungen und sanktionieren derartiges Verhalten gegebenenfalls (bis hin zum Hausverbot). Demokratiefeindliche Äußerungen widersprechen auch den gesetzlich festgelegten Zielen und Aufgaben der Jugendarbeit, zu denen u. a. die Förderung von Toleranz gegenüber den verschiedenen Religionen und Weltanschauungen, das Infragestellen überkommener Geschlechterrollen und die Stärkung von Offenheit und Akzeptanz gegenüber anderen Lebensweisen unabhängig von der sexuellen Identität der Menschen gehören.[17]

[14] Ein Blick auf die Webseiten von Martin Sonneborn sowie der Partei Die Partei macht schnell deutlich, dass es sich hier um Satire handelt. (Sonneborn 2017; Die Partei 2017).

[15] In einem Fall scheint der Fragebogen weitestgehend ungelesen durchgekreuzt worden zu sein. Alle Zustimmungsfragen wurden mit „trifft überhaupt nicht zu“ beantwortet und sehr viele Felder blieben leer. In dem anderen verbleibenden Fall zeigt sich ein differenzierteres Antwortverhalten. Zwar werden bei Politikinteresse und -kompetenz nur niedrige Zustimmungswerte angegeben, jedoch bei lokaler Politik und bei Fragen nach Gründen für Engagement mittlere und hohe.

[16] Eine Einrichtung verfügt nicht über eine schriftlich festgehaltene Hausordnung. Allerdings werden diskriminierende und/oder demokratiefeindliche Handlungen und entsprechende verbale Äußerungen nicht geduldet, sondern durch die Mitarbeiter_innen sofort oder zeitnah thematisiert.

[17] Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) Berlin, §6. http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/schule/Schulkultur/kooperation_schule_jugendhilfe/rechtliche_grundlagen/AG_KJHG_27.04.01.pdf (Datum des Zugriffs: 31. Mai 2015)

3.4.2 Demokratiegleichgültige/Demokratiefremde

In dieser Gruppe finden sich vor allem Nichtwähler_innen. Demokratiegleichgültige interessieren sich nicht für Politik, schätzen ihre eigene Politikkompetenz eher niedrig ein. Sie sind nicht politisch aktiv und beteiligen sich nicht in organisierten Strukturen. In zehn Fällen wurde angegeben, gar keine Partei wählen zu wollen, allerdings geben nur vier von ihnen an, sich wenig oder überhaupt nicht für Politik zu interessieren und wenig von Politik zu verstehen.

3.4.3 Rigide Demokratieverdrossene/Skeptiker_innen

Diese Gruppe ist mit der etablierten Politik eher unzufrieden und sucht nach einfachen Antworten. Rigide Demokratieverdrossene sind nicht tolerant und sie lehnen die Gleichwertigkeit von Menschen eher ab. Das Bild des_der typischen rigiden Demokratieverdrossenen ist das des intoleranten Meckerers, der Stammtischparolen in die Öffentlichkeit bringt. Vertreter_innen dieser Gruppe können nicht so einfach anhand des Fragebogens identifiziert werden. Ihr Wahlverhalten ist nicht vorhersehbar. Sie entscheiden sich jedoch eher für eine sogenannte Protestpartei. Bei der Dateneingabe fiel ein Fragebogen auf, der ein recht typisches Beispiel für die rigiden Demokratieverdrossenen sein könnte. Der_die Befragte würde die AfD wählen. Angela Merkel macht ihn_sie wütend, während die AfD ihn_sie glücklich macht. Diese wird auch auf die Frage „Wem (ver)traust du?“ genannt (alles offenen Fragen). Es besteht sehr starkes Interesse an Politik und die Person schätzt sich bei der Aussage „Ich verstehe eine Menge von Politik“ mit 5 für ziemlich kompetent ein (6 ist die höchstmögliche Zustimmung). Gleichzeitig findet er_sie, dass Politik für normale Menschen viel zu kompliziert zu verstehen ist, was als „Elitenkritik“ verstanden werden kann.

Rigide Demokratieverdrossene bekämpfen die Demokratie zwar nicht aktiv, wenden sich aber (oft mit eher einfachen und lauten Parolen) gegen demokratische Werte.

Für die Mitarbeiter_innen von JFE, aber auch für Lehrer_innen und für alle, die sich aktiv für Demokratie und demokratische Werte einsetzen, können diese Jugendlichen eine Herausforderung darstellen. Sie werden möglicherweise durch rassistische, homophobe, antisemitische oder andere diskriminierende Äußerungen auffallen. Diese Situationen können auch als pädagogische Gelegenheiten aufgefasst werden und zur Thematisierung der Haltung und des Verhaltens der rigiden Politikverdrossenen genutzt werden. Im Idealfall werden Reflektions- und Bildungsprozesse sowie eine Veränderung in der Haltung zu Demokratie ausgelöst. Die Mitarbeiter_innen der bisher besuchten JFE machen genau das und auch die befragten Expert_innen der von Arlen Bever, Michael Brodowski, Vera Henßler, Elène Misbach und Heinz Stapf-Finé erstellten Studie zur sozialräumlichen Demokratieentwicklung in MaHe schildern, wie sie die Auseinandersetzungen um das Heim in ihrer Arbeit nutzen konnten, um mit Menschen ins Gespräch über Flucht und Fluchtursachen zu kommen. Das kann helfen, rassistische Vorurteile abzubauen. Dabei schildern die Expert_innen jedoch auch Weiterbildungsbedarf zu diesem Themenkomplex und zu Argumentationsschulungen für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremist_innen. (Bever u. a. 2015, S. 146 – 157).

Floris Biskamp, der verschiedene Strategien für politische Bildner_innen darlegt, betont, dass alle von ihm geschilderten Strategien eine Bereitschaft der Bildner_innen, sich selbst zu bilden, voraussetzen. Er empfiehlt sowohl Literatur, die Rechtsextremismus im Allgemeinen zum Thema hat sowie Texte, die sich mit Pädagogik gegen Rechtsextremismus und mit Anregungen zur Argumentation gegen rechtsextreme Ideologie beschäftigen aber auch Literatur über Alltagsrassismus (Biskamp 2017, S. 168f).

3.5 Welche Partei würdest du wählen? Vergleich mit den Ergebnissen der U18-Wahl und den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) 2016

Die Kinder und Jugendlichen wurden gefragt, welche Partei sie wählen würden. Mit 24,4 % liegen jene, die angeben, dass sie keiner Partei ihre Stimme geben würden vor der SPD, die mit 17,1 % die stärkste Partei darstellt. Es folgt die AfD mit 12,2 %. Tierschutzpartei und Grüne liegen mit je 9,8 % gleichauf. CDU und Piraten erhalten jeweils 7,3 %. Die Linke, FDP und Die Partei wurden jeweils von einer Person genannt (2,4 %). Vor allem das Ergebnis für die Linke überrascht. In den letzten Wahlen (2016) zur BVV MaHe erreichte sie 26,0 %[18] und ist damit die stärkste Partei im Bezirk.

Bei der Erstellung des Fragebogens waren die Ergebnisse der U18-Wahl im Bezirk genutzt worden. Die hier gewählten Parteien wurden als Antwortmöglichkeit angegeben und durch „gar keine“ und „eine andere und zwar“ sowie ein Leerfeld ergänzt.[19]

An dieser Stelle sollen die bisherigen Ergebnisse aus der Befragung der JFE-Besucher_innen den Ergebnissen der Wahlen zur BVV und der U18 Wahl in Marzahn-Hellersdorf und in ganz Berlin gegenüber gestellt werden. Es sollen jedoch hier exemplarisch nur Die Linke (als stärkste Partei in der BVV), die SPD (als stärkste Partei in den JFE und den U18-Wahlen) und die AfD als zweitstärkste Partei in den JFE und in der BVV MaHe betrachtet werden.

Die Linke konnte in MaHe mit 26,0 % die meisten Stimmen für die BVV gewinnen. Unter den Besucher_innen der JFE liegt sie mit nur 2,4 % dagegen weit abgeschlagen. Aber auch in den U18 Wahlen für den Bezirk (12,7 %) und ganz Berlin (10,5 %) kann Die Linke unter Kindern und Jugendlichen offensichtlich nicht an ihren Erfolg im Bezirk anknüpfen. Dagegen liegen die Ergebnisse für die SPD in den verschieden betrachteten Gruppen näher beieinander. Den 17,1 % in den JFE stehen 19,2 % bei den U18-Wahlen im Bezirk, 23,6 % bei den berlinweiten U18-Wahlen und 18,6 % bei den Wahlen zur BVV gegenüber. In Berlin insgesamt ist die SPD unter Kindern- und Jugendli-

[18] Landeswahlleiterin für Berlin: Wahlen zur den Bezirksverordnetenversammlungen 2016. Marzahn-Hellersdorf. In: Wahlen-Berlin.de. https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/be2016/afspraes/bvv/uebersicht_listenwahl_bezirk-10-marzahn-hellersdorf_gesamt.html (Datum des Zugriffs: 31. Mai 2017).

[19] U18-Abgeordnetenhauswahl Berlin 2016 (2016): Wahllokale und Aktionen in Marzahn-Hellersdorf. In: U18-Marzahn-Hellersdorf: https://u18-marzahn-hellersdorf.jimdo.com/ (Datum des Zugriffs: 31. Mai 2017).

chen offensichtlich beliebter als im Bezirk und in den befragten JFE. Dagegen liegt das Ergebnis für die AfD in den befragten JFE mit 12,2 % über den Ergebnissen der U18-Wahlen sowohl im Bezirk (7,3 %) als auch – und noch viel deutlicher – in ganz Berlin (3,5 %). An das Ergebnis der BVV-Wahlen 2016 mit 23,3 % kann die AfD unter den JFE-Nutzer_innen allerdings nicht anknüpfen. Warum diese Partei, die immer wieder mit diskriminierenden Äußerungen auffällt und die oft als rechtspopulistisch charakterisiert wird, unter den Befragten in den JFE in MaHe möglicherweise[20] eine deutlich größere Rolle zu spielen scheint, als unter Unter-18jährigen in ganz Berlin wird im Laufe des Forschungsprojekts noch zu untersuchen sein. Für die JFE bestätigen sich die gesetzlich festgelegten Ziele und Aufgabe der Jugendarbeit (u. a. die Förderung von Toleranz gegenüber den verschiedenen Religionen und Weltanschauungen und das Hinterfragen überkommener Geschlechterrollen) nochmals.[21] Wie in den Gesprächen mit den Mitarbeiter_innen deutlich wurde, agieren die Einrichtungen bereits ganz in diesem Sinne[22] und diskriminierendes, antidemokratisches Sprechen und Handeln wird nicht toleriert. Es gibt partizipationsfördernde und inklusive Projekte und Angebote. Es wird sich bemüht, junge Geflüchtete als Nutzer_innen der Einrichtungen zu gewinnen.[23] Bereits zum jetzigen Zeitpunkt kann festgestellt werden, dass JFE als wichtiger Lernort und Sozialisationsinstanz weiter in der Verantwortung bleiben und Mitarbeiter_innen darin unterstützt werden müssen, auch ihrer Aufgabe als Bildner_innen für Demokratie gerecht zu werden (z. B. durch Fortbildungsmöglichkeiten, eine ausreichende Personaldichte, langfristige Arbeitsverhältnisse).

[20] Noch bleibt abzuwarten, ob sich das Ergebnis ändert, wenn die Befragung der JFE abgeschlossen ist.

[21] Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) Berlin, §6.

[22] In einer Einrichtung lagen Flugblätter gegen die AfD aus.

[23] Dabei sind die Einrichtungen unterschiedlich erfolgreich. Ein Fernbleiben von Geflüchteten kann auch äußeren Umständen geschuldet sein. So berichtete ein_e Mitarbeiter_in, dass die Bewohner_innen einer nahegelegen Unterkunft für Geflüchtete in so weit entfernten Stadtteilen zur Schule gehen, dass sie durch lange Fahrzeiten die JFE kaum zu den Öffnungszeiten erreichen könnten.

Tabelle 1: Vergleich der Wahlergebnisse der U18-Wahlen im Bezirk und ganz Berlin und den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung in MaHe 2016 mit den Ergebnissen der Befragung in den JFE 2017.[24]

	JFE MaHe 2017	*U18-Wahl MaHe 2016 (Abgeordnetenhaus)*	*U18-Wahl Berlin 2016 (Zweitstimmergebnisse)*	*Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung 2016 MaHe*
Tierschutzpartei	9,8	14,5	8,6	k. A
Piraten	7,3	6,4	6,3	1,7
AFD	12,2	7,3	3,5	23,3
SPD	17,1	19,2	23,6	18,3
Grüne	9,8	10,5	22,0	4,6
Linke	2,4	12,7	10,5	26,0
CDU	7,3	13,9	14,5	17,2
Gar keine	24,4	k. A.	k.A.	k. A.
Eine andere	2,4 FDP; 2,4 Die Partei	NPD 3,0; FDP 2,9	FDP 3,3; Die Partei 3,1; NPD 1,3	

3.6 Engagement der Befragten

Für die Untersuchung ist auch von Interesse, ob, warum und für wen/was die Befragten sich engagieren. Es gab vier Items, die eine Einschätzung von Wichtigkeit und Beweggründen für Engagement abfragten. Außerdem sollten die Kinder und Jugendlichen angeben, für wen oder was sie sich engagieren. Hier wurden bewusst keine Vorgaben gemacht, um nicht suggestiv zu arbeiten. Es wurde nicht nach politischem Engage-

[24] Landeswahlleiterin für Berlin: Wahlen zur den Bezirksverordnetenversammlungen 2016. Marzahn-Hellersdorf. In: Wahlen-Berlin.de. https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/be2016/afspraes/bvv/uebersicht_listenwahl_bezirk-10-marzahn-hellersdorf_gesamt.html (Datum des Zugriffs: 31. Mai 2017); U18-Abgeordnetenhauswahl Berlin 2016 (2016): Wahllokale und Aktionen in Marzahn-Hellersdorf. In: U18-Marzahn-Hellersdorf. https://u18-marzahn-hellersdorf.jimdo.com/ (Datum des Zugriffs: 31. Mai 2017), U18 (2016): Wahlergebnisse Berlin. In: U18. http://www.u18.org/vergangene-wahlen/berlin-2016/wahlergebnisse/ (Datum des Zugriffs: 31. Mai 2017).

ment gefragt, da auch soziales Engagement von Interesse für das Forschungsprojekt ist. Zudem ist eine Trennung von sozialem und politischem Engagement nicht immer möglich oder sinnvoll.

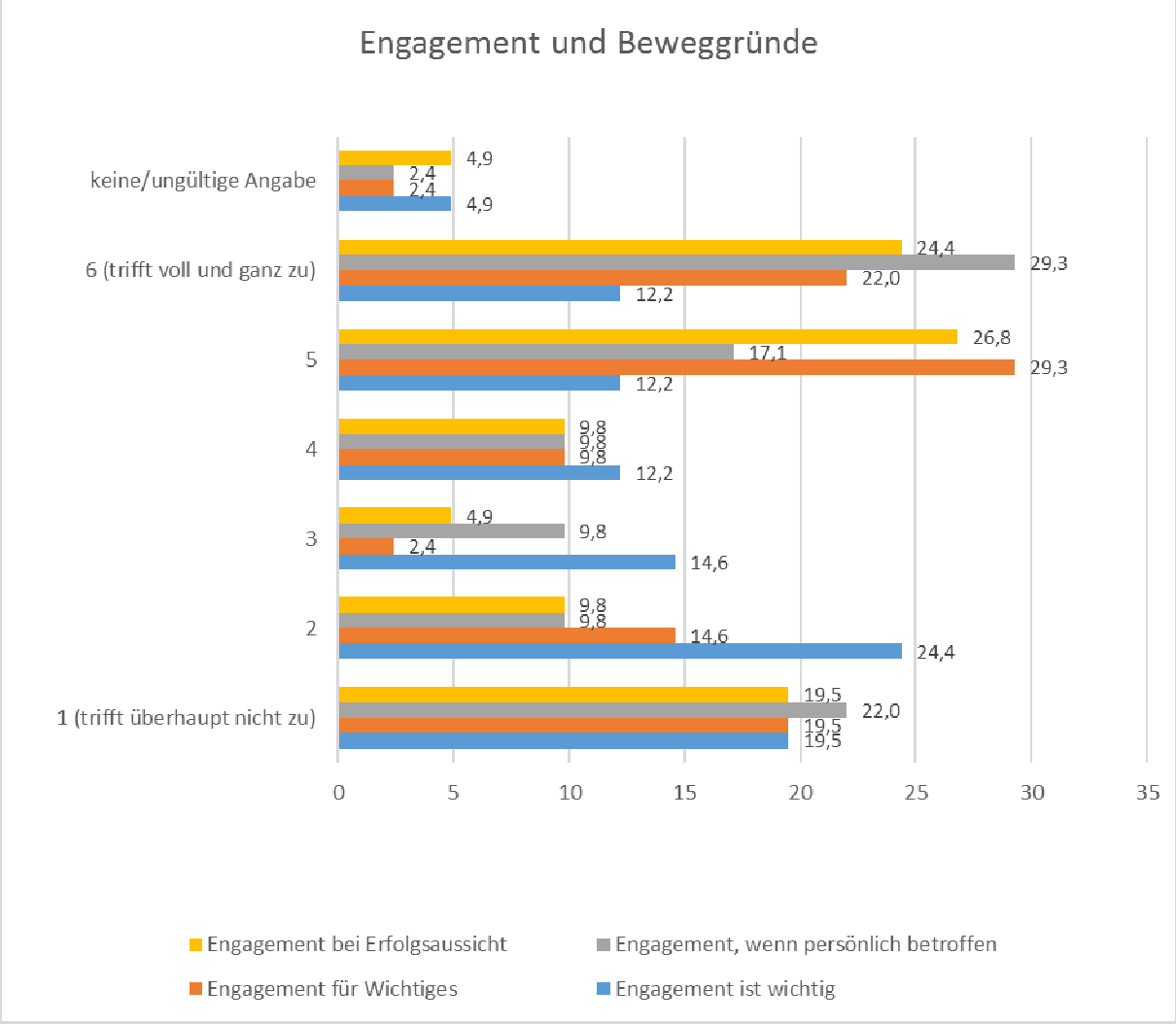


Abbildung 5: Es ist wichtig sich zu engagieren. (Engagement ist wichtig, blau); Wenn ich etwas wichtig finde, setze ich mich dafür ein. (Engagement für Wichtiges, orange); Ich engagiere mich/würde mich für etwas engagieren, wenn es mich persönlich betrifft. (Engagement, wenn persönlich betroffen, grau); Ich setze mich für etwas ein/würde mich für etwas einsetzen, wenn ich damit auch etwas erreichen kann (Engagement bei Erfolgsaussicht, gelb). Angaben in Prozent

Die Aussagen lauteten: Es ist wichtig sich zu engagieren. Wenn ich etwas wichtig finde, setze ich mich dafür ein. Ich engagiere mich/würde mich für etwas engagieren, wenn es mich persönlich betrifft. Ich setzte mich für etwas ein/würde mich für etwas einsetzen, wenn ich damit auch etwas erreichen kann. Die Einschätzungen sollten auf einer Skala von 1 (trifft überhaupt nicht zu) bis 6 (trifft voll und ganz zu) erfolgen. Un-

gültige oder fehlende Angaben sind in die Grafik aufgenommen, da auch betrachtet werden soll, ob der Fragebogen grundsätzlich verstanden wird.[25]

Hohe und sehr hohe Zustimmungswerte (5 und 6) erhielt die Aussage „Es ist wichtig sich zu engagieren." nur von einem knappen Viertel der Befragten (24,4 %). Immerhin noch mittlere Zustimmungswerte fanden sich bei über einem Viertel (26,8 %). Fast die Hälfte der Befragten scheint es nicht so wichtig zu finden, sich zu engagieren (43,9 %). Unter den Beweggründen für Engagement liegt die (persönlich empfundene) Wichtigkeit eines Anliegens mit 51,3 % hohen Zustimmungswerten (5 und 6) knapp vor der Aussicht auf Erfolg mit 51,2 % und vor persönlicher Betroffenheit mit 46,4 %.

Die Beweggründe von Kindern und Jugendlichen (und anderen Zielgruppen), sich zu engagieren, können für die Arbeit von Sozialarbeiter_innen aber auch für die Politik von Bedeutung sein, wenn es darum gehen soll, mehr Menschen für soziales und politisches Engagement und damit für die Beteiligung an der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu gewinnen.

Die Frage „Für wen oder was engagierst du dich?" blieb in 15 Fällen unbeantwortet. Drei Personen gaben an, sich für nichts/niemanden zu engagieren. Die Angaben darüber, für wen oder was sich die Kinder und Jugendlichen engagieren, sind sehr unterschiedlich und reichen vom persönlichen Umfeld (z. B. Freunde, Familie) über konkrete Anliegen (z. B. Sauberkeit, Bildung) bis hin zum Weltfrieden. Vereinzelt finden sich Scherz-, bzw. Provokationsantworten (z. B. Alkohol). Ein solches Antwortverhalten ist jedoch bei der Zielgruppe der aktuellen Befragung durchaus zu erwarten gewesen.

Aus den Gesprächen mit den Mitarbeiter_innen der Einrichtungen, die bisher besucht wurden, ist deutlich geworden, dass die Kinder und Jugendlichen sehr große Beteiligungsmöglichkeiten haben und sich z. B. an der Gestaltung der Einrichtung, am Bau von Sportanlagen oder an der Initiierung und Durchführung einzelner Angebote beteiligen können. Diese Möglichkeiten werden zumindest von einem Teil der Jugendlichen auch wahrgenommen. Es kann also davon ausgegangen werden, dass zumindest einige Kinder und Jugendliche ein eher enges Bild von Engagement haben oder die Frage nicht verstehen.[26] Möglicherweise ist ihnen nicht bewusst, dass das Bauen einer Skatrampe, die Organisation eines Konzerts oder das Streichen der Räumlichkeiten auch wertvolles Engagement sind. Kindern und Jugendlichen (aber auch anderen Bevölkerungsgruppen) sollte besser verdeutlich werden, dass ihr Engagement – auch im kleinen Rahmen und im nahen Umfeld – wichtig für die gemeinsame Gestaltung von Gesellschaft ist. Persönliche Betroffenheit und Aussicht auf Erfolg – als wichtige Moti-

[25] Dass nur vereinzelt Items ausgelassen wurden, kann heißen, dass die Befragten subjektiv wenig Verständnisprobleme hatten. Es kann dennoch zu Fehlern kommen, z. B. wenn die Richtung der Skala falsch interpretiert wird (1 als am wenigsten zutreffend und 6 am meisten könnte u. U. kontraintuitiv für Schüler_innen wirken, die das Bewertungssystem von Schulnoten gewohnt sind.).

[26] Bei der Datenerhebung wurde vereinzelt auch nach der Bedeutung der Worte Engagement und engagieren gefragt.

vatoren – können beim Engagement im nahen Umfeld und für (scheinbar) kleinere Anliegen erlebt werden und für weiteres Engagement motivieren.

3.7 Jugendliche in MaHe und ihre Lebenssituation

Abschließend soll ein kurzer Blick auf die Lebenssituation der Befragten geworfen werden. Bereits bei der Dateneingabe fiel auf, dass viele Kinder und Jugendliche sich in MaHe wohl fühlen und optimistisch in die Zukunft blicken. Dies überrascht, da der Bezirk nicht zu den beliebtesten der Stadt zählt und häufig geradezu synonym für eine wenig erstrebenswerte Wohngegend gilt. Dies wird dem Bezirk zwar nicht gerecht, dennoch sind einige Stadtviertel durch eine hohe Konzentration von sozialen Problemlagen geprägt.[27]

3.7.1 Jugendlichen gefällt es in MaHe

Fast 54 % der Befragten gefällt es gut oder sehr gut in MaHe und nur knapp zehn Prozent (9,8 %) gefällt es hier gar nicht. Das Umfeld der JFE, in denen die Befragungen bisher stattgefunden haben, ist wenigstens zum Teil durch Plattenbauten geprägt, z. T. dominieren diese eindeutig. Allerdings gibt es auch in diesen Siedlungen viel Grün. Ein_e Mitarbeiter_in berichtete, dass viele der Nutzer_innen der JFE kaum in die Innenstadtbezirke fahren (trotz guter Anbindung an den ÖPV).[28] Möglicherweise fühlen sie sich im Bezirk durchaus wohl und zuhause.

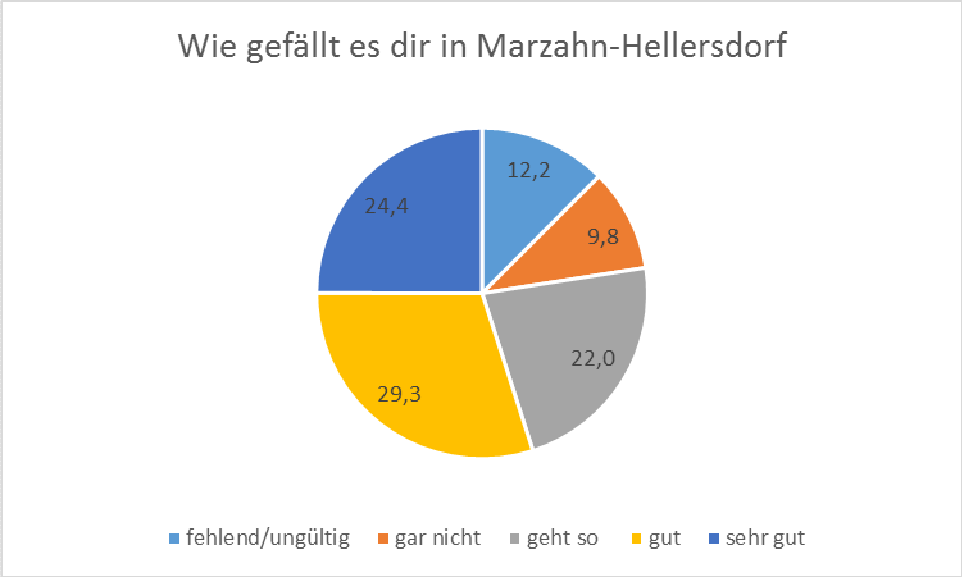


Abbildung 6: Wie gefällt es dir in Marzahn-Hellersdorf? Angaben in Prozent

[27] Zur Sozialraumstruktur von MaHe: Bever u. a 2015, S. 17 – 54.

[28] Die JFE bietet manchmal gemeinsame Ausflüge in die Innenstadt an. Dabei wird deutlich, dass viele der Nutzer_innen die Innenstadt Berlins kaum kennen, dies aber auch nicht wesentlich zu bedauern scheinen. Inwiefern fehlende finanzielle Möglichkeiten (z. B. für eine Shopping-Tour oder Kulturveranstaltungen) dabei auch eine Rolle spielen, wurde nicht erwähnt.

3.7.2 Zukunftschancen werden mehrheitlich positiv eingeschätzt

Obwohl die Frage nach der Einschätzung der persönlichen Zukunftschancen mit den Antwortmöglichkeiten: gut, eher nicht so gut, eher schlecht, schlecht mehr negative als positive Antwortmöglichkeiten bot[29], sehen fast zwei Drittel der Befragten optimistisch in die Zukunft. Es gab vereinzelt sogar die Kritik von Jugendlichen, dass die Antwortmöglichkeit „sehr gut“ fehle. Es wurde bewusst darauf verzichtet, die Option “weiß nicht“ anzubieten. Die Kinder und Jugendlichen sollten sich positionieren. Ob die fehlenden Angaben aus Unsicherheit bezüglich der eigenen Zukunftschancen resultieren, ob die Frage nicht verständlich genug ist oder andere Gründe zu einem Auslassen des Items geführt haben, bleibt jedoch unklar. Auch die Shell-Jugendstudie 2015 berichtet von einer optimistischen Haltung bei Jugendlichen.

> *„Was ihre persönliche Zukunft angeht, herrscht bei Jugendlichen solider Optimismus vor. Trotz vielfältiger Sorgen und Ängste und trotz der Fülle von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen, die sie in den letzten Jahren erleben mussten, gehen insgesamt 61 % der Befragten davon aus, dass sie ihre eigene Zukunft meistern werden.“ (Leven u. a. 2015, S. 100)*

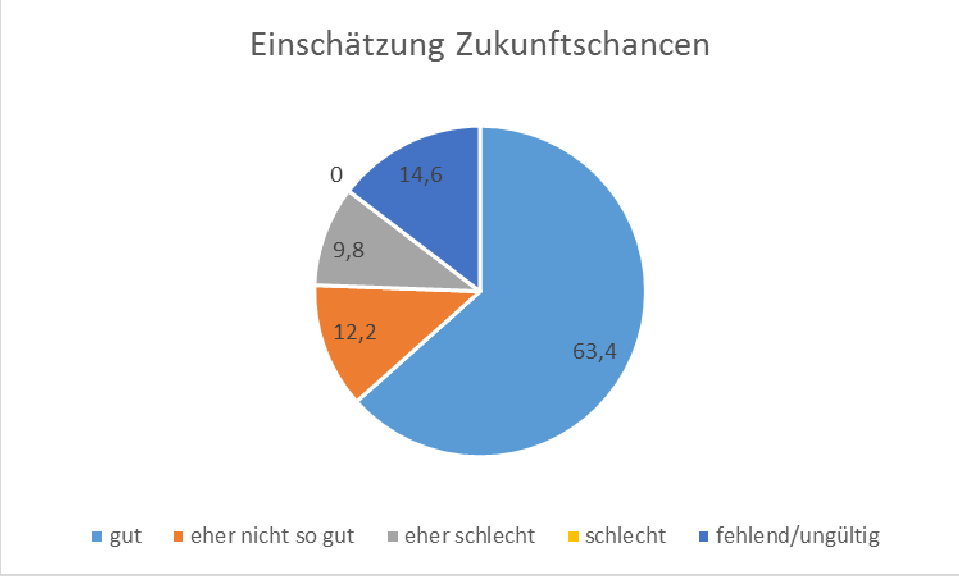


Abbildung 7: Wie schätzt du deine Zukunftschancen ein? Angaben in Prozent

3.7.3 Haushaltseinkommen wird als ausrechend eingeschätzt

Fast zwei Drittel (65,8 %) der Befragten schätzen ihr Haushaltseinkommen für gut ausreichend ein (zusammengefasst Angaben „gut“ und „sehr gut“). Wird „geht so“ dahin-

gehend verstanden, dass das Haushaltseinkommen (noch) ausreichend ist, schätzen über Dreiviertel (75,6 %) der Kinder und Jugendlichen ihr Haushaltseinkommen für (mindestens) ausreichend ein. Von der Antwortmöglichkeit „sehr schlecht“, wurde überhaupt nicht Gebrauch gemacht.

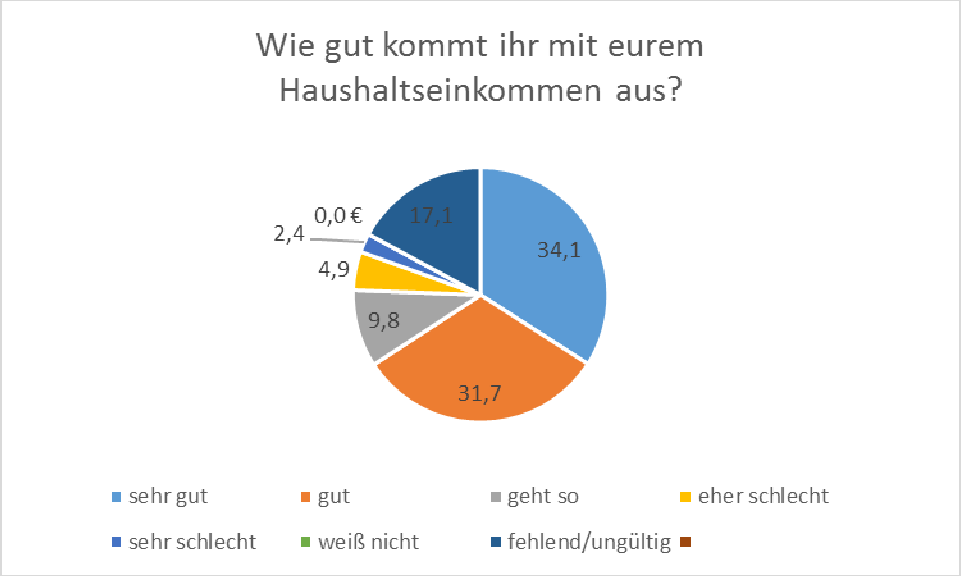


Abbildung 8: Wie gut kommt ihr mit eurem Haushaltseinkommen aus? Angabe in Prozent

Unabhängig davon, wieviel Einkommen tatsächlich vorhanden ist - dies wurde nicht erfragt und dürfte den meisten Jugendlichen auch nur bedingt bekannt sein - scheinen die Befragten eher keinen materiellen Mangel zu verspüren. Offenbar schaffen es Eltern, ihre Kinder mögliche finanzielle Sorgen nicht spüren zu lassen. Vielleicht gelingt es ihnen auch, mit eher geringen Einkommen weitestgehend gut auszukommen, z. B. indem die eigenen Bedürfnisse ein Stück weit an die finanziellen Möglichkeiten angepasst werden.[30] Falls Jugendliche möglicherweise bereits in einem eigenen Haushalt

[29] Bei einer Überarbeitung des Fragebogens wird darauf zu achten sein, ein ausgewogeneres Verhältnis von positiven und negativen Auswahlmöglichkeiten für dieses Item anzubieten.

[30] Die Kinder und Jugendlichen wurden nach der Arbeit der Eltern gefragt: „Meine Mutter arbeitet als:“, „Mein Vater arbeitet als:“ In 22 Fällen wird überhaupt eine Tätigkeit der Mutter angegeben. In 26 Fällen wurde dieses Feld für die Väter ausgefüllt. Sehr vereinzelt finden sich dabei Angaben, dass das jeweilige Elternteil nicht arbeitet, unbekannt oder bereits verstorben ist. Unter den angegeben Arbeitsfeldern handelt es sich mehrheitlich um Berufe, die kaum sehr hohe Einkommen erwarten lassen (z. B. Handwerker_innen, Dienstleistungsberufe). Nur für jeweils ein bis zwei Mütter oder Väter werden Berufe angegeben, die eine akademische Ausbildung erfordern. Ob die Elternteile, für die keine Angaben gemacht wurden, nicht berufstätig sind oder ob die Befragten nicht wussten, was ihre Mütter und Väter arbeiten, ist aus den vorhandenen Daten nicht ablesbar. Dass Jugendliche nicht immer über die berufliche Situation ihrer Eltern Bescheid wissen, zeigt auch eine Studie, die ein Programm zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit in MaHe untersucht hat: Stapf-Finé, H. und Brodowski, M. und Metzner, A. (2015): EvaMarzahn Evaluation des Aktionsprogramms zum Masterplan "Arbeit und Ausbildung für Alle Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf“ In: ASH Berlin. https://www.ash-

leben,[31] scheinen auch diese mit ihren finanziellen Mitteln weitestgehend auszukommen.

3.7.4 Vertrauenspersonen im Nahumfeld

Die Kinder und Jugendlichen wurden auch nach Vertrauenspersonen/-institutionen gefragt („Wem (ver)traust du?“). Hier geben deutlich über die Hälfte (24 Fälle) Freund_innen und/oder Familie als Vertrauensperson an. Teilweise wurden konkrete (Vor-)Namen genannt, die sowohl Freund_innen als auch möglicherweise Mitarbeiter_innen der JFE sein können. Elf Personen lassen das Feld unausgefüllt, zwei geben an niemandem zu trauen, zwei vertrauen sich selbst, eine_r der AfD. Dass die Befragten in der Mehrheit ziemlich spontan[32] Vertrauenspersonen benennen können, kann als ein positives Zeichen für deren Lebenssituation bewertet werden. Es wurden fast ausschließlich Personen, kaum aber Institutionen oder Organisationen benannt. Möglicherweise sollte für die weitere Befragung das Item entsprechend ergänzt werden, um hier weitere Informationen zu erhalten.

3.7.5 Weitere positive Aspekte

Wie bereits bei der Beschreibung des Samples erwähnt wurde, nehmen die Kinder und Jugendlichen ihre Bildungschancen wahr. Sie streben mehrheitlich mindestens einen MSA an (oder haben entsprechende Abschlüsse bereits erreicht) und es gibt kaum Befragte, die die Schule ohne Abschluss verlassen wollen oder verlassen haben. Unter den vier Befragten, die unschlüssig sind, sind zwei jeweils elf und zwölf Jahre alt und haben noch ausreichend Zeit, hier Klarheit zu gewinnen. Insgesamt ist es zu begrüßen, dass deutlich über die Hälfte der Kinder und Jugendlichen einen MSA oder das Abitur (56,1 %) erreichen wollen/erreicht haben, da ein höherer Schulabschluss die Zukunftschancen verbessert.

Zur Lebenssituation der Befragten ist also festzuhalten, dass es ihnen mehrheitlich gut zu gehen scheint – unabhängig von ihrer tatsächlichen sozialen und finanziellen Lage. Ob dies einen Einfluss auf politische Haltungen und Engagement hat, soll im Verlauf des Forschungsprojektes – nicht nur für diese Zielgruppe – von Interesse sein.

Dass es den meisten Befragten (zumindest subjektiv) gut geht, kann auch eine gute Basis dafür sein, Kinder und Jugendliche mehr für Demokratie und Politik zu interessieren. Mit einem pessimistischen Blick auf die Zukunft, finanziellen Sorgen und in einem belastenden Wohnumfeld fehlt hierfür möglicherweise die Bereitschaft.

---

berlin.eu/fileadmin/Daten/Forschung/EvaMarzahn/EvaMarzahn_Forschungsbericht.pdf (Datum des Zugriffs: 30. Mai 2017), S. 36f.

[31] Es wurde nicht erfragt, ob die JFE-Nutzer_innen bereits in einem eigenen Haushalt leben.

[32] Die Fragebögen wurden vor Ort ausgeteilt und direkt ausgefüllt. Das dauerte meist zwischen zehn und 30 min. Die Kinder und Jugendlichen haben die Fragebögen nicht vorab gesehen.

4 Wahlanalyse

4.1 Rechte Einstellungen in Marzahn-Hellersdorf

> *„Extrem rechte Einstellungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit stoßen in Marzahn-Hellersdorf ebenso wie in Deutschland auch aufgrund von sozialer Ausgrenzung und Entsicherung der Lebensverhältnisse auf einen fruchtbaren Nährboden. Gerade in Krisenzeiten versuchen (extrem) rechte Gruppierungen, diese Erfahrungen für ihr Interesse und politischen Ziele zu instrumentalisieren." (Bever u. a. 2015, S. 10)*

Marzahn-Hellersdorf wurde in den letzten Jahren von eher linken Parteien regiert, dennoch wurden häufig rechte Einstellungen und Verhaltensweisen im Bezirk beobachtet. Seit 2013 sind diese jedoch wieder vermehrt in die Öffentlichkeit getreten. Ein Grund dafür war die Debatte um die Geflüchteten und die damit einhergehende Aufstellung und Neugründung von Initiativen, die sich gegen die Einrichtung von Unterkünften in diesem Bezirk aussprachen. Diese Aktivierung von „besorgten Bürger_innen" wurde vor allem in den „Montagsdemos" deutlich, die von der rechten „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf" initiiert wurden. Solche Aktionen wurden nicht zuletzt durch Auftritte, wie dem des NPD-Landesvorsitzenden Sebastian Schmidtke, in den Medien allgegenwärtig.

Neben diesen Demonstrationen gab es ein vermehrtes Aufkommen neuer, rechter Gruppierungen und Initiativen. Grund dafür ist, dass der Bezirk, und hier vor allem der Stadtteil Marzahn-Mitte, als eine Art „Musterbezirk" fungiert.

Der Jahresbericht von Polis* (Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf) erfasst alle gemeldeten Aktivitäten, die in irgendeiner Form mit der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)[33] in Verbindung gebracht werden kann und dokumentiert diese. In ihrem letzten Bericht wird deutlich, dass im Jahr 2015 ein enormer Anstieg von rassistischen Angriffen zu verzeichnen war und die Hemmschwelle, Aggressionen auszuleben, gesunken ist. Diese Angriffe (hierunter zählen auch Pöbeleien, Beleidigungen und Drohungen) gegenüber Menschen richteten sich nicht nur gegen Geflüchtete oder Personen mit einem Migrationshintergrund, sondern auch gegen Menschen, die sich vor Ort für die positive Demokratieentwicklung einsetzten. Hierzu zählen neben ehrenamtlichen Helfer_innen und politischen Gegner_innen auch lokale Politiker_innen sowie die Unterkünfte selbst. Diese Angriffe haben sich im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht (Hannemann 2016, S. 3).

[33] Definition von GMF: Küpper u. a. 2015.

Dies zeigt, dass sich in Marzahn-Hellersdorf selbst eine aktive rechte Szene befindet und diese auch in der Lage ist, für aktuelle Themen und Aktionen Menschen mit gleicher Gesinnung anzusprechen und diese akquirieren zu können. Hierfür nutzen diese Gruppierungen die sozialen Medien und unterstützen sich gegenseitig mindestens über die Informationsweitergabe von aktuellen Aktionen und Kommentaren.

4.2 Wahlergebnisse in Marzahn-Hellersdorf

In Abbildung 9 sind die Wahlbezirke für die Abgeordnetenhauswahl 2016 zu sehen.

Die eingeteilten Gebiete entsprechen nicht den einzelnen Stadtteilen des Bezirkes, so ist zum Beispiel das Wahlgebiet 4 ein Zusammenschluss des Stadtteils Biesdorf mit einem Großteil des Stadtteiles Marzahn-Süd. Das Wahlgebiet 5 ist aus den Stadtteilen Mahlsdorf und einem Großteil des Stadtteiles Kaulsdorf zusammengesetzt.

4.2.1 Abgeordnetenhauswahlen

In Marzahn-Hellersdorf lag die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahr 2016 bei nur 60,9 % und belegt somit bei der Wahlbeteiligung unter allen Bezirken Berlins den letzten Platz. In den Wahlbezirken von Marzahn-Hellersdorf selbst schwankt die Wahlbeteiligung deutlich. In den Wahlbezirken 1 und 3 liegt sie nur knapp über 50 % (50,7 % und 51,2 %). Ergo: Knapp die Hälfte der Wahlberechtigten hat ihr Recht wählen gehen zu können, nicht wahrgenommen und ist den Wahlen fern geblieben. In den Wahlbezirken 2 und 6 war die Wahlbeteiligung schon deutlich höher, hier lag sie bei 58,9 % und 57,8 %. Am höchsten war die Wahlbeteiligung in den Wahlbezirken 4 und 5. Hier lag die Wahlbeteiligung mit 68,7 % beziehungsweise 78,4 % deutlich über dem Durchschnitt. Dies könnte darauf zurückgeführt werden, dass sich Marzahn-Hellersdorf in verschiedene, sehr unterschiedliche Stadtteile gliedert. Befinden sich in den Stadtteilen im Süden des Bezirkes eher Einfamilienhäuser, so ist der Norden dieses Bezirkes vermehrt von Hochhaussiedlungen geprägt.

In den sechs Wahlkreisen dieses Bezirks gewannen zwei Bewerber_innen der CDU, zwei der Partei Die LINKE und zwei der AfD Direktmandate. Damit liegt der Anteil der AfD bei einem Drittel der direkt gewonnenen Mandate.

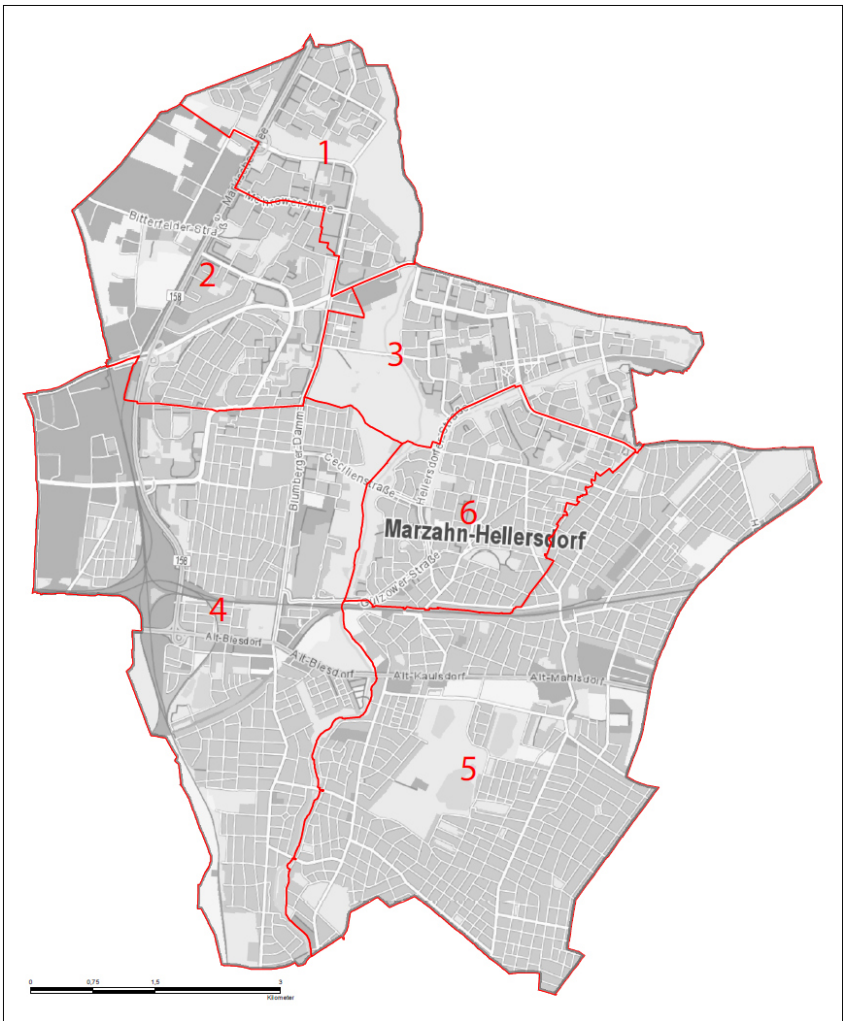


Abbildung 9: Abgeordnetenhauswahlen Berlin 2016 – Wahlkreise Marzahn-Hellersdorf. Quelle: https://www.wahlen-berlin.de/Wahlen/Be2016/Wahlkreisanteil/Wahlkreisverbandkarte_2016_10.pdf (Datum des Zugriffs: 22. Mai 2017)

4.2.2 Bezirksverordnetenversammlung

Die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung findet alle fünf Jahre zusammen mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus Berlin statt. Bei der Wahl 2016 haben sich in Marzahn-Hellersdorf 59 % der Wahlberechtigten an der Wahl beteiligt.

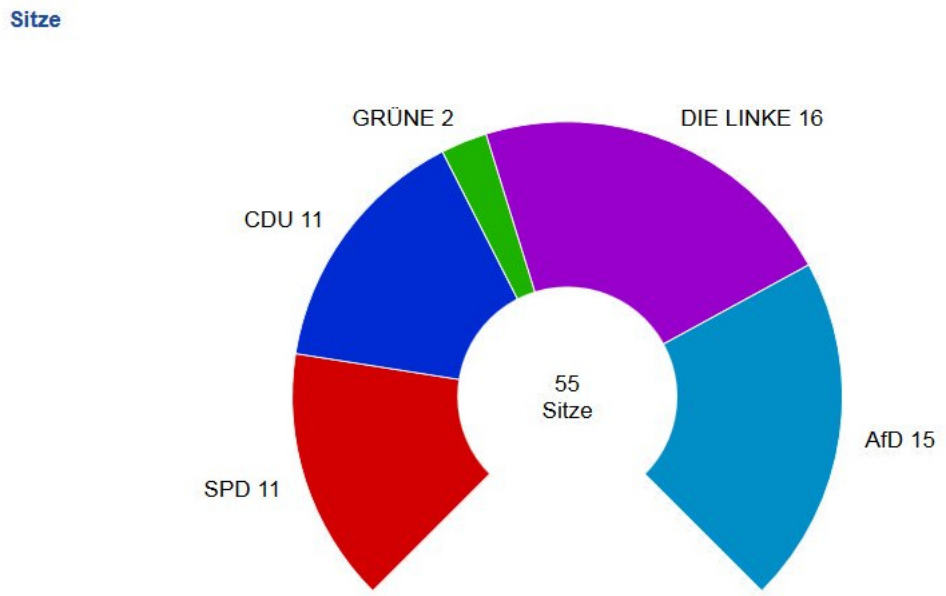
Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse der Wahlen der Bezirksverordnetenversammlung im Jahr 2016 in Marzahn-Hellersdorf. Hier sind die Gewinne und Verluste der einzelnen Parteien aufgelistet. Wie zu sehen ist, haben alle Altpartien Verluste erlitten. Die SPD liegt bei dieser Negativ-Auflistung auf Platz 1 mit einem Verlust von 8,1 Prozentpunkten. Auch die CDU und die Grünen haben Wähler_innenstimmen verloren, auch wenn diese nur gering sind. Große Verluste gab es auch bei der LINKEN, die jedoch trotzdem diese Wahl insgesamt für sich entscheiden konnte. Die Piraten haben durch die hohen Verluste von 5,1 Prozentpunkten ihre Mandate verloren.

Was auffällt ist, dass die kleinen Parteien zwar insgesamt nur wenige Stimmen erhalten haben, aber auch kaum bis gar keine Stimmen verloren haben. Einige kleine Parteien konnten sogar im Vergleich zur vorangegangenen Wahl Stimmen gewinnen. Die größten Gewinne an Wähler_innenstimmen hat die AfD für sich verzeichnen können. Sie hat aus dem Stand 23,2 % der Stimmen in Marzahn-Hellersdorf erhalten.

Tabelle 2: Bezirksverordnetenversammlung 2016 - Ergebnisse Marzahn-Hellersdorf - Details

Partei	Stimmen	Stimmenanteil in %	Gewinn und Verlust in %-Pkt.	Sitze	Sitze BA
SPD	22.275	18,3	-8,1	11	1
CDU	21.007	17,2	-0,1	11	1
GRÜNE	5.559	4,6	-1,2	2	0
DIE LINKE	31.759	26,0	-5,1	16	2
PIRATEN	2.086	1,7	-6,9	0	0
NPD	1.932	1,6	-2,5	0	0
FDP	3.096	2,5	1,4	0	0
pro Deutschland	1.852	1,5	-1,1	0	0
ALFA	963	0,8	0,8	0	0
AfD	28.263	23,2	23,2	15	1
DIE EINHEIT	445	0,4	0,4	0	0
Graue Panther	2.726	2,2	2,2	0	0

Dieses Ergebnis wirkt sich auf die Platzverteilung folgendermaßen aus: Von den 55 Sitzen (Abbildung 10), die die Bezirksverordnetenversammlung in Marzahn-Hellersdorf hat, haben die SPD und die CDU jeweils 11 Plätze, die Grünen 2, DIE LINKE 16 und die AfD 15 erhalten. Somit stellt die AfD die zweitstärkste Fraktion.



Partei	Sitze	Bezirksamtsmandate
SPD	11	1
CDU	11	1
GRÜNE	2	0
DIE LINKE	16	2
AfD	15	1

Abbildung 10: Bezirksverordnetenversammlung 2016 - Sitzverteilung Marzahn-Hellersdorf. Quelle: https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/be2016/afspraes/bvv/uebersicht_listenwahl_bezirk-10-marzahn-hellersdorf_gesamt.html (Datum des Zugriffs: 22. Mai 2017)

4.3 Wahlen in Berlin

Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin 2016 stieg die Wahlbeteiligung um mehr als 6 Prozentpunkte im Vergleich zur vorherigen an. Die AfD holte aus dem Stand 14,2 % der Stimmen und erwuchs dadurch zu einer ernsthaften Konkurrenz für alle anderen Parteien.

Die noch junge Partei konnte in die Hochburgen aller etablierten Parteien einbrechen, was vor allem die SPD und DIE LINKE zu spüren bekamen. Die AfD positionierte sich im Wahlkampf vor allem zur Inneren Sicherheit und zur Flüchtlingsdebatte und verstand es wie keine andere Partei, die Nichtwählenden von ihren Positionen zu überzeugen oder zu Protestwählenden werden zu lassen. Dennoch hat bei dieser Abgeordnetenhauswahl jede dritte wahlberechtigte Person ihr Wahlrecht nicht wahrgenommen.

Bei der Analyse der Wähler_innenstimmen wird ersichtlich, dass es deutliche Zusammenhänge zwischen den Zweitstimmen und dem sozialen Umfeld der AfD-

Wähler_innen gibt. Die AfD erhielt beispielsweise bei Männern mehr Zuspruch als bei Frauen, und in der älteren Bevölkerungsgruppe mehr Zuspruch als in der jüngeren Generation. Auffallend hoch ist auch der Erfolg der Partei in Gebieten mit geringerer Kirchenzugehörigkeit. Die AfD war zudem am stärksten bei Wähler_innen der mittleren und unteren Bildungsschicht. Auch dort wo die Arbeitslosigkeit höher ist, konnte sie mehr Stimmenanteile für sich verzeichnen (vgl. Teevs 2016). Bemerkenswert ist zudem der Umstand, dass die Partei in Wahlregionen mit einer hohen Ausländerquote deutlich schwächere Ergebnisse erzielen konnte. Diese Strukturen finden sich vor allem im Ostteil der Stadt wieder. Nachwähler_innenbefragungen kamen zu dem Ergebnis, das nur jede vierte AfD-wählende Person aus Überzeugung die Partei gewählt hat. Den Großteil der Stimmen hatte sie viel mehr der Enttäuschung der Wahlberechtigten über die anderen Parteien zu verdanken.

4.4 Einfluss der Medien

Die Medien, seien es analoge/traditionelle oder digitale, haben einen entscheidenden Einfluss auf die Verbreitung und Anerkennung rechten Gedankengutes.

> *„Auch die seriösen Medien forcieren dabei nicht selten eine unkritische, unreflektierte Übernahme und Weitergabe von Bedrohungsrhetoriken durch die Verwendung von dramatischen Bildern und Begrifflichkeiten wie „Flüchtlingskrise", „Flüchtlingschaos" oder gar „Flüchtlingstsunami" (so der CSU-Parteivorsitzende Horst Seehofer). Sie gaben und geben rechtspopulistischen Akteuren ein Forum und befördern damit die Strategie der Neuen Rechten, Positionen, die vormals als eindeutig undemokratisch und rechtsextrem verstanden werden, nun als eine legitime Möglichkeit im Meinungsspektrum anzusiedeln. Den unbedarften Zuschauer erreichen dann zur besten Sendezeit menschenfeindliche und undemokratische Botschaften, die ihm, geadelt und abgesegnet durch die seriös erscheinende politische Debattenrunde, als offenkundig denk-, sag-, und durchführbar erscheinen. So werden Meinungen gemacht und geformt – auch rechtspopulistische und rechtsextreme." (Zick 2016, S. 3)*

Dieser Einfluss hat sich in den letzten Jahren, vor allem durch die Verbreitung Sozialer Netzwerke entscheidend gewandelt und bietet verschiedensten Gruppierungen - auch und vor allem rechten Gruppen - die Möglichkeit, via Internet und Smartphone direkt in den privaten Raum vorzudringen. Somit ist es für rechte Gruppierungen einfacher, ihre Inhalte zu verbreiten und die Schwelle für den_die Einzelne_n sich ihnen anzuschließen, sinkt. Für Personen oder Gruppen, die unzufrieden[34] sind, ist es einfacher geworden, ihre Meinungen einer breiten Masse mitzuteilen und schnell direkte Reaktionen mitzubekommen oder gar zu provozieren.

[34] Hier: Allgemeine Unzufriedenheit mit sozialen, politischen Themen.

Vor allem Bürgerinitiativen, die vorgeben unabhängig zu sein, haben in den letzten beiden Jahren zugenommen. Einer der größten Social-Media-Anbieter ist Facebook. Im Februar 2016 waren mehr als 75.000 Nutzer_innen in Facebook-Gruppen mit Namen wie "Nein zum Heim XY" organisiert (Röpke 2017, S. 40).

Auch wenn das Fernsehen immer noch die insgesamt am weitesten verbreitete Quelle für Nachrichten ist, steigt die Bedeutung des Internets und Sozialer Medien. Gerade jüngere Erwachsene nutzen das Internet als wichtig(st)e Nachrichtenquelle und die Zahl derer, die in sozialen Netzwerken auf Nachrichten stoßen, steigt.[35] Allerdings informieren sich wenige Erwachsene ausschließlich über das Internet (Hölig u. a. 2016, S. 16 - 23).

Digitale Medien haben einen großen Einfluss auf die Verbreitung jeden Gedankengutes, da ihre Bedeutung für die Meinungsbildung und die Einstellungen von Internetnutzer_innen steigt, zumal einige mitunter kaum Interesse verspüren, erhaltene Informationen zu hinterfragen, zu untermauern oder zu verwerfen. Die Zunahme des Konsums digitaler Medien, deren Bedeutungswachstum gepaart mit den immer jünger werdenden Konsument_innen, sind wichtige Erkenntnisse für die Politik.

Durch die Nutzung von Algorithmen, die auf Basis des vorangegangenen Nutzungsverhaltens des_der Accountinhaber_in in Sozialen Medien inhaltsähnliche Seiten präsentieren, besteht die Gefahr, dass sich Menschen vor allem über Seiten mit denselben politischen Hintergründen informieren und ein anderes Themen- und Meinungsspektrum gar nicht erst präsentiert bekommen und auch nicht abfragen.

Gerade die AfD zeigt sich erfolgreicher im „Bespielen“ Sozialer Netzwerke als andere Parteien. Sie schafft es schnell und passend für ihre Anhänger_innen interessante Themen zu präsentieren und/oder damit zu provozieren. Dabei zeigen erste Analysen und die Meinung von Expert_innen, dass die Partei es über ihre Social-Media-Auftritte schafft, größer zu erscheinen, als sie es tatsächlich ist aber auch, ihre Anhänger_innen im Parteisinne zu informieren und zu binden (Fuchs 2017, Reuter 2017, Brunner u. a. 2017).

Wenn Nicht-Wählende und Wählende von rechten Parteien erreicht werden sollen, sollten besonders digitale Medien und speziell Soziale Netzwerke genutzt werden, um Interesse zu wecken und Aufklärung zu ermöglichen. Eine gezielte Analyse der Medienstrategien rechter Gruppierungen ist dabei unerlässlich, ebenso wie der Einsatz von tatsächlichen, hochkompetenten Expert_innen.

[35] Fernsehnachrichten sind für Erwachsene mit Internetzugang in Deutschland nach wie vor die wichtigste Nachrichtenquelle, wobei für 18 – 34-Jährigen Nachrichten häufiger über das Internet konsumieren. (Hölig u. a. 2016, S. 16 - 23).

5 Demokratie, Demokratieverhalten und -verhältnis

Zusammenfassung: Demokratie besitzt drei bzw. vier analytische Bedeutungsdimensionen. Sie ist Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform; aus den analytischen Dimensionen der Demokratie lassen sich typologisierbare Phänomene der Demokratieaffinität und Demokratiedistanz ableiten und definieren.

5.1 Die drei Bedeutungsdimensionen der Demokratie

Demokratie definiert sich über ihre Voraussetzungen.

Sie stellt Ansprüche (1.) an die rechtlich-institutionelle Verfasstheit eines Gemeinwesens/einer staatlichen Ordnung. Sie ist also als ein Herrschaftsprinzip, eine „Herrschaftsform“ (Himmelmann 2014, S. 7) zu verstehen. Ihre Voraussetzung ist eine demokratische (staatliche) Organisationsweise von Macht und Entscheidungsprozessen. Historisch gelten folgende Erscheinungsweisen bzw. Organisationsprinzipien als Varianten der Demokratie: die repräsentative Demokratie, die direkte (unvertretene) Demokratie, die Demarchie (Zufallsauswahl), die Rätedemokratie und die plebiszitäre Demokratie (beides Mischformen aus direkter und repräsentativer Demokratie).

Sie stellt Ansprüche (2.) an Diskurse, Konventionen, kollektive „Übung“/Erfahrung und Praxis. Demokratie ist auch eine „Gesellschaftsform“. Eine demokratische Gesellschaftsform lässt sich nach Himmelmann erkennen an folgenden Gütekriterien (Himmelmann 2014, S. 8):

- (öffentliches) Vorhandensein eines gesellschaftlichen Pluralismus (soziale, politische und religiöse Themen und Gruppen werden durch Verbände, Vereine, Initiativen etc. öffentlich sichtbar und wirksam),
- ein funktionsfähiges System der autonomen gesellschaftlichen Konfliktregulierung (z. B. Tarifvertragssystem, betriebliche Mitbestimmung),
- Ausgestaltung eines fairen Systems von (sozialer und nachhaltiger) Marktwirtschaft (Sozialpolitik, Ökologie etc.),
- mit einer freien und vielfältigen Öffentlichkeit (Medien),
- mit einem breiten öffentlichen Engagement der Bürger_innen (Zivilgesellschaft).

Mit Hannah Arendt lässt sich festhalten, dass eine demokratische Gesellschaftsform „Öffentlichkeit“ benötigt, die durch die Verfasstheit des Gemeinwesens institutionell ermöglicht, gesichert und garantiert werden muss (Lambrecht 1999).

Demokratie bedarf (3.) einer demokratischen „Lebensform“, d.h. einer kollektiven demokratischen, d.h. an bestimmte Werte gebundene Alltagpraxis als Lebensform (Himmelmann 2004, S. 9). Werte wie Toleranz, Gleichwertigkeit (nicht Gleichheit!) aller Menschen, Transparenz, etc. werden in einer demokratischen Lebensform von Gemeinwesenmitgliedern anerkannt bzw. sind ihnen verinnerlicht. Diese Thematik wird häufig unter dem seit den 1950er Jahren in der Politikwissenschaft gebräuchlichen

Begriff der demokratischen politischen Kultur subsumiert. Angelehnt an die US-amerikanischen Politikwissenschaftler Gabriel A. Almond und Sidney Verba[36] muss konstatiert werden, dass ein demokratisches System einer (möglichst verwurzelten, eingeübten) demokratischen Alltagskultur bedarf, die nicht nur durch eine demokratische Gesellschaft- und Herrschaftsform ermöglicht wird, sondern durch ein demokratisches, an den oben genannten Werten orientiertes Verhalten der Teilnehmer_innen der Demokratie gebildet wird. Diese Dimension berührt also das Feld des Verhaltens, Handelns und der Werte der Demokratie bzw. der Einstellung zur Demokratie. Almond/Verba unterscheiden hinsichtlich der Einstellung des Individuums zur politischen Kultur vier theoretische Analysezugänge:

- Eine Perspektive nimmt Wissen und Einstellungen des Gemeinwesenmitgliedes zu Geschichte, Aufbau, Grundbegriffen und Struktur des politischen Systems etc. in den Blick, in dem es lebt („System as General Object“).
- Eine weitere Perspektive thematisiert die individuelle Einschätzung der Teilhabechancen „in the upward flow of policy making“. Hier werden die Inputmöglichkeiten, etwa die Möglichkeiten des Einbringens politischer Themen in das politische System ‚von unten’, die Individuen oder Gruppen für sich sehen, eingeschätzt („Input“).
- Eine dritte Perspektive soll erkennbar werden lassen, welche Wirksamkeitserfahrung Menschen sehen. Wie also wird der „Output“ des politischen Systems und die (Güte der) Ergebnisse von Politik, der „downward flow of policy“ bewertet. („Output“)?
- Eine letzte Perspektive richtet sich auf die Selbstwahrnehmung der eigenen individuellen Position innerhalb des politischen Systems. Sie blickt somit auch auf das politische Wissen und/oder das politische Interesse des_der Einzelnen: Welches Wissen ist vorhanden über die eigenen Rechte, Pflichten, Handlungsspielräume, Einflussmöglichkeiten etc.? Welche Normen und Artikulationsformen bei Teilhabe, politischer Urteils- und Meinungsbildung werden akzeptiert („Self as Active Participant“) (Almond u. a. 1963, S. 16f.).

Hinsichtlich der Einstellungen zur Demokratie spielt außerdem die Persönlichkeitsstruktur eine Rolle. Almond und Verba sahen drei Arten der Einstellung zum politischen System: einen kognitiven (das heißt erkennenden), einen evaluierenden und einen affektiven Zugang zum (politischen) System (ebd. S. 15f.). Mit letzterem deuteten sie bereits eine weitere wichtige Grundbedingung zur Demokratie an, ohne sie en detail auszuarbeiten (ebd. S. 11, 14). Neben Forderungen an politische Systeme, Verfasstheiten, Diskurse, Praxen, Kulturen, Werte und Einstellungen, stellt eine Demokratie auch Anforderungen an das Individuum selbst, genauer: an seine ihm_ihr nicht immer bewusste Persönlichkeitsstruktur, die es befähigt, zum einen als Mitglied des Gemein-

[36]Vgl. Almond, G. A. und Verba, S. (1963): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. SAGE, Princeton.

wesens eine Demokratie zu beleben und zum anderen in ihr als Subjekt(!) überhaupt erst wirken zu können. Der Begriff der politischen Kultur kann diese Dimension nur unzureichend erfassen, da es sich hier weniger um (Sozial-)Verhalten und bewusste Einstellungen, sondern eher um die seelischen, häufig unbewussten Grundbedingungen/Potentiale des Individuums für Verhalten handelt. Zentrale Erkenntnisse zum ‚demokratischen Charakter', im Gegensatz zum „autoritären Charakter" konnten die „Studien zum autoritären Charakter" von Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford aus den 1940er Jahren leisten (Adorno 1973). Diese wurden angeregt und vorbereitet durch eine erste psychoanalytisch-sozioökonomisch angelegte Studie zu politischen Einstellungen und Charakterstrukturen bei Arbeitern und Angestellten, die unter der Leitung Erich Fromms in den Jahren 1929/30 durchgeführt nach der Machtübergabe der Regierung an die NSDAP 1933 nicht veröffentlicht werden konnte (Fromm 1983).

Diese Betrachtungsweise thematisiert die Einwirkungen auf die seelische Verfasstheit des Individuums und zugleich die daraus resultierenden möglichen(!) Auswirkungen bestimmter, gesellschaftlich geprägter, psychischer Potentiale/Dispositionen auf die politisch-gesellschaftliche Praxis. Auf den seelischen Zustand und die Beschaffenheit einer Persönlichkeitsstruktur wirken familiäre Praxen (etwa der Erziehung) ebenso wie gesellschaftliche (d. h. ökonomische, soziale, kulturelle, diskursive etc.) Prozesse, historisch tradierte Konventionen und in der Vergangenheit liegende Erfahrungen mit Wirklichkeit (Kränkungen, Entsubjektivierungs- und Aggressionserfahrungen, Traumata, ebenso wie Glücks- und Befriedigungserfahrungen, Erfahrung von Subjekt-Sein und Freiheit). Der eigene Lebensweg hinterlässt in der Persönlichkeitsstruktur tiefe Spuren, die sich auf das Verhältnis des Individuums zur demokratischen Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform bzw. Kultur auswirken; häufig jedoch nicht auf direktem Wege.

5.2 Typologie des Demokratieverhältnisses

5.2.1 Das Problem der Typologie

Im vorliegenden Zwischenbericht, der zu Beginn unseres Forschungsprojektes „Demokratieferne Einstellungen in einer Kommune. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf" entsteht, wird ein Begriffsschema bzw. eine Typologie präsentiert, welche die Phänomene der Demokratieaffinität und der Demokratiedistanz, also Typen des Verhältnisses von Menschen zum demokratischen Leben im Gemeinwesen, kategorial beschreiben soll. Es handelt sich bei dieser Typologie um das Ergebnis theoretischer Vorüberlegungen und erster empirischer Stichproben; sie ist also in erster Linie als theoriegestützte Arbeitshypothese zu verstehen.

Dabei ist auch grundsätzlich die Problematik der Typologie schlechthin zu reflektieren. Gesellschaft ist kein statischer Zustand, ein Idealmodell oder eine überhistorische Metastruktur. Sie ist vielmehr Prozess bzw. wird gebildet durch handelnde Menschen in der Zeit, die wiederum objektiv zu beobachtenden Prozesse entstehen lassen. Gesell-

schaft unterliegt, wie Individuen und Menschengruppen, die sie bilden, einer ständigen Veränderung. Typologien von Menschen und Menschgruppen suggerieren hingegen ein Vorhandensein statischer „Menschentypen“, die es so freilich in dynamischen gesellschaftlichen und psychologischen Prozessen nicht gibt.

Die hier vorgeschlagene Typologie soll dabei helfen, demokratiegefährdende Phänomene besser zu verstehen. Sie soll die Möglichkeit eröffnen, zielgenau(er)e, gruppenspezifische Handlungsempfehlungen zu formulieren, welche dazu beitragen, demokratiegefährdende Phänomene wirksam(er) zu bekämpfen.

5.2.2 Schema zur Typologie des Demokratieverhältnisses

Die hier als Arbeitshypothese vorgestellte Typologie, welche durch die weitere empirische Forschung auf Validität zu überprüfen sein wird, basiert auf theoretischen Überlegungen, welche als ein Beitrag zur demokratietheoretischen Debatte verstanden wird. Die vorzustellende Begriffstruktur ist Abstraktion, Ergänzung und auch Antwort auf die bisherige Forschungslage.

Das Deutsche Jugendinstitut München erforschte in einem Jugendsurvey in den 1990er und 2000er Jahren in drei Wellen (1992, 1997, 2003) die Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Demokratie in West- und Ostdeutschland. (Rijke u. a. 2006, S. 336 - 352) Befragt wurden die Survey-Teilnehmer_innen zum einen nach ihrer Einstellung zur Demokratie als Idee und zum anderen nach ihrer Einschätzung der Umsetzung der Idee bzw. des Ideals der Demokratie in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit (ebd. 2006, S. 337). Entsprechend den Ergebnissen der Erhebungen wurden drei Typen hinsichtlich der Einstellung zur Demokratie herausdestilliert. Es sind dies „zufriedene Demokraten, kritische Demokraten und Distanzierte“ (ebd., S. 338). Zufriedene Demokrat_innen zeichnen sich durch eine Befürwortung des „Ideals“ der Demokratie und gleichzeitig eine Zufriedenheit mit der Umsetzung bzw. der Realität der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik aus. Distanzierte werden diejenigen genannt, die weder mit dem Ideal noch mit der Realität der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik zufrieden sind bzw. diese befürworten. Die komplexere Gruppe ist diejenige der kritischen Demokrat_innen. Diese Gruppe wird durch eine Zustimmung zu den Idealen der Demokratie und eine gleichzeitige Unzufriedenheit mit der Realität der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik bestimmt. Dabei differenzieren Rijke u. a. diese Gruppe hinsichtlich ihrer „Kritikbereitschaft“ und ihrer Bereitschaft zur politischen Aktivität in zwei Untergruppen. Zum einen identifizieren sie die Gruppe der „kritisch-politischen Demokraten“. Diese „Kritisch-Aktivitätsorientierten“ zeichnen sich durch eine hohe Kritik- und Partizipationsbereitschaft aus und nutzen – anders als zufriedene Demokraten, die sich „eher in traditioneller Weise (z. B. in politischen Parteien)“ engagieren – „eher unkonventionelle Engagementformen“. Zum anderen definieren Rijke u. a. die Gruppe der „kritisch-unpolitischen Demokraten“. Diese auch als „Passiv-Unzufriedene“ bezeichneten Menschen „mit eher passiven, resignativ-unzufriedenen Haltungen gegenüber der Politik ‚da oben’“ neigen eher zu weniger Interesse an aktueller Politik und wenig politischer Aktivität (ebd.). Beide Untergruppen der

unzufriedenen Demokrat_innen werden nicht zuletzt anhand ihres Interesses an Politik und ihrer „politischen Kompetenz“ (ebd.) bestimmt.

Kritischen Demokrat_innen trauen Rijke/Gaiser/Gille/Sardei-Biermann grundsätzlich „eine konstruktive Rolle bei stärkeren Demokratisierungsbestrebungen“ (ebd. S. 337) zu. An diesem Punkt indes setzt die hier vorgestellte Typologie an, die sich als eine Weiterentwicklung der eben beschriebenen Typologie versteht. Die politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik und anderen „westlichen“ Demokratien in den letzten 10 Jahren haben Phänomene hervorgebracht wie „Wutbürger“, „Pegida“, „Rechtspopulismus“, „neue Rechte“, „Identitäre Bewegung“, „bürgerliche Anti-Flüchtlingsbewegungen“, „Anti-Islam-Bewegungen“, „Political Incorrect“, Hass-Posting-Wellen in sozialen Medien etc., welche anhand der beschriebenen Dreiertypologie nicht mehr adäquat hinsichtlich der Personengruppen zu beschreiben und erklären sind. So wären Menschen, die sich positiv auf das Ideal der Demokratie beziehen (wie sie es subjektiv verstehen oder sozial erwünscht postulieren) und zugleich seit Ende 2014 wütend jeden Montag in Dresden gegen ganze Bevölkerungsgruppen auf den sog. „Pegida“-Demonstrationen protestieren, als aktive und persistente, politikinteressierte und unkonventionelle Aktionsformen nutzende Demonstrierende nach der vorgestellten Typologie als kritisch-politische Demokrat_innen zu bezeichnen; ihnen gestünde man demokratisierendes Potenzial zu. Die antidemokratische ideologische und psychologische Motivation einiger Demonstrierender oder schlicht der Charakter dieser Demonstrationen als politisch organisierte „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, also die inhaltliche Qualität dieses Engagements käme hier nicht zum Tragen.[37]

Aus diesem Grunde wird hier nicht nur ein stärkeres Augenmerk auf die Differenzierung derjenigen geworfen, die in Abstand zur Demokratie leben; die Distanzierten. Es wird außerdem der oben vorgestellte multidimensionale Demokratie-Begriff zur Grundlage genommen, um hinsichtlich des Demokratieverhältnisses eine Typologie zu bilden, die sich durch Verhalten, Einstellung und Persönlichkeitsstruktur bestimmen und aufbauen lässt. Diese Typologie wird zugleich einzelne Personengruppen vor allem aus dem Bereich der kritischen Demokrat_innen eher im Bereich der Distanzierten sehen. Die Typologie verfällt dabei nicht in ein dichotomisches Verständnis von Demokrat_innen vs. Antidemokrat_innen. Es wird zu zeigen sein, dass auch Menschen, die in Distanz zu demokratischen Prozessen leben und dennoch der Demokratie zugeneigt sind/sein könnten, potentiell wichtige Träger_innen einer lebendigen Demokratie sein könnten, wenn bestimmte Bedingungen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit bestünden.

[37] Diese Fehleinschätzung der Pegida-Demonstrationen gleichsam als eine Auffrischung der Demokratie in der Bundesrepublik durch unzufriedene politisch aktiv gewordene Bürger_innen führte bspw. dazu, dass die sächsische Landeszentrale für politische Bildung den Anmelder_innen von „Pegida“ für ihre Pressekonferenzen Räume zur Verfügung stellte und sogar mit ihrem Präsidenten Frank Richter auf dem Podium vertreten war (vgl. Tagesspiegel 2015).

Folgendes Begriffssystem hinsichtlich des Verhältnisses zur Demokratie in ihren Dimensionen bzw. folgende Typologie sei hier vorgeschlagen:

Zu unterscheiden sind Menschen, die demokratieaffin sind, d. h. ein positives Verhältnis zur Demokratie besitzen, von Menschen, die zur Idee der Demokratie Distanz einnehmen. Außerdem leben Menschen ihrem Verhalten nach in und mit Demokratie, während andere ihrem Verhalten nach in Abstand zu ihr leben. Sowohl Demokratieaffinität bzw. Demokratieaktivität als auch Demokratiedistanz zeigen sich in verschiedenen Aktivitätsformen, Verhaltensweisen und Einstellungen ebenso wie sie sich in verschiedenen Orten, unter verschiedenen sozialen Bedingungen und in verschiedenen kulturellen Milieus materialisieren können.

Insgesamt werden, so die Arbeitshypothese, sieben Typen hinsichtlich ihres Verhaltens und ihres Verhältnisses zur Demokratie unterschieden:

- **zufriedene Demokrat_innen**
- **kritisch-politische Demokrat_innen**
- **kritisch-unpolitische Demokrat_innen**
- **Demokratieentfremdete**
- **Demokratiegleichgültige/-fremde**
- **rigide Demokratieverdrossene/-skeptische**
- **Demokratiefeind_innen**

Es sind vier Gruppen der Demokratieaffinen sowie drei Gruppen der Demokratiedistanzierten hinsichtlich ihrer Eigenschaften, Verhaltensweisen und ihrer „Gefährlichkeit“ bzw. „Stabilität“ für die der Demokratie zu beschreiben, so die Arbeitshypothese. Zur Bestimmung dienen die oben beschriebenen Bedeutungsdimensionen des Demokratiebegriffes, die hier noch einmal zu nennen sind: Demokratie wird also verstanden als

1. **Politische Ordnungs-/Herrschafts-/Staatsform** (*rechtliche, staatlich-institutionelle Ebene*),
2. **Gesellschaftsform** (*Handlungsebene*: Partizipationsmöglichkeiten, Organisationen, reales Engagement etc.),
3. **Lebens-/Werte-/Einstellungsform** (*Einstellungsebene, Ebene der politischen Kultur*: demokratische Wertestruktur, Gleichwertigkeit aller Menschen, basale Verhaltensweisen/„Umgangsformen“, bewusste Einstellung zu demokratischen Werten wie Toleranz und Kompromissbereitschaft, etc.).

Auf der Ebene der Einstellungen und Werte wird deutlich, dass es in einer Demokratie stark auf die in ihr lebenden Menschen ankommt. Daher werden auch **Persönlichkeitseigenschaften** (*Ebene des Unbewussten*: unbewusste Persönlichkeitsdispositionen, demokratische Charakterstrukturen, Akzeptanz eines Interessepluralismus, kritische Reflexion von Stereotypie etc.) zur Typologisierung herangezogen.

Die Stellung der Gruppen innerhalb der Typologie lässt sich in einer Übersicht wie folgt veranschaulichen:

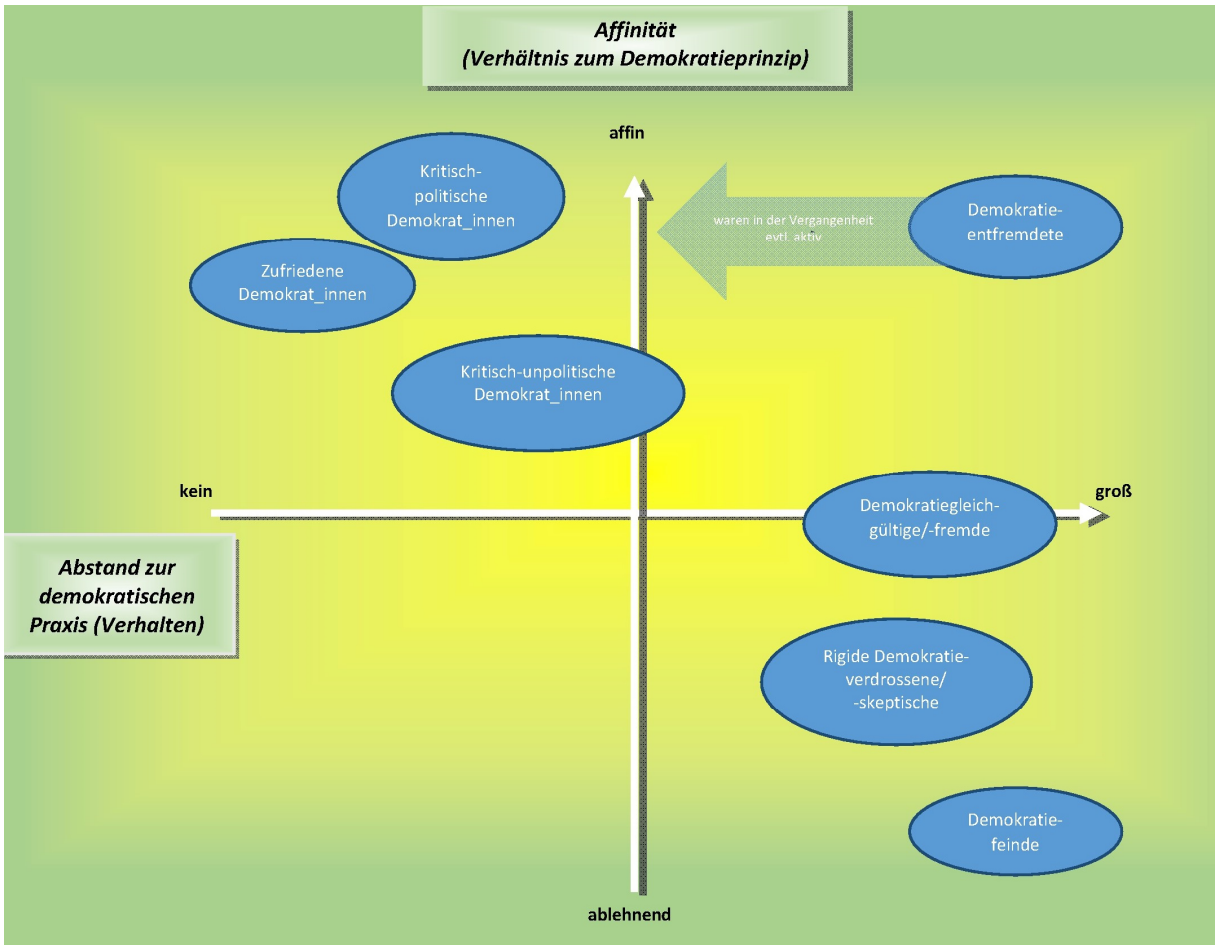


Abbildung 11: Typologie: Verhalten und Verhältnis zur Demokratie

Die Abbildung veranschaulicht mehrdimensional in einer Matrix, dass zwischen dem Verhalten der Menschen in der demokratischen Wirklichkeit und ihrem Verhältnis zur Demokratie als Idee zu differenzieren ist. Anhand dieser Aufschlüsselung lassen sich die sieben genannten Typen grafisch darstellen. Diese mehrdimensionale Differenzierung vermeidet eine simplifizierende Dichotomie aus „Demokrat_innen vs. Demokratiefeind_innen“.

Die sieben Typen sind einerseits hinsichtlich ihres Verhaltens zu verorten in einem Kontinuum zwischen demokratischer Aktivität und Distanz zur demokratischen Praxis und andererseits hinsichtlich ihres Verhältnisses zum Demokratieprinzip in einem Kontinuum zwischen Demokratieaffinität und Demokratieablehnung. Die Distanzierten haben hinsichtlich ihres Verhaltens einen Abstand zur demokratischen Praxis, wohingegen die Aktiven eine demokratische Praxis leben. Demokratieaffine stimmen den Grundprinzipien und -bedingungen der Demokratie zu, wohingegen die Nicht-Affinen die Demokratie prinzipiell ablehnen.

Eine besondere Gruppe stellen die Demokratieentfremdeten dar, weil sie zur demokratischen Praxis in Distanz leben, wohingegen sie hinsichtlich ihrer Einstellungen und Persönlichkeitsstruktur eine z. T. hohe Affinität zur Demokratie haben können. Dies

bedeutet, dass sie einerseits eine Gruppe bilden, die in ihrem Verhalten diametral aktiven Demokrat_innen gegenübersteht, und andererseits eine Gruppe sind, die hinsichtlich ihrer Affinität zur Demokratie diametral Demokratieskeptischen und vor allen –feind_innen gegenüberstehen.

Die Tatsache, dass diese Menschen einmal Demokratieaktive waren und nun in die Distanz „gefallen“ sind, soll auch politisch Handelnden deutlicher machen, wie falsch es wäre, Menschen aus dem politischen Kalkül ‚abzuschreiben', weil man sie in die Distanz verloren hat – und sie nur mit größter Anstrengung wieder herausbekommt. Da sie nicht als Demokratiefeinde in Erscheinung treten würden aber auch nicht als streitbar-aktive Demokrat_innen, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, sie aus dem Blickfeld zu verlieren, da sie auf den ersten Blick den konventionellen politischen Prozess kaum bis gar nicht zu beeinflussen vermögen.

Kritisch-politische Demokrat_innen werden aufgrund ihrer hohen politischen Sensibilität und Kritik- und Aktivitätsbereitschaft mit einer etwas höheren Affinität zum Demokratieprinzip eingeschätzt als zufriedene Demokrat_innen, da die grundsätzliche Haltung und das Verhalten ersterer der prinzipiellen Konflikthaftigkeit demokratisch-pluralistischer Gesellschaften entsprechen. Zugleich können kritisch-politische Demokrat_innen zur real existierenden demokratischen Wirklichkeit einen gelegentlich leichten Abstand entwickeln, der ihrer kritischen Position zur Wirklichkeit geschuldet ist.

Ähnliches lässt sich über kritisch-unpolitische Demokrat_innen sagen. Ihr im Verhältnis zu zufriedenen Demokrat_innen höherer Abstand zur Demokratie ergibt sich aus ihrer Kritik an ihrer Wirklichkeit. Anders als kritisch-politische Demokrat_innen jedoch wird ihre Affinität zur Demokratie als etwas geringer eingeschätzt, da ihre zweifelsohne vorhandene demokratische Grundhaltung (und vielleicht ihr Wille) nicht so stark mobilisiert und wirksam wird, dass ihre Kritik an der Wirklichkeit in starke Aktivität umgemünzt würde. Diese beschränkt sich auf eher ungeplante, quantitativ geringere und kaum regelmäßige Aktivitäten.

Demokratiegleichgültigen lässt sich nur schwer eine Affinität zur Demokratie zuordnen. Eine Ablehnung der Demokratie jedoch ist zugleich nicht zu erwarten. Aufgrund ihrer Vorstellung außerhalb der Politik und der Demokratie zu stehen, besitzen sie einen besonders großen Abstand zur demokratischen Praxis aufgrund ihrer Nichtaktivität.

Dies lässt sich von Demokratiefeind_innen sowie von rigiden Demokratieverdrossenen bzw. -skeptischen nicht sagen. Demokratiefeind_innen können sehr aktiv sein, jedoch ist ihre Aktivität sowohl gegen die demokratische Wirklichkeit und Praxis als auch gegen das Demokratieprinzip gerichtet. Anders als Demokratiefeinde sind rigide Demokratieskeptische nicht systematisch und mit fester Ideologie gegen Demokratie und demokratische Wirklichkeit aktiv. Weder ihre Ablehnung demokratischer Prinzipien noch der demokratischen Wirklichkeit ist ‚nachhaltig', durchdacht. Beides ist situativ und affektiv bestimmt.

In den folgenden Kapiteln werden sowohl Demokratieaffine als auch Demokratiedistanzierte in ihren Untergruppen bestimmt und beschrieben. Dabei werden die ver-

schiedenen Gruppen stets in den konkreten gesellschaftlichen wie historischen Kontext des Gemeinwesens Marzahn-Hellersdorf eingeordnet bzw. möglichst konkret identifiziert.

5.3 Typologie der Demokratieaffinität

Im Folgenden soll eine Typologie der Demokratieaffinität vorgeschlagen werden. Menschen, die aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Einstellungen unter diese Kategorien subsumiert werden, leben in und mit der Demokratie. Ihr persönliches Leben ist mit Demokratie auf verschiedene Weise verbunden bzw. durch sie gar strukturiert/geprägt. Da hier der oben definierte, dreidimensionale Demokratiebegriff Anwendung findet, geht Demokratieaffinität über das Item „Beteiligung an Wahlen“ weit hinaus. Demokratieaktive, können sogar (bewusste) Nichtwähler_innen sein. Demokratisches Verhalten, Denken und demokratische Einstellungen werden an verschiedenen Faktoren sichtbar, die Demokratieaktive jedoch auch in drei Typen unterscheidbar werden lassen.

Demokratieaktivität geht von einem (wie auch immer beschaffenen) Bewusstsein des Individuums für die Wirklichkeit als gesellschaftliche Wirklichkeit aus. Demokratieaktive sind gesellschaftlich und im Sinne demokratischer Prinzipien und „Werte“ aktiv, engagiert (oder waren dies in der Vergangenheit). Demokratisch-gesellschaftliche Aktivität wird verstanden als eine Aktivität für andere Menschen. „Klassisches“ Engagement in einer politischen Partei, in Gewerkschaften und Kirchen, in Eltern- und Schülerräten, in NGOs etc. ist ebenso gemeint wie der persönliche Einsatz im Ehrenamt, bei Spendenaktionen, in Vereinen (etwa in Sportvereinen), aber auch situatives Verhalten und Denken im täglichen Leben, in Konfliktsituationen, auf der Arbeit (inhaltlich wie zwischenmenschlich etwa mit Kolleg_innen), in der Familie, in der Partnerschaft, in Kommunikation, beim Sport, im Freizeitbereich, beim Konsumieren etwa von Kultur und Medien etc. All diese und weitere unzählige Aspekte und Faktoren menschlich-gesellschaftlicher Aktivität prägen ein Gemeinwesen und geben ihm einen demokratischen (oder undemokratischen) Charakter.

Die hier vorgeschlagene Typologie der Demokratieaffinität greift auf die oben reflektierte Forschung und Typologie des DJI zurück (Rijke u. a. 2006, S. 337ff) und ergänzt sie um einen vierten Typus:

- **zufriedene Demokrat_innen**
- **kritisch-politische Demokrat_innen**
- **kritisch-unpolitische Demokrat_innen**
- **Demokratie-Entfremdete (auch: -Ermüdete, -Enttäuschte)**

Die hier vorgenommene klare Kategorisierung soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass reale konkrete Individuen in gesellschaftlichen Kontexten und Prozessen kategorial „wechseln“ können. Auch zu den Gruppen der Demokratiedistanzierten kann es Wechsel geben, wobei einige Wechsel weniger wahrscheinlich sind als andere.

5.3.1 Die Zufriedenen

Rijke u. a. definieren zufriedene Demokrat_innen aufgrund ihrer Zustimmung zu den Idealen der Demokratie sowie aufgrund ihrer Zufriedenheit mit der Realität ihrer Umsetzung in der Bundesrepublik. Die Zufriedenen

> *„verfügen über hohes Bildungskapital und vertrauen den politischen Institutionen und Akteuren. Sie haben stärker als alle anderen Gruppen den Eindruck, einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten. Ihre Zufriedenheit verbindet sich nicht mit politischer Passivität, sondern sie sind in hohem Maße bereit, ihre demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten wahrzunehmen." (Rijke u. a. 2006, S. 349)*

5.3.2 Die kritisch-politischen und kritisch-unpolitischen Demokrat_innen

Die Kategorie der „kritischen Demokrat_innen" erfasst diejenigen, „die die Idee der Demokratie befürworten, aber der Realität der Demokratie skeptisch gegenüberstehen." (ebd.)

Tendenziell, so eine Erkenntnis des DJI-Surveys, führen höhere und zahlreichere Bildungsressourcen

> *„kritisch-politische Haltungen zur Demokratie; letztere kommen auch in hoher Bereitschaft zu unterschiedlichsten Formen der politischen Partizipation zum Ausdruck. Die kritisch-politischen Demokraten können damit als ein Potenzial für Verbesserungen im Prozess der Demokratie angesehen werden". (ebd. S. 350)*

„Kritisch-unpolitische Demokraten" unterscheiden sich von den kritisch-politischen durch ein geringeres „Politikinteresse" und eine geringe „subjektive politische Kompetenz" (ebd.).

An diesem Punkt wird deutlich, dass Kritisch-politische bei schlechten demokratischen Bedingungen und persönlichen Erfahrungen mit der demokratischen Wirklichkeit der Bundesrepublik u. U. (gezwungenermaßen) durchaus in eine Entwicklung der Demokratieentfremdung geraten können. Dies trifft sehr wahrscheinlich, vor dem Hintergrund der spezifisch historischen Entwicklungen nach dem Ende der DDR, für Ostdeutschland, also auch für Marzahn-Hellersdorf zu. Dies wird durch die Forschungen des DJI bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen 1992, 1997 und 2003 in der Grundtendenz bestätigt (ebd.).

Kritisch-unpolitische Demokrat_innen wurden im DJI-Survey tendenziell eher in Westdeutschland angetroffen; Rijke u. a. interpretieren dies als eine eher westdeutsche Form des Rückzugs aus aktiver partizipativer Beteiligung (ebd. S. 349f). Dies spricht nicht nur für die vielleicht überraschende These einer durchaus (nicht zuletzt erzwungen durch die instabilen gesellschaftlichen Verhältnisse) stark politisierten ostdeutschen Bevölkerung in den 1990er Jahren, was z. T. massiv der häufig in der For-

schung zu vernehmenden These von der durch die DDR-Vergangenheit entpolitisierten DDR-Bevölkerung widerspricht.[38]

5.3.3 Demokratieentfremdete

Zu den Demokratieentfremdeten können Menschen aus unterschiedlichen Gründen zählen. Grundsätzlich wird ihnen potentiell eine Befürwortung des Demokratieprinzips unterstellt. Verschiedene lebensgeschichtliche Gründe (individueller oder kollektiver Natur) haben jedoch dazu beigetragen, dass sich diese Menschen – etwa aus Resignation oder Enttäuschung sowie aus Gründen gesellschaftlicher (ökonomischer, kultureller etc.) Marginalisierung von demokratischen Prozessen – ins Private oder gar in Einsamkeit, mehr oder weniger freiwillig, zurückgezogenen haben. In der biografischen Vergangenheit kann ein früheres politisches/gesellschaftliches Engagement ein jähes Ende gefunden haben, verursacht durch mangelnde Selbstwirksamkeitserfahrung oder Wertschätzung, durch sozioökonomische Notlagen, durch gruppenbezogene Diskriminierungen etc. Zu den Demokratieentfremdeten sind die Vor-den-Kopf-Gestoßenen ebenso zu zählen wie die Abgehängten, welche potentiell der Demokratie positiv zugeneigt waren und es heute unter veränderten Bedingungen sein könnten. Sie waren evtl. einst die ehemals Hoffnungs- und Erwartungsfrohen, die ehemals Engagierten, deren Vertrauen in die (bundesdeutsche) Realität der Demokratie nicht gerechtfertigt oder deren Engagement durch systemische Reibungsverluste aufgerieben wurde. Würde und Lebensqualität können durch enttäuschende und/oder diskriminierende Politik und Verhältnisse infrage gestellt oder verletzt worden sein.

Die Entfremdung zwischen Individuum und real existierender gesellschaftlicher Ordnung – der Begriff soll den in der Vergangenheit stattgefunden Prozess der Entfernung von Demokratie illustrieren – ent- und besteht beiderseitig: einerseits hat das Individuum die Hoffnung auf Wirksamkeit, Würde und Verbesserung durch Engagement und Vertrauen in die politischen Akteure (bspw. in den Parteien) verloren; andererseits schreibt das etablierte demokratische System die Demokratieentfremdeten bereits ‚routinemäßig' ab und zeigt bisweilen demonstratives Desinteresse oder gar Abneigung gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen[39]. So richten politische Parteien ihre Programme schon gar nicht mehr an den Interessen und Bedürfnissen dieser Menschen aus – sie werden also politisch nicht mehr repräsentiert.[40]

Insofern sind Menschen dieser Form der Distanz auch die „Unsichtbaren" sowie die „Ausgestoßenen", die sich folglich nicht nur aus freier Entscheidung zurückgezogen

---

[38] So etwa Meuschel 1992, S. 15ff.

[39] Erinnert sei an die Debatten um die Arbeitslosenversicherung bzw. „Arbeitsmarkreformen" zu Beginn der 2000er Jahre. Vgl. etwa Kaufmann, M. 2013.

[40] Seit den 1970er Jahren sinkt die „Wahlabsicht" der Wähler_innen, die zu den einkommenschwachen und/oder „bildungsfernen" Bevölkerungsteilen gehören. „Bei „Geringverdienern […] und Personen mit Hauptschulabschluss bricht die Wahlabsicht [seit den 1070er Jahren] ein, während sie bei Oberschichtangehörigen und Personen mit Abitur stabil geblieben ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass Gutverdiener und Akademiker aus Parteien- und Politikverdrossenheit nicht zur Wahl gehen, ist also geringer." (Schäfer 2010).

haben, sondern außerdem von der Öffentlichkeit und etablierten politischen Parteien und Organisationen ignoriert werden oder herausgedrängt wurden, etwa durch Diskriminierung, Würdeverletzungen und soziale Marginalisierung.

Für unser Forschungsprojekt „Demokratieferne Einstellungen in einer Kommune. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf“ ist hier außerdem ein besonderer Fokus auf die besondere Gruppe ehemaliger DDR-Bürger_innen zu richten, die den Umbruch von 1989, die sog. Wende, hoffnungsfroh mit gestalteten – sei es im politischen Bereich, sei es in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Engagements. Unmittelbar nach dem Kollaps der SED-Herrschaft jedoch machten sie Erfahrungen der Diskriminierung, des sozioökonomischen Abstiegs, der Kränkung durch öffentliche Medienberichterstattung über „die Ostdeutschen“ (Ahbe u. a. 2009), durch Entwertungen ihrer Biographie (etwa im Ausbildungs- und Arbeitsbereich bspw. durch Nichtanerkennung von Abschlüssen oder Berufserfahrungen) und vor allem durch Erfahrungen der Entsubjektivierung. Nachdem demokratische Strukturen und Reformen in der DDR durch ihr demokratisches Engagement erzwungen wurden, übernahm – aus ihrer Sicht und ganz real – nun schnell „West-Personal“ die Neugestaltung ihres Landes.[41] Schnell entstand ein Gefühl, von der demokratischen Mitbestimmung ausgeschlossen worden zu sein – z. B. in der Neugestaltung der einstigen DDR-Wirtschaft.[42]

Zu denken ist hier, insbesondere in Marzahn-Hellersdorf, auch an diejenigen innerhalb der sog. „russlanddeutschen“ Minderheit, diejenigen Spätaussiedler_innen, die mit demokratischen Hoffnungen nach Deutschland auswanderten, hier jedoch durch Erfah-

[41] Der „Systemwechsel in der DDR [war seit 1990] von einem *Elite*-Import historisch beispiellosen Ausmaßes aus dem Westen begleitet, in dem ein erheblicher Teil der Führungspositionen in Justiz, Verwaltung, Hochschulen, Militär und im sonstigen öffentlichen Sektor, aber auch teilweise in Verbänden und Großunternehmen, aus dem westdeutschen Elitereservior besetzt wurde.“ (Wollmann 1997, S.18) Die Transformationsprozesse seit 1989 waren in den unterschiedlichen Berufsfeldern und Hierarchien indes recht unterschiedlich. Auf kommunaler Verwaltungs- und Politikebene etwa hat es teilweise personelle Kontinuität geben können. Zugleich aber sind vor allem ehemalige DDR-Bürger_innen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen (häufig aus der DDR-Wirtschaft) in politische oder Verwaltungsfunktionen gelangt. Hinzu kamen Menschen aus der „alten“ Bundesrepublik (Berg u. a. 1996, S. 11ff). Richtig ist also, dass Ostdeutsche die Organisation ihres (kommunalen) Gemeinwesens z. T. in erheblichem Maße selbst in die Hand nahmen und auf kommunaler Ebene den Wandel (mit-)prägten. Die Leitlinien und Direktiven, nach denen dies zu geschehen hatte, jedoch bestimmten „Entscheider“ auf höheren politischen und administrativen Ebenen. Kommunale Demokratisierungsprozesse wurden somit durchaus ausgebremst (Berg u. a. 1996, S. 171ff). Im Bereich der „Abwicklung“ der DDR-Wirtschaft müssen andere Prozesse, nicht des Wandels, sondern des Zusammenbruchs, beschrieben werden.

[42] „Die mit und nach dem Beitritt [der DDR zum Gebiet der Bundesrepublik] realisierte Transformations- und Vereinigungslogik wurde maßgeblich durch die von den herrschenden staatspolitischen Eliten verfolgte Strategie einer *exogenen Top-down-Transformation* nach dem Vorbild der alten Bundesrepublik im Sinne einer *Blaupause* bestimmt. Diese Transformationspolitik war insofern exogen, als sie weder von Ostdeutschen konzipiert noch von diesen geleitet wurde. Sie folgte mustergültig einer Logik der Planung und Durchsetzung von oben, d.h. von den bundesstaatlichen, später auch länderstaatlichen Exekutiv- und Legislativmächten hinab zu den ostdeutschen Kommunen und Lebenswelten, und sie beinhaltete in den ersten fünf Jahren ein weitgehend ungetrübtes Modell des vollständigen Akteur- und Institutionentransfers von West nach Ost und der erwarteten soziokulturellen Anpassung der Ostdeutschen.“ (Kollmorgen 2009, S. 92f).

rungen mit (rassistischer) Diskriminierung und mit sozialem Abstieg, mit der Entwertung ihrer Qualifikationen in der Arbeitswelt, Erfahrungen der Entwürdigung etc. an der deutschen Wirklichkeit „abprallten“ und auch stadträumlich an den Rand gedrängt wurden.

Grundsätzlich indes sind langfristig ehemals aktive Demokrat_innen (im Sinne der oben genannten Dimensionen), die sich aus verschiedensten Gründen von politischen Prozessen entfremdet haben oder fühlen und sich inzwischen mit demonstrativem Desinteresse oder mit Zynismus ins Private zurückgezogen haben, wieder für demokratisches Engagement zu gewinnen.

Menschen, die aufgrund ihres aktuellen Abstandes zur Demokratie diesem Typ zugeordnet werden können, wären die potentiellen Träger_innen der für Ostdeutschland so häufig vermissten Zivilgesellschaft, die demokratiegefährdende Phänomene bekämpfen, in Schach oder klein halten und zugleich gelebte demokratische Kultur, wo sie bereits stark verkümmert ist, neu beleben soll.

Beobachtungen und erste Überlegungen sind bereits durch die seit 2006 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf ansässige „Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung – Polis*“ (Träger Stiftung SPI) im „Jahresbericht für Demokratieentwicklung 2015“ angestellt und weitere Forschungen insbesondere zu Demokratieentfremdeten und Aktivierungsmöglichkeiten im Bezirk angeregt worden (Hannemann 2016, S. 8ff).[43]

Tabelle 3 zeigt einen Überblick über die Charakteristika demokratieaffiner Gruppen:

Tabelle 3: Charakteristika demokratieaffiner Gruppen

zufriedene Demokrat_innen	**kritisch-politische Demokrat_innen**	**kritisch-unpolitische Demokrat_innen**	**Demokratieentfremdete**
- Demokratieaktive, denen eine demokratische Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit ist - Bejahen die Demokratie als Grundidee und Herrschaftsordnung - Zeigen eine z. T.	- Demokratieaktive, die die gegenwärtige Wirklichkeit der Demokratie mit z. T. klaren politischen Vorstellungen verändern/verbessern wollen - Hohe Zustimmung zur Demokratie als	- Demokratieaktive, die die gegenwärtige Wirklichkeit der Demokratie skeptisch betrachten - Zustimmung zur Grundidee der Demokratie - Unzufriedenheit mit Umsetzung der Idee	**Die ehemals Aktiven/Interessierten** - potentiell der Demokratie zugeneigt - Aber resigniert, haben aufgegeben - Sind abgeprallt, wurden enttäuscht - z. T. im Engagement aufgerieben - trotz Anstrengungen ausgegrenzt, ignoriert

[43] Die bezirklich finanzierte „Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf – *Polis**), die zugleich die senatsfinanzierte „Berliner Registerstelle zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle“ in Marzahn-Hellersdorf betreut (seit 2017 zusammen mit den Koordinator_innen der *Partnerschaften für Demokratie in Marzahn und Hellersdorf*) veröffentlicht jährlich im „Jahresbericht“ eine Analyse der Demokratieentwicklung und der Entwicklung des Rechtsextremismus im Bezirk. (Hannemann 2016)

Zufriedenheit mit der Umsetzung der Idee der Demokratie in der Bundesrepublik - Politisch im Gemeinwesen dauerhaft aktiv	Grundprinzip - Unzufriedenheit mit Umsetzung der Idee der Demokratie verbunden mit hohen Gestaltungswillen und politischen Vorstellungen - Politisch im Gemeinwesen dauerhaft aktiv	der Demokratie ; allerdings fehlt ein Gestaltungswille und politische Vorstellungen - Politisch im Gemeinwesen meist punktuell und unregelmäßig aktiv	**Die Unsichtbaren** - ihre Lebenswelten/Interessen permanent/systematisch nicht wahrgenommen - im politischen Prozess nicht repräsentiert - manchmal verächtlich gemacht - Klassisches Parteiensystem hat sie bewusst abgeschrieben **Die Ausgestoßenen** - Diskriminierung erfahren - Rückzug ins Private (z. T. durch äußere Umstände erzwungen) - Einsamkeit, Marginalisierung

5.3.4 Exkurs: Bemerkungen zur historisch-geografischen Besonderheit Marzahn-Hellersdorfs

Für Marzahn-Hellersdorf gilt, was für große Teile der Bevölkerung in Ostdeutschland (bei aller regionalen Diversität) gilt: Die Bevölkerung in Marzahn-Hellersdorf ist tendenziell und in einem nicht unbedeutenden Maße von der doch besonderen historischen Vorgeschichte der letzten 30 Jahre geprägt – das betrifft ebenso Alterskohorten, die ab 1990 geboren wurden, jedoch gleichsam indirekt Prägungen erfuhren. Daher ist eine historische Rückschau insbesondere hinsichtlich der Erfahrungen der ostdeutschen Bevölkerung mit zivilgesellschaftlichem Engagement für das Verständnis ihres aktuellen Verhältnisses zur Demokratie zentral.

Die nicht selten historisch mit der DDR-Vergangenheit begründete Klage über die mangelnde Zivilgesellschaft in Ostdeutschland – erst jüngst wieder in der Studie der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Iris Gleicke (Michelsen u. a. 2017) – ist doch in der Analyse häufig problematisch, da sie in der Regel den Ostdeutschen per se, im Vergleich zu den Westdeutschen, einen großen Nachholbedarf in Demokratie, ja eine Unfähigkeit zur Zivilgesellschaft und Demokratie attestiert.

„Diktaturerfahrungen“ werden häufig angeführt als Begründung für die vermeintliche Unfähigkeit zu einer demokratischen Zivilgesellschaft. Die hier vorgestellte Typologie der Demokratieentfremdeten wagt eine – auch historiographisch begründete – Differenzierung und Neubewertung der Lage, nicht nur in Marzahn-Hellersdorf, auch für ganz Ostdeutschland.

Das Bild über den Alltag, „die heile Welt der Diktatur“ (Wolle 1999) muss doch wesentlich differenzierter und auch widersprüchlicher gezeichnet werden, als es die DDR-Forschung in den 1990er Jahren tat (Fulbrook 2008). Neuere Forschungen (Wolfgang Engler, Mary Fulbrook, Andrew Port) zeigen, dass das gesellschaftliche Leben in der

DDR besondere Formen der Zivilgesellschaft bzw. des zivilgesellschaftlichen Lebens hervorgebracht hat, die dann spätestens 1989 zu genau jenem politischen Umbruch beigetragen haben, welcher heute als „friedliche Revolution“ bezeichnet wird. Insbesondere in den 1980er Jahren hat es in der DDR vielfältige Formen des demokratischen, gesellschaftlichen und sozialen Engagements gegeben. Dies geht weit über das hinaus, was in der aktuellen bzw. staatsoffiziellen Erinnerungskultur allein einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von „Dissident_innen“ und „Bürgerrechtler_innen“ zugeordnet wird.[44] Neben den zahlreichen Versuchen innerhalb der SED oder in anderen Massenorganisationen, Reformen, ja sogar epochale Veränderungen über die vorgegebenen Kommunikationswege herbeizuführen, hat es jenseits klassischer politischer Organisationen und Dissident_innengruppen sowie jenseits elitärer Kreise in Wissenschaft, Kunst, Kultur, Politik etc. ganz alltägliche, weit verbreitete Formen des zivilen Engagements gegeben.

Heute diskursiv gültige Bewertungen und Definitionen zivilgesellschaftlichen Engagements in der DDR sind häufig ex post und entlang der klassisch politologischen Trennung von privater und öffentlicher Sphäre vorgenommen worden. Das gesellschaftliche und soziale, also politische Handeln etwa im Bereich der „grauen Märkte“, einer inoffiziellen Tauschwirtschaft der DDR, der Sexualität und Geschlechterrollen, der Nachbarschaftshilfe und -solidarität, in den diversen kulturellen (Jugend-)Subkulturen, in den Betriebsbrigaden etc. fallen in der Regel aus dem Radar der Zivilgesellschaftsdetektoren (Wolle 1999, S. 172ff; Port 2010). Wolfgang Engler indes wies darauf hin, wie ambivalent, ja widersprüchlich die spezifische DDR-Industrie-Moderne, insbesondere seit den 1970er Jahren, die DDR-Gesellschaft und ihr Alltagsleben auch hinsichtlich des gesellschaftlichen Engagements beeinflusste (Engler 2000, S. 53ff). Die Ambivalenz der DDR-Moderne, die bis in die Gegenwart Nachwirkungen zeitigt, wirkte sich dabei auf eine Bevölkerung aus, die zusätzlich Prägungen früherer historischer Phasen, insbesondere aus der NS-Zeit mitbrachte. (Hannemann 2014, S. 81 - 96)

Engler gibt indes zu bedenken, wie sehr gerade die Sozial- und Wirtschaftspolitik der SED seit den 1970er Jahren sowie der gleichzeitige massive soziale Wohnungsbau, der neue Formen des Wohnens mit sich brachte und – anders als zeitgleich in westlichen Demokratien – gerade keine Plattenbauvorstädte für gesellschaftlich Abgehängte schuf, den Menschen ganz neue ungewohnte Möglichkeiten der Lebensplanung und ggf. Lebensveränderung bot, ja einen Neuanfang versprach. Die Plattenbausiedlung weckte Sehnsüchte nach bequemerem und lichtdurchflutetem, gar luxuriösem Wohnen mit einer guten infrastrukturellen Gesamtversorgung – sie war die Verheißung für ein ganz neues Leben. Marzahn-Hellersdorf spielte dabei als Vorzeige-, als Mustersiedlung eine zentrale Rolle in dieser Zeit (Rubin 2016, S. 7f).

Wie widersprüchlich die Wirkungen der Sozial- und Wohnungsbaupolitik waren, macht Stefan Wolle deutlich am Beispiel der zu Westdeutschland anderen Entwicklung der Sexualität und Partnerschaft in der DDR:

---

[44] Zur Kritik: Hannemann 2014, S. 81 - 96.

> *„Die Bewohner der DDR verloren früher ihre Unschuld, gingen früher feste Partnerschaften ein, schlossen früher Ehen und setzten mehr Kinder in die Welt. Sie gingen aber auch mehr ‚fremd', und ihre Scheidungsrate lag deutlich über dem westlichen Standard. […] Die gerade festgestellten wesentlichen Unterschiede zwischen Ost und West verursachten nach der Wende auch auf dem Gebiet der DDR tiefgreifende Veränderungen. Ihre Ursachen lagen sowohl im familienrechtlichen als auch im ökonomischen und politischen Bereich. In den Kuschelecken der Diktatur gab es ein sehr intensives menschliches Miteinander. Umgekehrt scheint nichts dem Liebesleben feindlicher zu sein als Leistungsdruck, Stress und Karrieredrang [auf einem freien Arbeitsmarkt]." (Wolle 1999, S. 172)* [45]

Einerseits konnte durch Arbeitsplatzgarantien (die meistens Arbeits(platz)pflicht waren) und durch Wohnen in streng modernen Plattenbausiedlungen, in deren Blöcken Nachbarschaftstreffen im gemeinsamem „Klubraum" stattfanden, die politische Kontrolle der SED-Herrschaft verstärkt werden (Wolle 1999, S. 187, Rubin 2016, S. 7). Andererseits erzeugte gerade die „Arbeitsplatzgarantie" eine Abgewöhnung der existentiellen Angst vor Arbeitsplatzverlust und Sozialabstieg. Die neuen Wohnumgebungen brachten neue Formen der nachbarschaftlichen Solidarität und Kommunikation hervor. Beides schuf einerseits Kontrollmöglichkeiten, aber andererseits auch neue Freiräume, in denen neue Dinge gewagt und ausprobiert werden konnten (Engler 2000, S. 61f.). Solange die SED-Herrschaft in der DDR nicht infrage gestellt wurde bzw. die Rituale der SED-Herrschaft getreu und öffentlich eingehalten wurden, konnte man in der „privaten Nische"[46] das Politische, das hier privat war, ganz neu für sich entdecken.

Wie sehr man schon lange vor dem großen Wohnungsbauprogramm und der konsumorientierten Wirtschaftspolitik der Honecker-Zeit gewöhnt war, sich z. T. auch lautstark gegen Missstände persönlich einzusetzen, zeigt das Beispiel der Thüringischen Region Saalfeld: Der US-amerikanische Historiker, Andrew Port, untersuchte beispielhaft für die gesamte DDR-Gesellschaft ein besonders signifikantes DDR-Phänomen im Raum Saalfeld, welches er die „Mecker-Gesellschaft" der DDR nennt. Resultierend aus seiner Analyse zahlloser Alltagsdokumente müsse man

> *„zu der Schlussfolgerung […] gelangen, dass Ostdeutschland eine ‚Mecker-Gesellschaft' war, in der sehr scharfe Kritik in der Öffentlichkeit oder jedenfalls Halböffentlichkeit abgegeben wurde. Egal welches Alter oder Geschlecht, welchen Beruf und soziale Stellung und welche politische Verbindung man hatte, viele der in Saalfeld Lebenden und Arbeitenden beschwerten sich offen und regelmäßig über eine ganze Reihe von Angelegenheiten – wobei das Meckern sich meistens auf vorgeblich ökonomische Zustände bezog: niedrige Prämien und hohe Normen, harte*

[45] Vgl. dazu auch Weller 1991

[46] Dieser Begriff wurde durch Günther Gaus geprägt und ist heute zentrale Metapher des radikalen Widerspruchs zwischen öffentlicher und privater Sphäre. (Gaus 1987, S. 115 - 169)

> *Arbeitsbedingungen und lange Arbeitszeiten, schlechte Planung und die um sich greifende Bürokratie, Materialmangel und nicht verfügbare Konsumgüter, hohe Preise und Misswirtschaft, unzureichende Sozialleistungen und die Wohnungsnot." (Port 2010, S. 149f)*

Die seit den 1970er Jahren gemachten „privaten" Erfahrungen, etwa in Sexualität, Partnerschaft und in teilweise veränderten Geschlechterrollen, die trotz autoritärer Staatsführung sowohl „privates" Glück und Erfüllung als auch neue Konfliktformen bzw. neue Konfliktbewältigungsformen in Familie und Partnerschaft sowie in Nachbarschaft und Kollegium beinhalteten, waren gleichsam gesellschaftliche Ressourcen, die nach 1990 kaum zur demokratischen Geltung kommen konnten. Kommt man also zu dem Schluss, dass auch die ostdeutsche Bevölkerung sehr wohl politisches, demokratisches, soziales, zivilgesellschaftliches Engagement sowie glückliches Miteinander aus ihren DDR-Biographien praktizierte und kannte, kann erstens von einer per se vorhandenen Unfähigkeit zur Zivilgesellschaft der Ostdeutschen (zumindest dieser Generationen) nicht die Rede sein. Zweitens steht die drängende Frage auf dem Tableau: was nach 1989 geschehen ist, dass es trotz der spezifisch ostdeutschen Erfahrungen von Engagement, menschlichem Glück und Konfliktfähigkeit, Demokratie und Protest zu einem regelrechten Zusammenbruch demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen und zu einer im Osten verstärkt gemessenen Demokratiedistanz kommen konnte?

Die DDR-spezifischen Traditionen von Zivilgesellschaft und Engagement sind für die Gruppe der Demokratieentfremdeten – so die These – durch verschiedenste negative Erfahrungen mit dem politischen, kulturellen und sozioökonomischen System der Bundesrepublik in der Nach-Wende-Zeit, jäh abgebrochen. Hinzu kam die Tatsache, dass die gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik, ihre Rechts-, Sicherheits- und Sozialordnung in Ostdeutschland insbesondere Anfang der 1990er Jahre in vielerlei Hinsicht gar nicht vollständig zur Geltung kam. So hat es in der frühen Transformationsphase zeitweise regelrechte rechtsfreie Räume gegeben, in denen (auch in Marzahn-Hellersdorf) die neu aufzubauende Verwaltung und Polizei unfähig war, gewalttätige Kriminalität zu bekämpfen und das Gewaltmonopol des Staates gegen rechtsextreme Straßen- und Stadtteildominanz durchzusetzen. Die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda 1991 und 1992 können hier als einschlägige Beispiele gelten. Die teilweise undurchsichtigen bis rechtswidrigen Vorgänge bei der Abwicklung der DDR-Wirtschaft durch die sog. Treuhand vermittelten ebenso ein Gefühl der rechtsfreien Räume (Behling 2015). Zugleich sahen sich viele Ostdeutsche, die soeben noch das Gefühl einer epochalen Selbstwirksamkeit durch demokratisches Engagement erlebten, plötzlich sozioökonomischen und politischen Prozessen ausgesetzt, auf die sie keinerlei Einfluss hatten. Die Erfahrungen der radikalen und im Zeitraffertempo verlaufenden Entsubjektivierung und dem für viele folgenden sozialen Abstieg durch Arbeitsplatzverlust, wogegen man mit den Mitteln der demokratischen Zivilgesellschaft, die noch das SED-Regime in Schwierigkeiten brachte, nichts ausrichten konnte, müssen

enorme kollektiv vorhandene psychische Effekte gezeitigt haben, die bis heute kaum erforscht sind.

In vielerlei Hinsicht waren die „neuen Bundesländer“, wie das Gebiet der DDR nun hieß, innerhalb der bundesrepublikanischen Rechts-, Wirtschaft-, Sozial- und Kulturordnung auch in späteren Jahren ‚Sonderzone’. Das betrifft die Löhne, arbeitsrechtliche Fragen etc.

Weitere schwere, vor allem sozioökonomische Schläge versetzten vielen Ostdeutschen, die nicht „ihr Glück im Westen“ versuchten, die folgenden beiden Wellen der Sozialverschärfung: (1) die Arbeitsmarkt- und Sozialgesetze Hartz I bis IV von 2003 bis 2005, die in Ostdeutschland aufgrund der vergleichsweise schlechteren sozialen Lage noch größere Auswirkungen auf die soziale wie psychische Lage vieler Menschen hatte; (2) die Globalisierungs-, Wirtschafts- und Finanzkrisen um 2008, welche z. T. schwere Auswirkungen auf die immer noch labile Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Ostdeutschland hatten. Aufgrund der deutlich geringeren Einflussmöglichkeiten der in Ostdeutschland stark geschwächten, mitgliederschwachen Gewerkschaften und dem damit verbundenen fehlenden Schutz, der geringeren Löhne durch weniger Tarifgebundenheit oder Lohnvereinbarungen, die für Ostdeutschland geringere Löhne vorsehen, hatten globale wirtschaftliche Krisen bzw. Entwicklungen deutliche Wirkungen im Osten – man denke etwa an den Zusammenbruch der Solarindustrie in den letzten zehn Jahren.

Die hier skizzierten historischen Entwicklungen seit den 1970er Jahren stehen inhaltlich natürlich auch in Verbindung mit weiteren Typen der Demokratiedistanz in Ostdeutschland. Die vereinfachende These von der „Diktaturerfahrung“, die in direkter Linie zum spezifisch ostdeutschen Rechtsextremismus bzw. zu einer verbreiteten Demokratiedistanz und einer mangelnden Zivilgesellschaft geführt habe, ist nicht haltbar.

5.4 Typologie der Demokratiedistanz/-ferne

Aus Bedeutungsdimensionen des Demokratiebegriffes lassen sich Phänomene der Demokratiedistanz bestimmen und definieren. Demokratiedistanz wird in der Forschungsdebatte bisher häufig synonym mit Begriffen wie Politik-, Politiker_innen- bzw. Parteienverdrossenheit verwendet oder wird unscharf von letzteren getrennt verwendet.[47] Ziele dieser Typologie sind daher die Schärfung des Begriffes und/oder eine Verbesserung der begrifflichen Abgrenzung zu Termini, denen u. E. eine ungenügend definierte und/oder eindimensionale Vorstellung von Demokratie zugrunde liegt.

Die hier vorgeschlagene Typologie soll ferner ein dichotomisches Verständnis von „guten“ Demokrat_innen und „bösen“ Demokratiedistanzierten aufbrechen. Mittels dieser Begriffsstruktur kann man zeigen, dass Gründe bzw. Motivationen für einen (individuellen sowie kollektiven) Abstand zur Demokratie äußerst komplex sind. Diese Komplexi-

[47] Vgl. bspw. Stocker 2014.

tät, ja Multidimensionalität muss sich zugleich auch im Bereich der Maßnahmen zur Überwindung von Distanz widerspiegeln.

Im Folgenden werden daher die drei identifizierten Typen der Demokratiedistanz (der Begriff ist synonym zu verwenden mit „Demokratieferne“) definiert und beschrieben. Schließlich lassen sich dann zielgenau bzw. gruppenspezifisch erste Handlungsempfehlungen zur Überwindung der verschiedenen Demokratiedistanzen ableiten.

Aus theoretischen Erwägungen sind diese drei Typen der Demokratiedistanz zu unterscheiden. Folgende Formen des Abstandes zur Demokratie werden unterschieden:

1. ***Demokratiegleichgültigkeit (auch: -fremdheit)***
2. ***Rigider Demokratieverdruss (auch: rigide Demokratieskepsis)***
3. ***Demokratiefeindlichkeit***

5.4.1 Demokratiegleichgültigkeit/-fremdheit

Mit Demokratiegleichgültigkeit bzw. -fremdheit wird ein Typus beschrieben, der Personen beinhaltet, die sich gegenüber politisch-demokratischen Prozessen gleichgültig stellen und verhalten. Die Gleichgültigkeit wird auch demokratischen Normen und Werten entgegengebracht. Demokratiegleichgültige wissen häufig nicht um das Politische ihres Alltages. Sie verstehen Politik als das „Geschäft anderer“, mit dem sie nichts zu tun haben. Politik erscheint ihnen wie ein unbekanntes Berufsfeld unter anderen Berufsfeldern. Sie sehen keine Verbindung zwischen ihrem privaten Leben, Erleben und Handeln auf der einen Seite und Politik und Demokratie auf der anderen. Individuen dieses Typs, würden Sätze verwenden wie „In der Politik kennen sich andere besser aus als ich; und sollten sie daher auch besser ausüben.“ „Ich mische mich nicht ein.“ Oder „Politik ist ein Geschäft, von dem ich nichts verstehe.“ Die Gesellschaft und ihre Entwicklungen erscheinen ihnen wie ein Verhängnis oder eine Naturgewalt. Dieser Fatalismus führt daher zu einem stark konformistischen Verhalten; man nimmt es so, wie es kommt. Gleichgültige richten ihre Verhaltensweisen nach dem vermeintlichen Verhalten der Mehrheit. Sie verhalten sich danach, was als das aktuell „Angesagte“, als Mainstream erscheint. Ohne Enthusiasmus oder emotionale Aufwallungen macht der_die Gleichgültige das, was alle anderen auch zu machen scheinen. Leidenschaften sowie kritische (Selbst-)Reflexion sind nicht im Spiel. Selbst epochale gesellschaftliche oder politische Veränderungen werden hingenommen, wenn sie als „normal“ gelten. D. h., dass sie auch der Demokratie gegenüber indifferent bzw. leidenschaftslos (in Befürwortung wie Ablehnung) gegenüberstehen.

Besonders interessant ist diese Gruppe hinsichtlich ihres vermuteten Verhaltens in gesellschaftlichen Krisensituationen. Zu vermuten ist, dass die hier beschriebenen Personen einen Hang dazu haben, eine Kontinuität ihres persönlichen Sozialumfeldes zu gewährleisten und zugleich größeren Konflikten aus dem Wege zu gehen. Sollte also, wie im historischen Beispiel des Nationalsozialismus, eine Gesellschaft „kippen“, ist aus dieser Gruppe kein Widerstand gegen eine (gefühlte) antidemokratische Mehrheit bzw. einen antidemokratischen Mainstream zu erwarten. Häufig spielt auch man-

gelnde Bildung und mangelndes demokratisches Bewusstsein aber vermutlich auch mangelnde Empathiefähigkeit in Konfliktsituationen, in denen anderen Menschen Leid oder Unrecht geschieht, eine Rolle. Den Bedeutungskern dieses Typs berühren die Begriffe „Mitläufertum“ oder „Bandwagon-Effekt“, die der Soziologe Paul Felix Lazarsfeld für die mikrosoziologische Wahlforschung prägte und damit das Wahlverhalten, der Mehrheit zu folgen, beschrieb (Lazarsfeld u. a. 1969).[48]

Der Begriff der Demokratiefremdheit, der im hier vorgeschlagenen Begriffssystem synonym zur Demokratiegleichgültigkeit verwendet wird, weist darauf hin, dass Gleichgültige, anders als Demokratieentfremdete, keinen Prozess der Entfernung hinter sich haben. Politik und Demokratie standen sie immer schon fremd gegenüber.

5.4.2 Rigider Demokratieverdruss/-skepsis

Der Soziologe Samuel Salzborn klassifiziert einen Großteil der seit 2014 in Dresden dem Pegida-Veranstalteraufruf folgenden Klientel als „demokratiefern“. Bei Demonstrationen wie Pegida, HoGeSa und anderen ähnlichen Protest-Veranstaltungen werde, so Salzborn, eine bereits zuvor existierende, mangels Mobilisierung jedoch zuvor kaum sichtbare Klientel, aktiviert und sichtbar (Salzborn 2015, S. 24 - 27). Diesen „meckernden“ Pegida-Anhänger_innen hält er entgegen, dass eine Demokratie sich dadurch auszeichne, dass „über Interessenkonflikte gestritten“ wird und es

> *„nötig [ist], Mehrheiten zu erlangen, wenn man die eigene Position umgesetzt sehen möchte. Mit Meckern und Nörgeln kommt man nicht weit, das ewige Lamento von ‚denen da oben’, die sowieso nur machten, was sie wollen, ist zugleich auch das Lamento einer extrem politikfaulen Klientel, die sich bequem darin eingerichtet hat, selbst nicht politisch aktiv werden zu müssen, in Parteien, Gewerkschaften oder anderen Interessenorganisationen.“ (Salzborn 2015, S.24f)*

Die Pegida-Veranstalter_innen und die AfD bieten Salzborn zufolge nunmehr eine Möglichkeit, durch „punktuelles Engagement“, also mit vergleichsweise wenig Einsatz, möglichst große Wirkungen zu erzielen – und dies bisher recht erfolgreich; wenn man bedenkt, dass Pegida, HoGeSa und AfD eine enorme mediale Aufmerksamkeit erfahren haben (ebd.).

So sehr Salzborns Begriff der „Politikfaulheit“ vor dem Hintergrund einer protestantischen Tradition der Arbeitsethik einen stark pejorativen und reichlich moralisierenden Klang erhält, so berührt Salzborn doch einen zentralen Kern eines Phänomens der Demokratiedistanz, das hier als rigider Demokratieverdruss bezeichnet werden soll.

Rigide Demokratieverdrossene zeichnen sich, äußerlich ähnlich den „unpolitisch-kritischen Demokrat_innen“, durch ein i. d. R. konstantes Fernbleiben von den „klassischen“ politischen Partizipationsmöglichkeiten der repräsentativen parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik aus. Ob diese Abstinenz von permanenten, zeitauf-

[48] Vgl. auch Adorno u. a. 1973, S. 391ff

wendigen und auch häufig frustrierenden repräsentativen Demokratieprozessen auf Unlust, Zeitknappheit, psychische „Kraftlosigkeit“, mangelnde oder negative Erfahrungen mit Partizipationsangeboten oder auf weitere Ursachen zurückzuführen ist, muss noch eingehender untersucht werden.

Salzborn ist in der etwas holzschnittartigen Beschreibung der Pegida-Demonstrant_innen im Grundsatz zuzustimmen. Zurecht verweist er darauf, dass bei aller Heterogenität die Anhänger_innenschaft der Pegida-Märsche 2014/15 – inzwischen hat sich ein eindeutig rechtsextremer Kern herausgeschält, der in wesentlich kleinerer Anzahl regelmäßig an den montäglichen Pegida-Demonstrationen teilnimmt – eine tendenzielle Charakterisierung der Klientel gestützt durch Studien etwa der TU Dresden unter Hans Vorländer oder des Göttinger Instituts für Demokratieforschung unter Franz Walter möglich ist (Vorländer u. a. 2015, vgl. Walter 2015). Die Demokratiedistanz drückt sich den Studien zufolge nicht zwingend durch eine ökonomische Deprivation aus, wohl aber durch eine psychische Disposition, die Abwehr von Veränderung bei gleichzeitigem Ohnmachtsgefühl gegenüber unverstandenen Prozessen und Angst vor sozialem Statusverlust. Das Gefühl einer sozialen Diskriminierung, so die Untersuchungen, sind bei den Befragten auf den Demonstrationen nicht durch ihre objektive sozioökonomische Positionierung, meist im sozioökonomischen Mittelstand, begründbar (Vorländer u. a. 2015).

Die von Salzborn problematisierte Abneigung, sich an den „klassischen“ demokratischen Prozessen zu beteiligen, was eine gewisse Grundbereitschaft zu Kompromiss und Toleranz anderen Meinungen gegenüber voraussetzt, geht einher mit einer stark ausgeprägten Rigidität des Denkens und einer Unlust sich in die Position anderer Menschen hineinzuversetzen und Verständnis aufzubringen. Die hier ebenso gemeinte Unlust bzw. Unfähigkeit zu Reflexion und Selbstreflexion verbindet sich häufig mit einem Wunsch nach „einfachen“ Möglichkeiten der Durchsetzung eigener, häufig jedoch nicht genau definierter Wünsche und Bedürfnisse – es mangelt häufig an der Fähigkeit, eigene Wünsche, Bedürfnisse und Interessen zu bestimmen und sie dann zu artikulieren. Dieser Widerspruch zwischen einer Unfähigkeit zur Definition eigener Interessen auf der einen Seite und auf der anderen einer harschen Ablehnung („Meckern“, „Schreien“) eines Systems, das der eigenen Wahrnehmung zufolge, „nichts für den kleinen Mann tut, sondern nur für die da oben und die Ausländer gut ist“, führt zu einer Lähmung des eigenen politischen Engagements, zur Ablehnung des bestehenden Demokratiesystems und – wenn Möglichkeiten des Ausagierens in der Öffentlichkeit angeboten werden – ggf. zur psychischen Auslagerung des eigenen unverstandenen Unbehagens als Aggression gegen andere (die bspw. Rechtspopulist_innen ihnen anbieten), die wenig mit der Verursachung des eigenen Unbehagens zu tun haben. In Wahrheit wird der schwierige Weg eines wirklichen Handelns gegen „die da oben“ gescheut. Ihre Elitenempörung ist trotz aller Intensität entweder unscharf oder richtet sich ausgerechnet gegen diejenigen, die eher für mehr Partizipation stehen.

Der Verdruss der Demokratie gegenüber entsteht bei diesem Typus also aus einer bereits vorhandenen Demokratieskepsis. Ein eher negatives Verhältnis zu Grundwer-

ten der Demokratie wie Toleranz und die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen sowie ein Mangel an individuellen demokratischen Grundcharaktereigenschaften wie Empathie sind grundsätzlich immer schon vorhanden gewesen – also anders als bei Demokratieentfremdeten. Verdruss oder Verdrossenheit resultiert hier also eher nicht bspw. auf einer Erfahrung der undemokratischen Zurückweisung durch demokratische Akteur_innen in der Vergangenheit. Ein demokratisches politisches Engagement (etwa in Parteien, Vereinen, Gewerkschaften etc.) hat es zuvor aus Unlust eher nicht gegeben. Verdruss nicht durch „äußere“ negative Erfahrungen, sondern durch eine innere demokratieskeptische Grundhaltung verursacht, die sich durch Rigidität/Starrheit im Denken, Intoleranz, Neigung zu Dogmatismus, evtl. Aberglaube und Stereotypie auszeichnet (Adorno u. a. 1973, S. 55ff).

Aus diesem Grunde werden rigider Demokratieverdruss und Demokratieskepsis synonym zu verwenden sein. Auch wenn auf der phänomenologischen Ebene Ähnlichkeiten zu „Mitläufertum“ zu beobachten sind, so fällt doch die große Emotionalität und Leidenschaft der rigiden Verdrossenen bspw. auf den Pegida-Demonstrationen auf. Das in der Bundesrepublik sich scheinbar verändernde diskursive Regelwerk darüber, was (in der Öffentlichkeit) gesagt und getan werden darf, animiert ehemalige „Stammtisch“-Besucher_innen, ihren Stammtisch in die Öffentlichkeit, auf die Straße zu verlegen. Unter diese Kategorie sind also vermutlich einige derjenigen Menschen zu subsumieren, die in den Medien treffend, aber doch unscharf als „Wutbürger“ bezeichnet werden (was bspw. für die sehr heterogenen Protestierendengruppen gegen den Bahnhofsbau „Stuttgart 21“ jedoch eher nicht denkungsgleich ist).

Aus psychologischer Perspektive könnte man diese Gruppe auch als „falsche Sublimierer_innen“ mit einer hohen Neigung zu Projektion bezeichnen. Die anstrebten „schnellen Lösungen“ stehen für einen tiefen Wunsch nach einer schnellen Lösung psychischer Spannungen, einer raschen Linderung des eigenen unverstandenen Unbehagens. Statt nach Glück streben die rigiden Verdrossenen nach Bestrafung anderer: Ein typischer Satz könnte lauten: ‚Mir geht es schlecht, wieso sollen die anderen es besser haben. Gleiches Unglück für alle.’

Die Neigung zu Stereotypie und Projektion, sowie der Wunsch nach einfachen und schnellen Lösungen und Bestrafung erzeugt eine Neigung zu personifizierendem Denken, das andere Menschen („die Flüchtlinge“, „die Juden“, „der Moslem“, „die Merkel“, „der Maas“ etc.) zu markierbaren, adressierbaren, angreifbaren Objekten seiner Abneigung macht. Somit folgt zugleich die Neigung zu verschwörungstheoretischem Denken, das vereinfachte, personifizierende, einer Machtfaszination folgende Erklärungen liefern soll, für die eigene (unglücklich machende) Stellung in der Welt. Aufgrund der emotionalen Sprunghaftigkeit und der Unlust zu Denken und Rationalität, ist verschwörungstheoretisches Denken nicht gleichbedeutend mit der Kreation einer eigenen, elaborierten, vollständig durchdachten Verschwörungstheorie als Weltbild, wie sie die historischen antisemitischen Autoren des 19. und 20. Jahrhunderts schufen (Massing 1959).

Affekt, Widersprüchlichkeit und häufig auch Verwirrung prägen das Erscheinungsbild dieses Typs. Gegenüber demokratischen Strukturen, Regeln und Institutionen herrscht ein instrumentelles Verhältnis: Wenn die eigene Position (oder meist schlicht die eigene Stimme) gehört wird, man also etwas durchsetzen kann, werden demokratische Strukturen genutzt. Gibt es jedoch Widerstand gegen die eigene Position, wird man gezwungen, sich mit Menschen, anderer Herkunft, Meinung, anderen Lebensstils etc. auseinanderzusetzen, wird die Auseinandersetzung gemieden und zugleich eine Opferrolle zur Verteufelung der Demokratie eingenommen. Dann ist davon die Rede, dass ‚das Volk nicht mehr gehört' werde, wobei Volk und eigene Position in eins gesetzt werden.

5.4.3 Demokratiefeindlichkeit

Demokratiefeindlichkeit zeigt sich nicht nur in der aktiven Tat (bspw. Gewalt, Terrorismus) gegen demokratische Strukturen, Regeln, Ordnungen etc. Sie ist auch eine Haltung – in diesem Sinne ein Weltbild. Anders als die rigiden Demokratieskeptiker_innen streben Demokratiefeinde, mit häufig festen ideologischen Vorstellungen, die Abschaffung der Demokratie als Staats-, Gesellschafts- und Lebensform an. Menschen, die durch ihr Verhalten als Demokrat_innen, als demokratische Persönlichkeiten sichtbar sind, werden angefeindet, ja angegriffen.

Demokratiefeinde unterscheiden sich deutlich von rigiden Demokratieverdrossenen durch eine Bereitschaft, psychische und intellektuelle Energie und Zeit in die Anfeindung der Demokratie zu investieren. Die Ablehnung der Gleichwertigkeit aller Menschen ist nicht nur affektiv, sondern wird rationalisiert, etwa in ausgearbeiteten Verschwörungstheorien und/oder biologistischen, fatalistischen etc. Welt- und Geschichtsbildern. Dies bedeutet auch, dass Demokratiefeinde ein großes Interesse an Politik aufweisen. Eine Bereitschaft, sich evtl. langfristig in Strukturen, Parteien, Online-Plattformen, sog. Kameradschaften, Vereinen etc. zu engagieren, ist potentiell und real vorhanden. Demokratiefeinde sind jedoch nicht auf die klassischen Strukturen des Rechtsextremismus (NPD, Burschenschaften, Terrorzellen, Kameradschaften etc.) beschränkt – sie sind vereinzelt auch in etablierten demokratischen Parteien zu finden, in Medien, Wissenschaft, Wirtschaft, Militär etc.

Das Ziel bzw. der Wunsch der Demokratiefeinde besteht in erster Linie in der Umsetzung einer radikalen Politik der Ungleichwertigkeit und der Errichtung/Etablierung einer antidemokratischen gesellschaftlichen Ordnung.

Zur verfeinerten Charakterisierung hat die Forschungslandschaft eine erhebliche Menge Erkenntnisse angehäuft und zur Verfügung gestellt, die hier nicht aufgezählt werden kann.

Die folgende Tabelle 4 gibt einen Überblick über die Typen der Demokratiedistanz:

Tabelle 4: Überblick Charakteristika der Typen der Demokratiedistanz

Demokratiegleichgültige/-fremde	**Rigide Demokratieverdrossene/-skeptiker**	**Demokratiefeinde**
„Ich mische mich nicht ein.“ - sehen keine Verbindung zwischen eigenem Leben/Erleben/Handeln und Politik/Demokratie - „In der Politik kennen sich andere besser aus als ich; und sollten sie daher auch besser ausüben als ich.“ - „Das ist ein Geschäft, von dem ich nichts verstehe. Daher mische ich mich nicht ein.“ - Gesellschaft erscheint wie Verhängnis/ Naturgewalt **Die „Mitläufer_innen“ und Konformen** - folgen Diskursen und Konventionen, die ihnen als „Mainstream“ erscheinen - Anpassung an jede epochale politische (System-)Veränderung - Nehmen alles, wie es kommt - Sind der Demokratie gegenüber indifferent/leidenschaftslos	**Ehemalige Stammtischbesucher_innen – jetzt Schreihälse** - Stammtisch in Öffentlichkeit verlegt - „besorgte Wutbürger_innen“ - vorher politisch eher nicht engagiert **Intolerante Meckernde** - Widerwillen gegen demokratische Prozesse, Regeln, Werte; erscheinen als langwierig und anstrengend - Faulheit/Hemmung, sich mit Menschen, die „anders“ sind, denken, leben etc. auseinanderzusetzen - Keine Bereitschaft, sich Diskussionen auszusetzen, Kompromisse zu erarbeiten, sich in andere Positionen hineinzuversetzen **Falsche Sublimierer_innen/Projektive** - schnelle Lösung/Linderung unbehaglicher Spannung - Statt eigenes Glück, Bestrafung anderer anstreben - Neigung, sich Welt/eigene Stellung in Welt durch wirre, (noch) ungeordnete Verschwörungstheorien zu erklären - Neigung zu Personifizierung und Projektion: Personen markieren, adressieren, angreifen - **Instrumentelles Verhältnis zur Demokratie** - wenn eigene Position durchsetzbar, ist sie hilfreich - wenn es Widerstand gibt, andere Interessen Berücksichtigung finden, wird sie verteufelt - Dann: „Das Volk wird nicht mehr gehört.“	- Aktive Ablehnung, ja Bekämpfung der Demokratie in allen ihren Dimensionen - Verfestigung eines undemokratischen Weltbildes - Neigung zu elaborierten Verschwörungstheorien, in die man viel psychische und intellektuelle Energie setzt - Radikale Umsetzung einer Politik der Ungleichwertigkeit

5.5 Bedeutung der Gruppen der Demokratiedistanz und Demokratieaffinität für die Stabilität bzw. Fragilität der Demokratie

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass Menschen, die eine Distanz zum demokratischen Leben entwickelt haben bzw. halten, nicht a priori gegen Demokratie in ihren Dimensionen eingestellt sein bzw. antidemokratisch gesinnt sein müssen. Demokratiedistanz hat jedoch Auswirkungen auf die Stabilität einer demokratischen Gesellschaft. Versteht man sie prozesshaft und historisch durch die sie tragenden und bekämpfenden Menschen veränderlich, dann ist einsichtig, dass die verschiedenen Phänomene der Demokratiedistanz qualitativ wie graduell unterschiedlich, je nach Distanztypus und historischer Situation, „gefährlich“ für die Stabilität eines demokratischen Gemeinwesens sein können.

Dabei spielen – wirksam in Individuen und Gruppen – indes auch Interdependenzen und Dynamiken zwischen den verschiedenen Typen der Demokratieaktivität und der Demokratiedistanz eine wichtige Rolle. Daher muss die Bedeutung der Typen in ihrem Zusammenspiel betrachtet werden.

Demokratie ist – wie am Demokratiebegriff deutlich gemacht wurde – nicht ausschließlich eine statisch beschreibbare Form der Staats- und Gesellschaftsorganisation. Sie entsteht nicht nur durch rechtliche und staatlich-bürokratische Rahmenbedingungen. Vielmehr wird eine demokratische Gesellschaft durch die sie bildende Bevölkerung, durch Individuen, soziale Gruppen sowie ihr Handeln, Sprechen und Denken getragen. Demokratie als Prozess bedeutet zugleich, dass sie stets auch fragil ist, nicht überhistorisch garantiert sein kann.

Dass Menschen eine Distanz zur Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform, dass sie demokratieferne Persönlichkeiten entwickeln, obwohl sie „in demokratischen Verhältnissen“ leben und gelebt haben, verdeutlicht die tendenziell vorhandene Fragilität demokratischer Gesellschaften. Auf essentielle gesellschaftliche Prozesse, etwa im Bereich der Ökonomie, die gesellschaftliches Leben überhaupt erst entstehen lassen, kann im Rahmen dieses Berichtes nicht in der gebührenden Konzentration eingegangen werden. Dass jedoch Missverhältnisse, Verwerfungen etc. im Bereich der Ökonomie schwere Hypotheken für Demokratie (in ihren verschiedenen Dimensionen) darstellen können, sie gefährden, gar zerstören können, lässt sich nicht zuletzt in den Beispielen ablesen, die allein die deutsche Geschichte zahlreich bietet.

Die komplexen gesellschaftlichen Kräfte, Diskurse etc., die zu Phänomenen der Demokratiedistanz in der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft führen, bilden sich letztlich im einzelnen Individuum, in seiner_ihrer Lebensgeschichte in einem historisch-gesellschaftlichen Umfeld ab. So sehr dies zu konstatieren ist, so sehr kann jedoch ebenso anhand der Typologie des Demokratieverhältnisses abgeleitet werden, welche Wirkung bzw. potentielle Wirkung die verschiedenen Gruppen auf die Stabilität der Demokratie haben.

Zufriedene Demokrat_innen tragen erheblich zur Stabilität einer demokratischen Ordnung bei. Da sie sich zu den Idealen der Demokratie wie zur realen Umsetzung positiv verhalten, würde eine Veränderungsdynamik in Richtung einer Entdemokratisierung sie zu einer aktiven Gegenwehr gegen demokratiegefährdende Phänomene motivieren. Für Verbesserungen der gesellschaftlichen Verhältnisse werden zufriedene Demokrat_innen eher nicht gleichsam in vorderster Reihe eintreten.

Politisch-kritische Demokrat_innen tragen nicht nur zur Stabilität und täglichen Erneuerung der Demokratie bei. Sie sind vielmehr diejenigen, die der Demokratie eine Zukunft, im Sinne einer Veränderung hin zu mehr Demokratie, potentiell ermöglichen. Als politisch aktive Demokrat_innen sind sie auch bereit, persönliche Energie und Zeit in die Weiterentwicklung der demokratischen Ordnung zu investieren. Sie können durchaus auch als „Unbequeme“ wahrgenommen werden. Sie sind aber die Grundvo-

raussetzung der Innovationsfähigkeit und damit Zukunftsfähigkeit einer demokratischen Ordnung.

Unpolitisch-kritische Demokrat_innen sind zwar unzufrieden mit der Umsetzung der von ihnen befürworteten Ideale der Demokratie, doch sie tragen durch ihre ‚sparsame' Beteiligung an politischen Prozessen nur insofern zu Stabilität der Demokratie bei, dass sie Demokratie (noch) für eine Selbstverständlichkeit halten. Für eine Weiterentwicklung, die eine Demokratie auch für ihre Stabilität benötigt, sind sie schwerer zu aktivieren.

Demokratieentfremdete sind ein wichtiger potentieller Stabilisierungsfaktor eines demokratischen Gesellschaftsprozesses. In historischen Situationen der Demokratiegefährdung konnten sie, etwa in den Jahren bis 1933, nicht genügend für die Demokratie zurück gewonnen werden, obwohl dies zur Verhinderung des Nationalsozialismus erheblich hätte beitragen können. Eine Verantwortung ausschließlich bei den Entfremdeten zu sehen, wäre völlig verfehlt. Vielmehr sind Demokratieentfremdete ein wichtiger „Anzeiger" für Defizite in einer demokratischen Ordnung. Ihr Rückzug aus der Demokratie ist eine Niederlage für die Grundideen der Gleichwertigkeit aller Menschen. Aktive Demokrat_innen müssten sich stattdessen stärker mit dem Phänomen der Demokratieentfremdung und ihren mannigfaltigen Ursachen auseinandersetzen.

Demokratiegleichgültige können als „Mitläufer_innen" einer demokratischen Ordnung dann nicht schaden, wenn sie ihnen als selbstverständlich, als Zeitgeist, als Geschmack unserer Zeit gilt. Verändern sich jedoch gesellschaftliche Diskurse in Richtung einer Verschiebung der Selbstverständlichkeiten, werden un- oder antidemokratische Diskurse dominant, droht das „Überlaufen" von Menschen dieser Gruppe, da sie sich „nichts zuschulden kommen lassen wollen".

Ähnliches lässt sich über **rigide Demokratieverdrossene/-skeptische** aussagen. Sie sind auf andere Weise ebenso ein „Problemanzeiger" für Defizite. Werden menschenfeindliche „Stammtischempörungen" durch ein sich antidemokratisch veränderndes gesellschaftliches Klima massenweise auf die Straße oder in die sozialen Netzwerke getragen, dann könnte dies dafür sprechen, dass bestimmte Grundprinzipien und –werte der demokratischen Ordnung, die formal bestehen, aber in der politischen Kultur unter Druck geraten, an allgemeiner Gültigkeit verlieren. Haben die Skeptischen den Eindruck, es gehe nicht nur ihnen so, dass Demokratie nicht bei der Lösung der Probleme hilft, werden sie noch stärker das Gefühl haben, für „das Volk" zu sprechen. Wenn in der Öffentlichkeit bestimmte Grundregeln aufgeweicht werden, etwa das Verbot, ganze Menschengruppen (z. B. eine Religionsgemeinschaft) permanent pauschal zu diffamieren, sie zur Gefahr der Nation etc. zu erklären, dann fühlen sich Demokratieskeptische ermuntert, unverstandene Frustrationen öffentlich ausleben zu können, und sich dabei als Opfer und Vorkämpfer_innen zu fühlen. Aus tiefenpsychologischer Sicht wird dies jedoch nicht zu einem kollektiven Spannungsabbau führen (weil es falsche Kanalisierung ist und nicht Ursachenbekämpfung), sondern das gesellschaftliche Klima verschärfen und Menschenfeindlichkeit salonfähig werden lassen.

Rigide Demokratieverdrossene können sich aufgrund ihrer starken Affektneigung in Krisensituationen zu eruptiven, auch gewalttätigen Handlungen animiert fühlen.

Demokratiefeind_innen sind eine ständige Gefahr für die Demokratie, weil sie Menschen schaden wollen und einzelnen Menschen auch in stabilen demokratischen Ordnungen immer wieder schaden. Ihre Gewaltbereitschaft ist im Vergleich zu den anderen Gruppen am höchsten, da man nicht nur affektiv, sondern aus Überzeugung Menschen schaden will, die als minderwertig oder als politische Gegner_innen eingeschätzt werden. Ein stark dichotomisches Weltbild aus Gut und Böse, die Neigung zu Personifizierung des „Übels“, das man vernichten will, fundiert ihre Gewaltnähe. Ausgewiesene Demokratiefeind_innen – bspw. Rechtsextreme in der Bundesrepublik – wurden in Surveys seit den 1950er Jahren immer als eine Minderheit festgestellt. Sie allein können eine demokratische Ordnung nicht liquidieren, dazu bedurfte es bisher immer einer ausreichenden gesellschaftlichen Mehrheit, der Akzeptanz oder eines massenhaftes „Raushaltens und Wegguckens“.

Diese theoretisch abgeleiteten Typen von Demokratienähe und -distanz werden im weiteren Verlauf des Forschungsprojekts empirisch getestet und ggf. weiterentwickelt werden.

6 Maßnahmen für demokratieaffine und demokratiedistanzierte Gruppen

Eine möglichst differenzierte und hinreichend detaillierte sowie mehrdimensionale Typologie erlaubt eine klarere Zielformulierung sowie die Schaffung eines gezielten gruppenspezifischen Handlungskatalogs, der die Stabilität einer pluralistischen Demokratie, d. h. den Schutz der Menschenwürde garantieren kann.

6.1.1 Ziele und Empfehlungen für demokratieaffine Gruppen

6.1.1.1 Gruppenspezifische Zielformulierungen für demokratieaffine Gruppen

Tabelle 5: Gruppenspezifische Zielformulierungen

Zufriedene Demokrat_innen	**Kritisch-politische Demokrat_innen**	**Kritisch-unpolitische Demokrat_innen**	**Demokratie-entfremdete**
- Durch Politisierung für Themen interessieren, die in der jetzigen gesellschaftlichen Verfasstheit der Demokratie nicht zufrieden stellend gelöst sind	- an der Weiterentwicklung der Demokratie stärker beteiligen, um sie stabiler durch wirklichkeitsnähere Politik werden zu lassen	- Unpolitische politisieren und aktivieren	Für Demokratie und Politik zurückgewinnen; dauerhaft für den demokratischen Prozess aktivieren
- Für Verteidigung und Stärkung der Demokratie halten	- Für Verteidigung und Stärkung der Demokratie halten	- Für Verteidigung und Stärkung der Demokratie gewinnen bzw. halten	Für Verteidigung und Stärkung der Demokratie gewinnen

Alle vier demokratieaffinen Gruppen bilden das Rückgrat des demokratischen Gemeinwesens bzw. können es bilden. Insofern muss für alle vier Typen das Ziel sein, diese entweder in ihrer demokratischen Aktivität zu **halten** und zu **stärken** oder sie zu **aktivieren** bzw. in die Aktivität **zurückzuholen**. Diese Gruppen müssen auf die jeweils ihnen entsprechende Weise gestärkt werden, um Demokratie zu stärken und sie im Krisenfall zu verteidigen.

Zugleich lassen sich, wie in Tabelle 5 deutlich wird, gruppenspezifische Handlungsziele formulieren.

Zufriedene Demokrat_innen

Diese Gruppe trägt massiv zur Stabilität der demokratischen Gesellschaft bei. Daher ist es wichtig, sie durch qualitativ gute Informationsangebote für Themen zu interessieren,

die in der jetzigen gesellschaftlichen Verfasstheit der Demokratie nicht zufriedenstellend gelöst sind, um sie für deren Lösung zu gewinnen.

Kritisch-politische Demokrat_innen

Ziel bei dieser Gruppe muss es sein, sie stärker an der Weiterentwicklung der Demokratie zu beteiligen, um demokratische Gesellschaften stabiler werden zu lassen. Demokratien können nur stabil sein durch Wandel, durch ständigen Prozess. Demokratien sollten idealerweise die Probleme aller lösen. In real existierenden Demokratien schafft es nicht jedes Interesse in den Fokus der politisch-öffentlichen Aufmerksamkeit, die damit immer droht, zur Lebenswirklichkeit zahlreicher Menschen und Gruppen den Kontakt zu verlieren. Kritisch-politische Demokrat_innen problematisieren häufiger Themen, die nicht im Fokus der klassischen Öffentlichkeit stehen. Eine stärkere Beteiligung dieser Akteur_innen, die immer etwas finden, was eine Gesellschaft im demokratischen Sinne verbessert, erhöht ihre Stabilität und Dauerhaftigkeit als allgemein akzeptierte Gesellschaftsordnung.

Kritisch-unpolitische Demokrat_innen

Ähnliches lässt sich über die Gruppe der kritisch-unpolitischen Demokrat_innen sagen. Sie sind im positiven Sinne Anzeiger_innen der Defizite konkreter demokratischer Beteiligungsprozesse, da sie mit den vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten offensichtlich nicht nachhaltig aktivierbar sind. Ziel muss es bei dieser Gruppe sein, sie zu politisieren und nachhaltig zu aktivieren. Gleichzeitig muss verhindert werden, diese Menschen in die Demokratiedistanz zu verlieren.

Demokratieentfremdete

Dies ist bei Demokratieentfremdeten geschehen. Sie sind eine besondere Gruppe, da sie als Nichtaktive in Distanz zur demokratischen Praxis leben, potentiell jedoch eine teilweise hohe Affinität zur Idee der Demokratie aufweisen.

Folgernd aus der oben durchgeführten ausführlichen theoretischen Bestimmung der Demokratieentfremdeten sowie der Beschreibung ihrer (potentiellen) Rolle bei Stabilisierung oder Gefährdung der Demokratie kann nur die Zurückgewinnung und nachhaltige Aktivierung von abgehängten, marginalisierten, vereinsamten, beleidigten, erschöpften, diskriminierten etc. Demokratieentfremdeten das Ziel der Demokratieförderung sein. Als Arbeitshypothese wird angenommen, dass diese Gruppe vermutlich quantitativ hoch in Marzahn-Hellersdorf vertreten ist und potentiell das Rückgrat des demokratischen Gemeinwesens stärken bzw. bilden kann.

Welche Bedeutung aktivierte Entfremdete für ein Gemeinwesen haben können, wird an einem Beispiel in Marzahn-Hellersdorf deutlich: Von 2013 bis 2015 schien die Unterbringung einer größeren Zahl von Geflüchteten und Asylsuchenden im Bezirk Men-

schen dazu zu animieren, ihren „sozialen Nahraum“ zu verlassen und, bewegt vom Schicksal der Ankommenden, Mitgefühl in politisches, d. h. ehrenamtliches Handeln im Bereich der Flüchtlingshilfe umzuwandeln; dies berichtet, auf Basis von Zahlen der „FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf“, die „Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung – Polis*“ in ihrem „Jahresbericht für Demokratieentwicklung 2015“:

> *„Völlig neuartige Strukturen mussten entwickelt werden, um die ‚Explosion’ an Hilfsbereitschaft im Bezirk so zu koordinieren, dass ehrenamtlich und hauptamtlich Engagierte konstruktiv bei der Bewältigung der neuen Herausforderungen, die mit den zahlreichen Eröffnungen neuer Flüchtlings- und Asylunterkünfte im Bezirk entstanden waren, mithelfen konnten.“ (Hannemann 2016, S. 4)*

Im Jahresbericht der FreiwilligenAgentur heißt es rückblickend:

> *„Natürlich waren wir – wie so viele andere Einrichtungen und Organisationen zunächst ziemlich überfordert mit der Situation, dass sich so viele Bürger*innen für Geflüchtete engagieren wollten und letztlich kaum jemand adäquat reagieren konnte. Allerdings konnten wir dank der vorhandenen Infrastruktur und den bestehenden guten Kontakten zu den Akteuren relativ schnell das ‚gemeinsame FreiwilligenManagement von Stadtteilzentren, FreiwilligenAgentur und Unterkünften’ aufbauen.“ (Gollbach u. a. 2017, S. 29)*

Und weiter heißt es bei Polis*:

> *„Die organisatorische Not, die sich aus dem starken Zuzug von Flüchtlingen ergab, machte erfinderisch. Bestehende Strukturen in Zivilgesellschaft und bezirklicher Verwaltung wurden genutzt bzw. weiterentwickelt, um den neuen Aufgaben gewachsen zu sein. Menschen, die bspw. seit den 1990er Jahren aus Enttäuschung über den Transformationsprozess nach der Wende die emotionale Verbindung auch zum bezirklich verfassten Gemeinwesen verloren hatten, fühlten sich nun durch die gesellschaftliche Aufgabe, Flüchtlinge in Deutschland unterzubringen, zu versorgen etc., menschlich herausgefordert und mischten sich wieder ein. Die aktive Mitwirkung an der ganz konkreten „Willkommenskultur“ ist daher als ein zutiefst demokratisches Bekenntnis dieser Menschen zu interpretieren.“ (Hannemann 2016, S. 36)*

Die Aktivierung der in den Jahren zuvor „Übersehenen“ und im Privaten „Untergetauchten“ durch eine spontane Form der Nachbarschaftshilfe, die manche an die Zeit vor 1989 erinnert haben mag, veränderte zumindest für eine kurze Zeit das Gesicht des demokratischen bezirklichen Gemeinwesens. Zur gleichen Zeit war es mit einer stark ansteigenden und hohen Präsenz des Rechtsextremismus samt hoher Zahlen bei Übergriffen, Beleidigungen und Bedrohungen im öffentlichen Raum belastet worden (ebd. S. 15ff).

Inzwischen ist die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Hilfe für Geflüchtete und Asylsuchende laut FreiwilligenAgentur seit 2016 wieder deutlich rückläufig (Gollbach u. a. 2017, S. 10).[49] Zudem blieb die Zahl der Nichtwähler_innen bei den Abgeordnetenhauswahlen im September 2016 mit ca. 40 % gleichbleibend hoch. Dies zeigt, dass eine dauerhafte bzw. nachhaltige Einbindung potentiell demokratischer und empathiefähiger Bürger_innen an die demokratische Kultur im Bezirk (noch) nicht ausreichend gelungen ist.

Wie wichtig aber diese (wenn auch kurzzeitig) für demokratisches Engagement Aktivierten für eine demokratische Gesellschaft und ihre Stabilisierung bzw. Verteidigung sein können, zeigten diese Menschen allein dadurch, dass sie durch ihren Austritt aus dem privaten Rückzugsraum sichtbar und wirksam wurden. Durch ihr (im Vergleich zu rechtsextremen Aktionen von Medien bzw. Öffentlichkeit deutlich weniger wahrgenommenes) Engagement haben sie kurzzeitig ein Potential und Gegengewicht gegen demokratiefeindliche Tendenzen im Bezirk aufzeigen können, das viele überraschte und auch die journalistisch gewohnte öffentliche Darstellung des Bezirkes als ausschließlich rechter „Tatort Marzahn-Hellersdorf“ (Schwarzbeck 2016), was gerade das Engagement dieser Menschen ignoriert oder lächerlich macht, infrage stellte (Hannemann 2016, S. 3). Ziel muss also auch eine Schärfung des Blickes für Entfremdete derjenigen Demokrat_innen sein, die diese Menschen bisher übersehen, nicht ernst nehmen oder gar gekränkt haben. Die Erkenntnis muss reifen, dass diese Menschen ‚wertvoll’ sind. Ziel muss es sein, dass sich diese Menschen im demokratischen Gemeinwesen wohl fühlen.

6.1.1.2 Gruppenspezifische Handlungsempfehlungen für demokratieaffine Gruppen

Folgende, in Tabelle 6 zusammengefasste Maßnahmen, ließen sich für demokratieaffine Gruppen aus den theoretischen Überlegungen und vorhandenen bezirklichen Erfahrungen ableiten und formulieren:

Tabelle 6: Gruppenspezifische Handlungsempfehlungen

Zufriedene Demokrat_innen	Kritisch-politische Demkrat_innen	Kritisch-unpolitische Demokrat_innen	Demokratieentfremdete

[49] Vgl. außerdem: Aus dem Gedächtnisprotokoll des Autors nach mehreren öffentlichen Sitzungen des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“ im Herbst 2016: Dies berichten Vertreter_innen der Freiwilligenbörse sowie Ehrenamtkoordinator_innen einiger Not- und Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge und Asylsuchende in Marzahn-Hellersdorf auf öffentlichen Sitzungen des bezirklichen „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“.

- Durch Aufklärung auf Probleme und Mängel der jetzigen gesellschaftlichen Situation hinweisen - Wertschätzen - Sie dafür gewinnen, für die Demokratie zu werben, in dem sie auf Distanzierte zugehen und mit ihnen und ihren Problemen in Auseinandersetzung gehen zu müssen	- Kritische Haltung wertschätzen durch Beteiligung - Unterstützung kritischer Aktiver bei ihrem Engagement - Themen, die nicht in Leitmedien und „politischen“ Staats- und Parteienbetrieb behandelt werden, aber in anderen Kommunikationssphären virulent sind, sollen klassische Institutionen ernst nehmen und sich öffentlich inhaltlich dazu verhalten - Mehr demokratische Partizipationsformen ermöglichen, zulassen - Wissenschaftlichen Forschungsstand zur Kenntnis nehmen in allen Politikbereichen - (echte) politische Alternativen bei Wahlen bieten - Utopisches Denken ermöglichen statt öffentlich Geringschätzen	- Wertschätzen - Unterstützen - Bildungsangebote machen; aufklären über die Bedeutung und Partizipationsmöglichkeiten auch klassischer Institutionen, wie Parteien, Gewerkschaften, etc. - Mehr demokratische Partizipationsformen ermöglichen, zulassen - (echte) politische Alternativen bei Wahlen bieten - Mehr Leidenschaft wecken für die Demokratie, sodass keine Distanz (Gleichgültigkeit, Entfremdung, Verdruss, Feindschaft) entstehen kann - Politisierung der Politik	- „System“ muss auf Menschen zugehen - berechtigte(!) Hoffnungen wecken - Mut machen - Zukunftsmodell anbieten, Utopie zulassen - Alternativen zur Wahl stellen - Wahlversprechen umsetzen - integrative SoWi-Politik - Zeitpolitik: Zeit/Sicherheit für Engagement - politische Beteiligung fördern - Inklusion - Selbstwirksamkeits-/Subjektivitätserfahrungen - Engagement im Sozialraum fördern - Öffentliche Anerkennungskultur für Ehrenamt - Leiderfahrungen ernstnehmen - Wertschätzung (Lebens-)Leistungen (SV etc.) - Kränkungen in Politik u. Medien vermeiden - Vereinsamung bekämpfen - Wertschätzung Kommunikationsverhalten in Organisationen/ Kritik eigener Diskussionskultur - Menschen/ Interessen öffentlich wahrnehmen - Debatte zur Demokratisierung des Gemeinwesens nach einer Rückerinnerung an die in der DDR und 1989/90 von den Menschen vor Ort selbst entwickelten Ideen einer Demokratisierung der Verwaltung

Zufriedene Demokrat_innen

1. Aktive Demokrat_innen sollten nichtaktive Demokrat_innen wahrnehmen. Sie sollten ein (differenziertes) Verhältnis zu ihnen entwickeln. Deren Nichtaktivität bedeutet nicht eine Nichtexistenz.
2. Zufriedene Demokrat_innen sollten permanent ermutigt werden, zu jeder Zeit kritisch zu hinterfragen.
3. Zufriedene Demokrat_innen sollten zu ständigem Austausch mit Kritischen Demokrat_innen und Entfremdeten angeregt und bestärkt werden, um (selbstreflexiv) Probleme und Mängel der jetzigen gesellschaftlichen Situation wahrzunehmen.

4. Im Sinne der „Haltearbeit“ ist ihr gesellschaftliches Engagement wertzuschätzen. Ihre Arbeit in demokratischen Parteien und anderen demokratischen Organisationen muss gegen antidemokratische Verunglimpfungen, wie ‚Die Politiker sind alle faul und korrupt. Sie verdienen zuviel’, ‚Das Parlament ist eine teure und sinnlose Quasselbude.’, ‚Gewerkschaften und Betriebsräte sind nur teurer Ballast.’, ‚Gutmenschen mit ihrer Political Correctness müssen verstummen.’ etc. verteidigt und geschützt werden.
5. Sie sollten dafür gewonnen werden, für Demokratie und Partizipation zu werben, indem sie auf Distanzierte zugehen und mit ihnen und ihren Problemen in Auseinandersetzung gehen.
6. Die Wissenschaften müssen noch stärker Demokrat_innen durch Unterstützung bei ihrer Argumentation stärken. Wissenschaftliche Forschungsdebatten sind auch demokratisch-gesellschaftliche Debatten keine reinen ‚Fachdebatten’.

Kritisch-politische Demokrat_innen

1. Im Sinne der „Haltearbeit“ ist ihre kritische Haltung durch mehr Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen stärker wertzuschätzen.
2. Utopisches Denken sollte öffentlich wieder möglich werden. Das öffentliche Geringschätzen von politischen Ideen, die weiter reichen als bis zur nächsten Legislaturperiode, als ‚unrealistisch’, ‚Spinnerei’ etc. zu bezeichnen, lähmt den demokratischen Diskurs und stärkt das Gefühl eines bleiernen gesellschaftlichen Mehltaus. Utopisches Denken ermöglicht eine inhaltliche Weiterentwicklung der demokratischen Gesellschaft, erlaubt die Diskussion übe die Zukunft.
3. Kritische Aktive müssen in ihrem Engagement gefördert werden, um die demokratische Gesellschaft entwicklungsfähig zu machen. ‚Unorthodoxes’ demokratisches Engagement trägt methodisch wie inhaltlich zur Innovationsfähigkeit eines demokratischen Gemeinwesens bei. Es müssen mehr demokratische Partizipationsformen ermöglicht und zugelassen werden.
4. Themen, die nicht in Leitmedien und/oder im klassischen ‚politischen’ Staats- und Parteienabläufen behandelt werden, aber in anderen Kommunikationssphären (etwa in alternativen, digitalen demokratischen Medien und Subkulturen) virulent sind, sollten durch klassische Institutionen wahr und ernst genommen werden.
5. Die (öffentlich geförderten) Wissenschaften müssen noch stärker Entwicklungen und Diskurse in kritisch-politischen Milieus wahrnehmen und sich in Debatten beteiligen.
6. Wissenschaftliche Forschungsstände (etwa zu Klimawandel, Armutsentwicklung, Migration, Geschichtskultur, städtische Sozialraum-, Miet- und Bauentwicklung etc.), die von kritischen Demokrat_innen in ihrer kritischen Aktivität aufgegriffen werden, sollten von ‚etablierten’ politischen Akteur_innen in öffent-

lichen Institutionen, (Leit-)Medien etc. in allen Politikbereichen zur Kenntnis genommen werden.

7. Kritische Demokrat_innen sollten ermutigt werden, bei Wahlen ‚echte' politische Alternativen anzubieten.

8. Engagement in der Verteidigung der Demokratie gegen Demokratiefeind_innen und -feindlichkeit sollte wertgeschätzt und langfristig gefördert werden (etwa im Kampf gegen Rechtsextremismus).

Kritisch-unpolitische Demokrat_innen

1. Politisierung der Politik: ‚Etablierte Politik', Leitmedien und politische Bildung müssen permanent vermitteln, dass gesellschaftliche Entwicklungen keine Naturprozesse sind, die nicht durch politische Entscheidungen (Einzelner oder Gruppen/Institutionen) beeinflussbar wären. Der Glaube an ‚alternativlose' Politik verhindert politisches Engagement und demokratische Entscheidungsprozesse. Das demokratische System muss jederzeit ‚echte' politische Alternativen bei Wahlen anbieten können.

2. Attraktivität politischen Engagements in Institutionen, Organisationen und anderen Strukturen sollte gesteigert werden. Innere Strukturen und Kommunikationsroutinen in politischen Parteien sollten daraufhin überprüft werden, dass sie jede_n mitnehmen und wertschätzen.

3. Außerdem sollte im Bereich der politischen Bildung das Angebot intensiviert und inhaltlich wie methodisch verbessert werden. Zuvorderst ist über die Bedeutung und die Partizipationsmöglichkeiten auch in klassischer Institutionen, wie Parteien, Gewerkschaften, etc. aufzuklären.

4. Die Erleichterung und Verbesserung des alltäglichen Lebens der Menschen macht politisches Interesse und Engagement hinsichtlich der persönlichen Zeit- und (physischen und psychischen) Kraftressourcen (Zeit, Lust und Kraft für Selbstinformation) für viele Menschen überhaupt erst möglich.

5. Eine Imageverbesserung politischer Institutionen, insbesondere der Parteien, kann nicht nur durch Veränderungen in den Organisationen selbst erreicht werden. Auch die diskursive Befassung in Medien und Literatur etwa über Parteien trägt zum Image von politischen Parteien als solche bei. Das gegenwärtig diskursiv beliebte Abwerten von politischen Parteien und ihren angeblich übermächtigen Einfluss auf politische Entscheidungen ist auch im Verfassungssinne problematisch.

6. Auch außerhalb klassischer Parteien- und Organisationspolitik sollten freilich mehr demokratische Partizipationsformen ermöglicht und zugelassen werden. Zugänge zu politischen Entscheidungen, insbesondere im kommunalen Bereich sollten nicht nur erleichtert, sondern gefördert werden.

7. Bei kritisch-unpolitischen Demokrat_innen sollte versucht werden, auf emotionaler Ebene mehr Leidenschaft für die Demokratie zu wecken, sodass eine

mögliche Distanz zu ihr (Gleichgültigkeit, Entfremdung, Verdruss, Feindschaft) nicht entstehen kann.

Maßnahmen für die besondere Gruppe der Demokratieentfremdeten

Die Demokratieentfremdung, die sowohl ein (meist emotionaler) Entfernungsprozess als auch Ergebnis eines solchen ist, kann in allen Dimensionen des Demokratieverständnisses gelindert bzw. behoben werden. Dennoch ist die Formulierung von Maßnahmenempfehlungen eine Herausforderung, da diese Gruppe (abhängig von der persönlichen wie historischen Zeitentwicklung) als einstig Demokratieaktive heute hinsichtlich ihrer Aktivität eine Distanz zur Demokratie einnehmen und zugleich hinsichtlich ihrer Einstellung und Persönlichkeit eine z. T. hohe Affinität zur Demokratie als Prinzip besitzen. Daher sind folgende Empfehlungen vorzuschlagen:

1. Es bedarf einer stärkeren Ermöglichung von Demokratisierung im Bereich des gesetzlichen und institutionellen Rahmens. Ein Versuch auf Bezirksebene in diese Richtung war bspw. die Einführung des Bürgerhaushaltes. Indes scheint dies doch recht ‚halbherzig' zu sein (und wird von den Bürger_innen als bürokratisches Konstrukt offensichtlich nicht ausreichend genutzt (Hannemann 2016, S. 38)) im Vergleich zu den umfangreichen Demokratisierungsversuchen, welche es in der Phase des Auf- und Umbruches in Ostdeutschland in der Wendezeit gegeben hat. In den Jahren 1989 und 1990 entstanden besonders auf kommunaler Ebene zahlreiche, innovative und bisweilen phantasievolle Vorschläge zur Verfassung einer demokratischen kommunalen (Selbst-)Verwaltung, deren Umsetzung mit der nahtlosen Übernahme der Prinzipien altbundesrepublikanischer Kommunalverfassungen vollständig verhindert wurde. Diese Modelle sind in Vergessenheit geraten und könnten für eine Demokratisierung des kommunalen Gemeinwesens (und darüber hinaus) bspw. durch zeitgeschichtliche Forschungen zuvorderst erneut freigelegt werden, um neu diskutiert und erwogen werden zu können.
2. Außerdem sind diskriminierende Strukturen abzuschaffen und diskriminierende Diskurse zu beenden. Strukturen und Diskurse, die Menschen ausschließen, sind undemokratisch und ‚verdammen' Menschen oder Menschengruppen zur Entfremdung. Der Rückzug dieser Menschen ist nicht aus eigener Entscheidung, sondern in diesen Fällen erzwungen worden – häufig liegt eine Kombination aus Verdrängung und Rückzug vor. Auf gesetzlicher Ebene sind zahlreiche Veränderungen in Richtung einer grundgesetzgemäßen Gleichbehandlung denkbar und umsetzbar. Ähnliches gilt für den Bereich des öffentlichen Diskurses etwa in den Leitmedien.
3. Auf der Ebene des politischen Systems und Diskurses, sei es in Parteien, sei es in den Medien, sei es bei Gewerkschaften und anderen Organisationen, sind zahlreiche Maßnahmen denkbar, um Entfremdete mit negativen Erfahrungen in Organisationen für ein aktives demokratisches Leben zurück zu gewinnen.

- In den politischen Diskursen der Öffentlichkeit und den politischen Programmen und Forderungen der Parteien und anderer politischer Organisationen müssen **die bisher Übersehenen und Ignorierten wieder sichtbar werden** – insbesondere in der Sozial-, Arbeits- und Wirtschaftspolitik. (Dabei ist es wichtig, die Übersehenen nicht mit denjenigen zu verwechseln, die omnipräsent in Medien und Parteierklärungen stets behaupten, sie würden nicht gehört und ernst genommen. Wer zu den Übersehenen gehört, können bspw. zahlreiche wissenschaftliche Studien gut beschreiben.)
- Das **politische System sollte inhaltlich vielfältige, d. h. alternative Positionen anbieten, statt Pluralität lediglich zu inszenieren**. Eine Politisierung durch alternative politische Konzepte und Problemlösungen im Parteienvergleich führt zu dem Gefühl, bei Wahlen eine Wahl zu haben.
- Der Eindruck, politische Parteien gestalten nicht mehr gesellschaftliche Wirklichkeit, sondern reparieren einen Gesellschaftszustand, der als alternativlos gilt, erzeugt ein lähmendes Gefühl der Ohnmacht, das durch die vergangenen und gegenwärtigen Alltagserfahrungen der Ohnmacht und des gesellschaftlichen Stillstandes, der Menschen jedoch gleichzeitig nicht zur Ruhe kommen lässt, bestätigt wird (Rosa 2005). Parteipolitische Akteur_innen oder andere Vertreter_innen politischer Organisationen können jedoch den Eindruck erwecken, dass in einer Demokratie Politik Gesellschaft gestaltet und zugleich politisch darum gerungen werden muss, welche Gesellschaft gewollt ist. Vorstellungen von Veränderbarkeit gesellschaftlicher Zustände durch die Träger_innen der Demokratie, die Bürger_innen, kann Demokratieentfremdete für Demokratie zurückgewinnen. Politik darf, ja sollte **auch (berechtigte) Hoffnungen auf Veränderung durch Wechsel, Gestaltung und Engagement jede_r Bürger_in wecken**. Dass sich die gesellschaftliche Wirklichkeit verändern kann, erleben viele Menschen gegenwärtig als nicht steuerbares, beängstigendes Verhängnis: Terrorismus, Globalisierung, Migration, Wirtschaftskrisen, Standortwettbewerb etc. Die Gestaltbarkeit Menschen-gemachter Gesellschaft durch (alle) Menschen erscheint gegenwärtig als **‚utopisch'**.
- Politische Parteien sollten ihre **Wahlversprechen umsetzen**, um bereits dadurch unter Beweis zu stellen, dass politisches Engagement in einer Partei zu politischen Entscheidungen führt, die die Wirklichkeit (zum Besseren) verändern kann.
- Politisches Engagement in ‚klassischen' politischen Organisationen, insbesondere in demokratischen Parteien, kann von Entfremdeten gemieden werden, weil sie negative Erfahrungen mit diesen oder ähnlichen Organisationen gemacht haben. Das kann das (Kommunikations-)Klima in der Organisation (Geschlechtergerechtigkeit, etc.), mangelnde **demokrati-**

sche Strukturen und Routinen, das kann das politische Programm bzw. seine Ausrichtung, die man trotz größtem Engagements nicht beeinflussen konnte, betreffen etc. stark hierachisch und bürokratisch strukturierte politische Organisationen verhindern häufig allein aufgrund ihrer inneren Verfasstheit demokratische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse und verhindern die für eine lebendige Demokratie zentralen **Selbstwirksamkeitserfahrungen** ihrer Träger_innen.

- Demokratisches, politisches Engagement muss gesellschaftlich z. B. hinsichtlich der persönlichen Zeit-, Bildungs- und Kraftressourcen für viele Menschen überhaupt möglich sein. Starke berufliche Belastungen etwa, die auch politische Entscheidungen in der Arbeits- und Sozialpolitik in den letzten Jahren erzeugt oder verstärkt haben, verhindern zahlreiches bürgerschaftlichen Engagement. Es bedarf also einer **demokratisierenden Zeitpolitik**.
- Politisches Engagement, darf kein Nachtteil für eine Person sein. Sie muss darin gefördert werden. Ein **Gefühl der Sicherheit** muss vorhanden sein, um sich selbstbewusst an politischen Prozessen beteiligen zu können.

4. **Aktive Demokrat_innen sollten auf Entfremdete** zugehen. Sie sollten biografische und/oder gruppenspezifische Erfahrungen ernst nehmen und Lebensleistungen würdigen. Konkrete Maßnahmen könnten sein:
   - Öffentliche Anerkennung des Ehrenamts. Unter Ehrenamt sollte auch einmaliges Engagement verstanden werden, das nicht zu andauernder regelmäßiger Ehrenamtsarbeit führt.
   - Förderung des Engagements im Sozialraum. Dabei sollte auch vermeintlich ‚unpolitisches' Engagement wie Mitgliedschaft und Engagement in Sportvereinen gefördert werden.
   - Wiederholte und deutliche Würdigung der Lebensleistungen in der Öffentlichkeit und der Arbeits- und Sozialpolitik (etwa bei Lohnfindung und Renten- und Arbeitsmarktpolitik).
5. Mut machende sowie Furcht und Unbehagen abbauende Maßnahmen können Entfremdete erreichen und deren Demokratieauffassung verändern. Konkrete Maßnahmen könnten sein:
   - Wahlversprechen umsetzen (und evtl. Erreichtes als Erfolg beschreiben). Im Falle erfolgreicher Umsetzungen von Wahlversprechen sollte dabei nicht nur einzelnen politischen Akteur_innen, sondern auch dem demokratischen System und dessen Funktionsfähigkeit zugeschrieben werden.
   - Sollten politische Instrumente nicht wirken oder gar zu Verschlechterungen führen, müssen Positions- und Politikwechsel im politischen Prozess ohne ‚Gesichtsverlust' möglich sein.

- Zukunftsmodell anbieten und eine Utopie zulassen, kann in der politischen Praxis die Formulierung von Visionen, wie Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Europäische Einigung auf abstraktem Niveau bedeuten. Die Diskussion um die Grundsatzfrage, wie die Gesellschaft gestaltet werden soll, fördern – z. B. wie soll Gesellschaft angesichts des technischen Fortschritts und der (digitalen) Globalisierung der Ökonomie und Politik, was vielfach Unbehagen erzeugt, gestaltet werden? Politische Parteien sollten sich dazu positionieren bzw. vorangehen und dadurch politisch unterscheidbar werden. Ihrem Verfassungsauftrag folgend, „an der politischen Willensbildung mit[zuwirken]“ (Artikel 21, Abs. 1, GG), sollten sie vor allem eigene grundsätzliche Vorstellungen von der demokratischen Gesellschaft entwickeln und präsentieren. Parteien dürfen nicht nur, sie sollten (auch ethische) Orientierungsangebote machen.
- Öffentlich sichtbares Wahrnehmen (und Vertreten) der Interessen bisher ignorierter gesellschaftlicher Gruppen. Dies bedeutet auch die Nennung bzw. Berücksichtigung dieser Interessen bei der Umsetzung von politischen Maßnahmen.

6.1.2 Ziele und Empfehlungen für demokratiedistanzierte Gruppen

6.1.2.1 Gruppenspezifische Zielformulierungen für demokratiedistanzierte Gruppen

Der Formulierung konkreter Handlungs- und Maßnahmenempfehlung muss eine Vorstellung davon zur Seite gestellt werden, was für die jeweiligen Gruppen erreicht werden soll. Im Sinne der Stabilisierung, Stärkung und Weiterentwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik und im speziellen Falle in Marzahn-Hellersdorf sind für die verschiedenen Typen unterschiedliche Ziele zu formulieren jenseits des Zieles, die Demokratiedistanz überhaupt zu überwinden.

Die Zielstellung bei *Demokratiegleichgültigen* liegt, anders als bei Entfremdeten, in der Neugewinnung dieser Menschen für Demokratie und Politik, für das Gemeinwesen, das auch sie, jedoch unbewusst durch ihre Leben mit bilden. Eine Aktivierung dieser Menschen, die in erster Linie eine Bewusstseinsbildung bedeutete, trüge zu einer erheblichen Stärkung der Demokratie bei. Dabei ist es wichtig, ein „Überlaufen“ der Gleichgültigen zu antidemokratischen Tendenzen, die niemals „selbstverständlich“ werden dürfen, zu verhindern.

Bei rigiden *Demokratieverdrossenen/-skeptischen* gilt es einerseits zu versuchen, in jungen Generationen und Alterskohorten möglichst wenig rigides Denken zu prägen. Andererseits muss der stete Versuch unternommen werden, zumindest langfristig rigide Skeptische für die Demokratie zu gewinnen und begeistern. Kurzfristig muss der Eindruck verhindert werden, menschenfeindliche Aggressionen seien normal und erlaubt, als seien sie „normale“ Meinungen neben anderen im demokratischen Meinungswettbewerb. Zu verhindern gilt es, dass sich spontane, noch unsortierte affektive

antidemokratische Positionierungen und Handlungsweisen bei Skeptischen in einem geronnenen Weltbild und in der Etablierung in einer erfolgreichen Bewegung oder Partei verfestigen und verstärken.

Ziel bei der Bekämpfung von *Demokratiefeindlichkeit* ist die kulturelle, diskursive, materielle, organisatorische und personelle Isolierung. Zugleich ist ein Schutz der Bevölkerung vor Einschüchterung, Drohung und Gewalt durch das demokratische Gemeinwesen zu gewährleisten.

Tabelle 7 veranschaulicht im Überblick die entsprechenden Zielstellungen einer Demokratieförderung:

Tabelle 7: Gruppenspezifische Zielformulierungen

Gleichgültige	**Rigide Verdrossene**	**Feind_innen**
Für Demokratie und Politik gewinnen	Dürfen nicht das Gefühl haben, jetzt können sie endlich offen und hemmungslos Aggression ausleben	Ächtung und Isolierung der Demokratiefeindlichkeit im Sinne der kulturellen Hegemonie
Für Verteidigung und Stärkung der Demokratie gewinnen	Verfestigung eines antidemokratischen Verhaltens verhindern	Schutz der Bevölkerung vor Einschüchterung, Drohung und Gewalt
Ein Überlaufen zu antidemokratischen Tendenzen verhindern	Langfristig für demokratisches Verhalten gewinnen	Vernetzung und Organisierung stören/verhindern

6.1.2.2 Gruppenspezifische Handlungsempfehlungen für demokratiedistanzierte Gruppen

Aus den Zielformulierungen und den theoretischen Bestimmungen der Typen lassen sich nunmehr Handlungsempfehlungen ableiten. Tabelle 8 gibt einen Überblick über mögliche Maßnahmen:

Tabelle 8: Gruppenspezifische Handlungsempfehlungen

Gleichgültige	**Rigide Verdrossene**	**Feind_innen**
- Demokratie muss allgemein als die geltende Norm in allen Bereichen gelten - Beibehaltung/Schaffung einer menschenfreundlichen, demokratischen kulturellen Hegemonie - Demokrat_innen sollten sich keine menschenfeindlichen Argumente zu eigen machen und öffentlich wiederholen	- berechtigte Hoffnung geben - Anti-Angstpolitik im SoWi-Bereich - Abstiegsängste bekämpfen - Leiderfahrung wahr-u. ernstnehmen - Kränkungen vermeiden - Artikulation/Erzählen ermöglichen - Vereinsamung bekämpfen - Demokratische kulturelle Hegemonie	- als inakzeptabel, unwählbar, unmoralisch etc. öffentlich entlarven - öffentlich, politisch, strukturell etc. isolieren - Nicht salonfähig werden lassen - Gegen demokratiegefährdende Aktivitäten, Gewalt, Terrorismus konsequent das Gewaltmonopol des demokratischen Staates wirken lassen

- Sensibles Agenda-Setting - Sichtbarkeit der demokratischen Parteien im Alltag, im öffentlichen Raum; keine demokratiefreien Räume dulden - Sprachliche Achtsamkeit, ohne Menschen anzugreifen - Antidemokratisches Gedankengut glaubhaft ächten - Keine Scheu bei Entlarvung antidemokratischer Argumente - Bildung und Werbung für Vorteile der Demokratie	- Ächtung demokratiefeindlicher Aussagen/Aktivitäten im öffentlichen Raum - Sicherheitsgefühl erhöhen: aufklärerische Öffentlichkeitsarbeit, konkret Maßnahmen in SoWi, Stadtentwicklung etc. - Ächtung Selbstjustiz und Bürgerwehren; demonstrative Verteidigung Gewaltmonopol - öffentliche Wertschätzung demokratiefördernder Akteure - Psychische Projektionsprozesse stören durch thematische Umlenkung - Werbung für Vorteile der Demokratie	- Problembewusstsein erhöhen - Aussteigerprogramme ermöglichen

Politischen Entscheider_innen und demokratieaktiven Akteur_innen der Zivilgesellschaft lassen sich folgende priorisierte Handlungsempfehlungen, die in Tabelle 8 aufgeführt sind, anheimstellen. Diese Empfehlungen wurden, neben der Berücksichtigung von Erfahrungen der „Bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf – Polis*“, auch in Austausch und Zusammenarbeit mit dem Bezirksbürgermeister a. D. von Marzahn-Hellersdorfer, Stefan Komoß, entwickelt. Somit basieren sie sowohl auf theoretischen Überlegungen und bisherigem Kenntnisstand des Forschungsprojektes „Demokratieferne Einstellungen in einer Kommune. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf“ als auch auf Erfahrungen der bezirklichen Praxis:

Gleichgültige

1. Demokratie muss als geltende Norm in allen Gesellschaftsbereichen gelten. Dies kann deutlich gemacht werden durch:
   - Bezug der Demokratie zu Werten wie Menschenrechten.
   - Benennen von Erfolgen demokratischer Systeme wie Wandlungsfähigkeit durch Wahlen, Gleichstellung der Frauen, friedliche Lösung von Konflikten, relative gesellschaftlich und ökonomische Stabilität u. a.
   - Möglichst häufige Sichtbarkeit demokratischer Parteien, Vereine und Einzelpersonen im öffentlichen Straßenbild. Wichtig sind dabei Stände, Demonstrationen und Veranstaltungen.
2. Die Demokratie und die Demokrat_innen dürfen und müssen sich verteidigungsbereit geben. Dies kann passieren durch:
   - Glaubhafte Ächtung antidemokratischen Gedankenguts (z. B. seitens öffentlicher ‚Autoritäten’, durch öffentliche Veranstaltungen/Aktionen gegen Demokratiefeindlichkeit und für Demokratie und Menschlichkeit). In Marzahn-Hellersdorf hat sich das bezirkliche **Bündnis für Demokratie und Toleranz** zu einem wichtigen Knotenpunkt zivilgesellschaftlichen Enga-

gements im öffentlichen Raum entwickelt und sollte stärkere, auch finanzielle aber auch mediale Unterstützung erhalten.

- Die Entlarvung antidemokratischer Argumente: Hier sollten öffentlich-rechtliche Medien selbstkritisch ihre Berichterstattung permanent hinterfragen. Parteilichkeit für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit ist im Sinne des Auftrages öffentlicher Medien. Dabei ist auf einfache und verständliche Sprache zu achten. Je nach Situation können klare Äußerungen, etwa die Entlarvung antidemokratischer Propaganda als „Unwahrheit“ oder „bewusste Lüge“, manchmal wirksamer sein als zu komplexe Argumentationen. Die Auseinandersetzung in der (Medien-)Öffentlichkeit kann je nach Situation angebracht sein. Es ist jedoch immer darauf zu achten, gut inhaltlich vorbereitet zu sein. Häufig genügen Sachargumente gegen geschulte Antidemokrat_innen nicht, da diese mit Emotionen und Affekten arbeiten – das sachliche Argument ist häufig nur Dekoration.
- Medienvertreter_innen sollten darüber reflektieren, ob eine unverhältnismäßige permanente Präsenz antidemokratischer/menschenfeindlicher Positionen in den Leitmedien vermieden werden sollte. Eine hohe Präsenz menschenfeindlicher Positionen, die sogar unter Verdacht stehen, verfassungsfeindlich zu sein (etwa Verächtlichmachung einer bestimmten Religionsgruppe, Forderungen nach bewaffneten Bürgerwehren, rassentheoretische Argumentationen etc.), führt zu dem Eindruck, diese Positionen seien ‚normal’, ‚zeitgemäß’, ‚salonfähig’, mit dem Grundgesetz vereinbar etc. Hohe Präsenz erzeugt falsche Normalität. Demokratische Medienmacher_innen sollten den ständigen Austausch mit der Wissenschaft (Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Sozialwissenschaft etc.) nicht scheuen, um häufig kodierte Äußerungen erkennen zu können. Dies gilt umgekehrt auch für die Wissenschaft. → Medien und politische Parteien haben eine Verantwortung in der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung, daher ist ein sensibles Agenda Setting anzuempfehlen.
- Medien und politische Parteien sowie weitere öffentlich wirksame Akteur_innen sollten sich antidemokratische ‚Themen’ und Argumente nicht zu eigen machen und daher salonfähig werden lassen. In einer „wehrhaften“ Demokratie ist all jenes nicht zulässig, was gegen Artikel 1 GG, gegen die Menschenwürde, verstößt.
- Auch in anderen gesellschaftlichen Sphären, bspw. an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürger_innen, müssen Grundformen respektvollen und emphatischen Umgangs eingehalten werden, um eine Normalisierung der Menschenfeindlichkeit zu verhindern.

3. Demokrat_innen müssen ihre eigenen Verhaltensweisen kritisch überprüfen und eine demokratiegerechte Verhaltensweise zeigen. Dazu gehört:

- Sprachliche Achtsamkeit im eigenen Auftreten. Deutliche Aussprache ist zulässig und gewünscht, Menschen individuell anzugreifen ist tabu.
- Die Schaffung einer demokratischen kulturellen Hegemonie kann mit demokratischen Partner_innen in der Gesellschaft besser gelingen, als in einer nur auf politische Auseinandersetzung im engeren Sinne begrenzten Thematik.
- Deutlich höhere Präsenz demokratischer Akteur_innen (demokratische Parteien, Gewerkschaften, etc.) im öffentlichen Alltagsraum.

4. Neue Formen der politischen Bürger_innenbildung entwickeln bzw. methodische Ansätze der Wissenschaft zur Kenntnis nehmen und umsetzen.
   - Politische Demokratiebildung sollte verdeutlichen, dass auch der Alltag etwas mit politischen Vorgängen zu tun hat. Andererseits sollte aktive Politik durch ihr Handeln auch zeigen, dass sie wirksam im Sinne einer spürbaren Verbesserung von Lebensumständen ist.
   - Empathiefähigkeit in allen Altersgruppen fördern und entwickeln helfen.

Rigide Verdrossene

1. Diese Gruppe kann vorrangig durch konkrete politische Maßnahmen zur Beseitigung von Furcht und Ängsten sowie die Erhöhung des Wohlbefindens im Sinne der Demokratie erreicht werden:
   - Stabilisierung sozialer Sicherungsmaßnahmen und Versprechen der Auszahlung zugesagter Leistungen. Konkrete Maßnahmen im Bereich Arbeitsmarkt- und Sozial- sowie Rentenpolitik sollten eher ein Sicherheitsgefühl stützen, statt Unsicherheit und Abstiegsangst erzeugen.
   - Grundsätzlich sollte für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung gelten: Statt Drohung: Förderung und Zuhören.
   - Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum wahrnehmbar erhöhen. Dazu können ggf. Maßnahmen polizeilicher Präsenz gehören. Polizeiliche Präsenz sollte aber nicht das Gefühl, überwacht zu werden, verstärken, oder durch Bewaffnung das Gefühl von gesellschaftlicher Instabilität wecken. Insofern sollte die Polizei als eine Art individuelle Kiezakteurin erscheinen, weniger als Repressionsakteurin. Aber auch vermeintlich ‚unpolitische' Maßnahmen des Wohnumfeldes, wie bspw. die Verbesserung der Straßenbeleuchtung, kann das Sicherheitsgefühl erhöhen.
   - Niedrigschwelliger Zugang zu Verwaltung und Politik, um Ängste und Sorgen formulieren zu können und Abhilfe individuell zu schaffen. Dies bedeutet etwa regelmäßige Bürger_innensprechstunden, Bürger_innenversammlungen oder die Öffnung von Kommunikationswegen in sozialen Medien.

- Auf den Wunsch der einzelnen Bürger_innen muss in der öffentlichen Verwaltung stärker eingegangen werden.
- Dazu gehört eine Neuordnung der Zeitressourcen in der öffentlichen Verwaltung, etwa im Bürgeramt, Jobcenter, Ausländerbehörde und anderen öffentlichen Ämtern. Dazu gehört auch eine stärkere Schulung der Mitarbeiter_innen im Bereich empathische Kommunikation. Dies sollte zu einem entscheidenden Einstellungskriterium bei Neueinstellungen von Mitarbeiter_innen angehoben werden.
- Konkrete Maßnahmen der Stadtentwicklung im Sozialraum unter stärkerer Partizipation der Bevölkerung: Das Wohlbefinden der Bürger_innen kann auch durch Maßnahmen im Bereich der Stadtentwicklung erhöht werden.
- Projekte entwickeln bzw. vorhandene Projekte unterstützen (etwa durch Entfristungen von Laufzeiten), die vor Ort im Sozialraum Menschen als Individuen begegnen, biografische Hintergründe und Leiderfahrungen wahr- und ernstnehmen sowie individuell ermutigend wirken. Es werden Institutionen und Projekte benötigt, die Individuen Artikulation und Erzählen in einem nicht aggressiven Erzählraum ermöglichen.
- Klassische bezirkliche Bürgerinformationsveranstaltungen etwa zu ‚Reizthemen' wie Eröffnung von Flüchtlingsunterkünften sind eher zu vermeiden, da sie einen aggressiven Erzählraum schaffen, der zugleich individuelle emotionale Artikulation nicht ermöglicht, sondern schlicht kollektive Aggressivität, die im seelischen Sinne keine Erleichterung bringt, sondern Aggression stattdessen salonfähig macht. Die Ursachen von Aggressionen können in solchen Formaten nicht bestimmt und beseitigt werden.
- Psychische Projektionsprozesse, die durch ‚Reizthemen' und das Präsentieren leicht angreifbarer ‚Zielscheiben' der Wut (Frauen, Religionsgruppen, Arbeitslose, Flüchtlinge etc.) befördert werden, sollten durch thematische Umlenkungen gestört werden. Projektionsprozesse sind insbesondere bei Unbehagen und Aggression gefährlich für eine demokratische Gesellschaft.
- Politische Parteien und mediale Akteur_innen sollten in der öffentlichen politischen Debatte nicht den Eindruck erwecken, die offen gegen Menschen gerichtete Aggression sei die Normalität unserer Zeit, indem sie auf jeden aggressiven Angriff mit Sachargumenten zu antworten suchen. Dies lässt Aggression als gerechtfertigt erscheinen. Auch die Medienberichterstattung sollte neue Schwerpunkte setzen weg von sensationalistischer Aggressionsberichterstattung (ausufernde Berichte über „Pegida", „U-Bahn-Treter" von Neukölln, „Flüchtlinge zünden einen Obdachlosen an" etc.). Freilich sollte in der Berichterstattung offen ausgetragene Aggression und gesellschaftliche Konflikte problematisiert werden. Zugleich indes sind in der Gesellschaft auch andere, Emotionen der zwischenmenschli-

chen Zuneigung und Empathie politisch wirksam. Beispiele demokratischer Konfliktlösungen sind bisher in der öffentlichen Berichterstattung nicht ausreichend dargestellt worden.

2. Die Ächtung demokratiefeindlicher Aussagen und Aktivitäten.
   - Von rigiden Verdrossenen kann eine Distanzierung von antidemokratischen Aussagen und Aktivitäten eingefordert werden.
   - Der öffentliche Raum sollte nicht von antidemokratischen Akteur_innen permanent besetzt werden. Konkret ließe sich auch im Bereich der politischen Demonstrationen und Veranstaltungen auf Straßen und Plätzen handeln.
   - Ächtung von Gewalt, Selbstjustiz und Bürgerwehren: Demokratische Konfliktlösungen als einzige Möglichkeit zulassen.
   - Positive Würdigung der demokratischen Verfassung und der Abgrenzung von demokratiefernen und -feindlichen Systemen.
   - Aufklärerische Öffentlichkeitsarbeit der hierfür relevanten Akteur_innen kann zu einem demokratischen gesellschaftlichen Klima erheblich beitragen.
3. Persönliche Kränkungen vermeiden.
   - Biografisch akkumulierte Kränkungen müssen im Gespräch aufgearbeitet werden.
   - Kränkungen, die durch eine verfehlte Renten-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (Nichtanerkennung von Abschlüssen, Lebensleistungen, Berufserfahrungen etc.) verursacht wurden, sind als langfristige Maßnahme durch ein Umsteuern in Richtung Wertschätzung vermeidbar.
   - In der öffentlichen Kommunikation, die ‚Vorbildfunktion' besitzt, sind bei Konfliktdarstellungen persönliche Kränkungen zu vermeiden.
   - Mediale, fast selbstverständlich gewordene Verächtlichmachung von Bevölkerungsgruppen (z. B. „die Ostdeutschen") oder ganzen Stadtteilen (z. B. „Tatort Marzahn-Hellersdorf") können als permanente Beleidigung aufgefasst werden und wirken sich negativ auf das Wohlbefinden der betroffenen Menschen aus. Grundsätzlich sollte in der öffentlichen, vor allem medialen Kommunikation auf Pauschalurteile über Gruppen, Regionen, Berufsgruppen, Religionsgemeinschaften, Geschlechter etc. dringend verzichtet werden, da sie zum einen Beleidigungen sind und zum anderen das (undemokratische) Denken in Pauschalvorurteilen fördern.

Feind_innen

1. Die Feind_innen der Demokratie müssen deutlich als inakzeptabel, unmoralisch und deren Parteien als unwählbar bezeichnet werden. Das kann bedeuten:

- Permanente öffentliche Abgrenzung zu Demokratiefeinden: als außerhalb der Demokratie stehend und als verfassungsfeindlich benennen – auch konkret benennen, was Verfassungsfeindlichkeit im Detail bedeutet (Bekämpfung des Prinzips der Menschenwürde, Gleichheitsprinzip und Religionsfreiheit infrage stellen, etc.)
- Menschenfeindlichkeit darf nicht durch öffentliche Akteur_innen salonfähig werden. Dies bestätigt Demokratiefeind_innen und rechtfertigt aus deren Sicht weitere Aktivitäten, da sie sich als diejenige Avantgarde verstehen, die den ‚Willen des Volkes' in die Tat umsetzt.

2. Deutlich machen, dass Feind_innen der Demokratie gewaltbereite Straftäter_innen, Feind_innen der Menschlichkeit und grundsätzlich eine virulent-signifikante Gefahr des demokratischen Gemeinwesens sind:
   - Gegen demokratiegefährdende Aktivitäten, Propaganda, Gewalt, Terrorismus etc. konsequent das Gewaltmonopol des demokratischen Staates wirken lassen. Konsequente Verfolgung terroristischer Aktivitäten (bspw. NSU-Netzwerk).
   - Opfer bzw. Personen, die als Angriffsziel gesehen werden, durch das staatliche Gewaltmonopol vor menschenfeindlichen Angriffen schützen. Sensibilität gegenüber Opfern bei staatlichen Behörden erhöhen.
   - Erfassen und Veröffentlichen der Taten der Demokratiefeind_innen. Dabei sollten die schweren Straftaten gegen Menschen im Vordergrund der Darstellung stehen. Eine Verharmlosung sollte bei Behörden und Medienberichterstattung nicht (mehr) möglich sein.
   - Demokratiefeindlichkeit auch in staatlichen bzw. öffentlichen Einrichtungen erforschen, wahrnehmen und Gegenmaßnahmen einleiten. Gleiches gilt für Aufträge der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen. Menschenfeindliche Akteur_innen können auch ökonomisch isoliert werden.
   - Wahrnehmung des rechtsextremen Terrorismus als ein echtes staats- und gesellschaftsgefährdendes Phänomen schärfen.
   - Konsequente polizeiliche Ermittlungen bei Straftaten der Demokratiefeind_innen.

3. Die Demokratiefeind_innen mit politischen Angeboten zu erreichen, ist schwierig. Dennoch ist es möglich und sollte unterstützt werden. Wichtig ist hierbei die Förderung von Aussteigerprogrammen und der Zugang für ausstiegswillige Gruppenmitglieder.
   - Bei Bekämpfung und Prävention antidemokratischer, menschenfeindlicher Phänomene, Strukturen etc. sollten Medien, Verwaltung und parteipolitische Akteur_innen stärker die Erkenntnisse der Wissenschaft zur Kenntnis nehmen.

7 Empfehlungen zur Zielgruppe der Jugendlichen

Auch wenn nur etwa ein Fünftel der mit dem Fragebogen befragten Jugendlichen bereits wahlberechtigt ist, können aus der laufenden Untersuchung erste Empfehlungen an die Politik gegeben werden. Im Folgenden werden Empfehlungen aufgelistet, begründet und gegebenenfalls konkretisiert.

7.1 Jugendliche für Politik interessieren und Einflussmöglichkeiten aufzeigen

39,0 % der Befragten sind politisch desinteressiert[50] und viele Kinder und Jugendliche halten sich selbst im Themenfeld Politik nicht für besonders kompetent, bzw. Politik für zu kompliziert.[51] Gleichzeitig schätzt fast die Hälfte der Befragten (46,3 %) die eigenen Einflussmöglichkeiten auf die Politik als (sehr) gering ein.[52]

Vor dem Hintergrund, dass Erfolgsaussicht bei Engagement für über die Hälfte der Jugendlichen ein wichtiger Motor ist,[53] sollten junge Menschen erleben können, dass sie Möglichkeiten haben, Einfluss auf Politik zu nehmen.

Um bei Jugendlichen mehr Interesse für Politik zu wecken, ist es nötig, die Lebenssituation der Zielgruppe und daraus resultierende Interessen und Bedürfnisse zu berücksichtigen. Hier kann es möglicherweise sinnvoll sein, wenn Vertreter_innen aus der Politik direkt auf Jugendliche zugehen (z. B. eine Bürger_innensprechstunde in JFE für die dortigen Besucher_innen), da von politisch desinteressierten jungen Menschen, die zudem (nach eigenen Angaben) kaum etwas von Politik verstehen, kaum zu erwarten sein kann, dass sie selbst mit ihren Ideen, Sorgen und Wünschen an die Politik herantreten.

Das Interesse für Politik zu wecken, ist aber auch eine Bildungsaufgabe (innerhalb und außerhalb der Schule), der sich die in diesem Bereich Tätigen (z. B. Lehrer_innen, Sozialpädagog_innen, Erzieher_innen) bewusst sein sollten, denen aber auch entsprechende Ressourcen zu Verfügung stehen müssen (ausreichende Personaldecke, Weiterbildugsmöglichkeiten, etc.), dieser Verantwortung nachzukommen.

---

[50] Die Antworten „wenig“ und „überhaupt nicht“ auf die Frage „Wie stark interessierst du dich für Politik?“ wurden hier zusammengefasst. Dagegen antworteten 9,8% mit „sehr stark“ und 14,6 % mit „stark“. Ein gutes Drittel (34,1 %) gibt an, sich „mittel“ für Politik zu interessieren.

[51] Ein gutes Politikverständnis (hohe und sehr hohe Zustimmung zusammengefasst) haben nach Selbsteinschätzung nur 9,8 % wohingegen 39,1 % ein schlechtes Politikverständnis haben (die beiden niedrigsten Zustimmungswerte der 6-stufigen Skala zusammengefasst). Fast die Hälfte (46,3 %, Zusammenfassung der beiden höchsten Zustimmungsmöglichkeiten) hält Politik für zu kompliziert.

[52] Die beiden höchsten Zustimmungsmöglichkeiten auf das Item „Ich kann eh keinen Einfluss auf die Politik nehmen.“ zusammengefasst.

[53] Vgl. Kapitel 3.6 Engagement der Befragten.

7.2 Anerkennung für Engagement

Das Engagement von Jugendlichen anzuerkennen und ihnen deutlich zu machen, dass auch scheinbar kleinere oder wenig spektakuläre Handlungen (z. B. Wände der JFE streichen, Sportgruppe leiten, Nachbarschaftshilfe etc.) anerkennens- und lohnenswertes Engagement sind, hängt eng mit dem Aufzeigen von Einflussmöglichkeiten zusammen. Nur einem knappen Viertel der Befragten (24,4 %) ist Engagement (sehr) wichtig und knapp die Hälfte der Befragten lassen das Feld, für wen oder was sie sich engagieren, leer oder sagen, dass sie sich für nichts einsetzen. Aus den Gesprächen mit den Mitarbeiter_innen der besuchten Einrichtungen wurde aber deutlich, dass die Besucher_innen große Partizipationsmöglichkeiten in den JFE haben und sich hier viele auch tatsächlich engagieren. Die Herausforderung für diese Mitarbeiter_innen und für Vertreter_innen aus der Politik wird es sein, jungen Menschen aufzuzeigen, dass auch solches Engagement wichtig ist und das Zusammenleben in einer Gesellschaft beeinflusst. Aus der positiven Erfahrung können Jugendliche potentiell Motivation für weiteres Engagement ziehen.

7.3 Klare Position gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Haltungen und Handlungen beziehen

Es konnten in den JFE kaum eindeutige Demokratiefeinde identifiziert werden. Dies kann auch auf die Hausordnungen der Einrichtungen zurückgeführt werden, die demokratiefeindliches Sprechen und Handeln explizit oder implizit nicht tolerieren (auch weil es den Zielen und Aufgaben der Jugendarbeit widersprechen würde). Entsprechende Vorkommnisse werden durch die Mitarbeiter_innen thematisiert und gegebenenfalls sanktioniert[54].

Der Erfolg dieser Strategie zeigt sich auch in den Partei-Präferenzen der Jugendlichen. Kein_e Jugendliche_r gab auf die Frage, welche Partei er_sie wählen würde, die NPD oder eine andere eindeutig rechtsextreme Partei/Gruppierung an.[55] Auch wenn 12,2 % der Befragten der AfD ihre Stimme geben würden, ist der Anteil potentieller AfD-Wähler_innen unter den Befragten deutlich geringer, als unter den Wähler_innen im Bezirks MaHe bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur BVV im Herbst 2016.

Dennoch kann hier nicht Entwarnung gegeben werden. Die meist als rechtspopulistisch eingestufte AfD ist die zweitbeliebteste Partei unter den Besucher_innen der JFE und auf die Frage, was sie wütend mache (offene Frage), nannten vier Jugendliche Flüchtlinge, drei Angela Merkel[56] und eine_r Homosexuelle.

---

[54] Vgl. Ausführungen zu Differenzierung der Demokratiedistanzierten, v. a. zu Demokratiefeid_innen in Kapitel 5.4 Typologie der Demokratiedistanz/ -ferne.

[55] Allerdings war die NPD auch nicht direkt aufgeführt. Die Befragten hatten aber die Möglichkeit, anzukreuzen, dass sie eine andere Partei wählen würden und diese auch anzugeben.

[56] Es ist anzunehmen, dass auf die Haltung der Bundeskanzlerin zur Flüchtlingspolitik angespielt wird und nicht auf Merkel als Person oder Vertreterin der CDU.

7.4 Optimistische Zukunftshaltung und positives Haltung zur Lebenssituation der Jugendlichen erhalten, stärken und nutzen

Fast zwei Drittel der Befragten schätzen ihre Zukunftschancen als gut ein. Über die Hälfte der Jugendliche gibt an, dass es ihnen in MaHe gut oder sehr gut gefällt und mehr als Dreiviertel schätzt ihr Haushaltseinkommen als sehr gut bis (noch) ausreichend ein. Unter diesen Voraussetzungen kann davon ausgegangen werden, dass die Befragten ein positives Lebensgefühl haben und insgesamt mit ihrer Lebenssituation zufrieden sind. Das ist zwar noch kein Garant dafür, dass Jugendliche sich nicht demokratiefeindlichen Haltungen zuwenden, aber sie suchen möglicherweise nicht aus Unzufriedenheit nach einfachen Lösungen und Sündenböcken oder resignieren. Damit es gelingt, mehr Jugendliche für eine aktive Partizipation an der Demokratie und einer Bejahung dieser zu gewinnen, ist es wichtig, dass diese positive und optimistische Haltung nicht enttäuscht wird. So ist jede Form von Bildung (schulisch, außerschulisch, beruflich) wichtig, um positive Zukunftsversprechen auch einzulösen. Um dazu beizutragen, dass sich junge Menschen vor Ort (weiterhin) wohlfühlen, können auch (kostenfreie/-arme) Freizeitmöglichkeiten beitragen. Zudem kann Kindern und Jugendlichen, die sich im Bezirk wohlfühlen, gezeigt werden, dass auch ihr Handeln Einfluss hat (z. B. Gestaltung von Sportanlagen unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen). Trotz der optimistischen Haltung und Lebenssituation dürfen sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche oder junge Menschen in schwierigen Lebenssituationen nicht aus dem Blick geraten. Die Erfahrung (oder Beobachtung), bei Bedarf Unterstützung zu bekommen, kann auch dazu beitragen, Jugendliche für Demokratie und Politik zu interessieren.

7.5 Mehr Nähe zu Demokratie herstellen

Eine zentrale Aufgabe für die Politik ist es, bei jungen Menschen mehr Demokratieaffinität herzustellen. Auch wenn das aktuelle Forschungsvorhaben noch am Anfang steht und das ausgewertete Sample noch zu klein ist, fällt der hohe Anteil an Demokratiedistanzierten unter den bisher Befragten auf. Auch der Anteil an Kindern und Jugendlichen, die keiner Partei ihre Stimme geben würden, ist mit fast einem Viertel ziemlich hoch.[57]

Es wird Aufgabe der Politik aber auch der schulischen und außerschulischen Bildung sein, jungen Menschen Vorteile von Demokratie und ihren individuellen, persönlichen Anteil (also Einfluss- und Beteiligungsmöglichkeiten) aufzuzeigen. Dabei kann z. B. die optimistische Haltung bezüglich der Zukunftschancen und das positive Lebensgefühl

[57] Der Anteil der Nichtwähler_innen bei den Wahlen zur BVV und zum Abgeordnetenhaus im September 2016 lag zwar noch höher, aber (vgl. Kapitel 4.2 Wahlergebnisse in Marzahn-Hellersdorf) ein Vergleich ist hier nur bedingt möglich. Die Wähler_innen hatten neben dem Entscheidungsprozess auch den Aufwand des Wählen-Gehens zu bewältigen. Diesen Aufwand hatten die Befragten nicht.

der Befragten genutzt werden, um zu demonstrieren, welche Rolle Demokratie für die Lebenssituation der jungen Menschen spielt.

An dieser Stelle soll die wichtige Position der JFE für die geschilderten Aufgaben betont werden. Wie in den diesbezüglichen Ausführungen geschildert, sind JFE auch Orte des Demokratie-Lernens und die befragten Mitarbeiter_innen zeigen sich hier sehr engagiert.[58] JFE können zudem helfen, soziale Benachteiligung und (demokratische) Bildungsdefizite ein Stück weit aufzufangen und abzubauen. Auf die Frage, welche Einrichtungen sie im Bezirk nutzen, geben 22 von 41 Personen die konkrete JFE an, in der die Befragung stattgefunden hat. Drei weitere nennen JFE allgemein. In den meisten Fällen ist die genannte Einrichtung die einzige Nennung. „Ihre“ JFE scheint also auch den Kindern und Jugendlichen ein wichtiger Ort zu sein. Demokratie-Lernen, das Interesse für Politik und die Bereitschaft für Engagement zu fördern, sind keine einfachen und kurzfristigen Aufgaben und die wichtige Rolle von JFE sollte seitens der Politik gewürdigt werden (z. B. durch längerfristige Finanzierungen, ausreichend Fachpersonal).

[58] So bemühen sie sich z. B. um die aktive Einbindung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in die Einrichtungen, um diesen einerseits die Chance zu bieten, von den Angeboten der JFE zu profitieren und anderseits um angestammten Besucher_innen Begegnungsmöglichkeiten zu bieten und so zum Abbau von Berührungsängsten und Ressentiments, die durch rechte Propaganda geschürt wurden/werden, beizutragen.

8 Empfehlungen zu politischen Schwerpunkten

1. Die Politik muss sich stärker Fragen der sozialen Gerechtigkeit annehmen. Das ergibt sich aus einer Reihe von Analysen der politischen Meinungsforschung und wird deutlich in folgendem Zitat:

   > *„Je unsicherer die sozialen Verhältnisse im Stadtteil oder Stimmbezirk, also je höher die Arbeitslosenquote, je schlechter das Wohnumfeld, je geringer das formale Bildungsniveau und die Kaufkraft der Haushalte, desto niedriger fällt die Wahlbeteiligung aus.“ (Schäfer u. a. 2013, S. 10)*

   Würde man nur mangelnde Ressourcen und Bildungsferne als Ursachen für Politikverdrossenheit und Demokratiedistanz verantwortlich machen, wie dies vielfach getan wird, dann wäre das viel zu kurz gegriffen. Denn offenbar hat die Demokratie in Deutschland wichtige Sicherungsversprechen nicht eingehalten, viele Menschen fühlen sich durch traditionelle politische oder gesellschaftliche Institutionen wie Parteien oder Gewerkschaften nicht mehr ausreichend vertreten.

   > *„Der Staat hat aus Sicht der Bevölkerung eine zentrale Aufgabe bei der Absicherung sozialer Risiken und insbesondere der Verminderung sozialer Schieflagen… Wenn die Auffassung dominant wird, dass der Staat diese Aufgabe nicht erfüllt, wenden sich viele Menschen ab und zeigen sich der Politik überdrüssig oder sogar distanziert gegenüber der Demokratie selbst.“ (Embacher 2009, S. 11)*

2. Deshalb ist es von großer Bedeutung, das Vertrauen in das Sicherungsversprechen der Politik wiederherzustellen. Damit könnte man arbeitende Menschen und die Ostdeutschen, die wirtschaftlich abgehängt sind oder sich so fühlen, möglicherweise wieder gewinnen, die überdurchschnittlich unter den von den Volksparteien nicht Erreichbaren vertreten sind. Noch ist es nicht zu spät, denn zentrale Grundwerte der demokratischen Gesellschaft und die Werte des Grundgesetzes genießen nach wie vor große Zustimmung (Embacher 2015). Wichtig ist dabei, dass sich die politischen Diskurse stärker mit der Lebensrealität der breiten Masse der Bevölkerung befassen.

3. In der Lebenssituation der Mitte der Gesellschaft werden Stress und Ängste insbesondere hervorgerufen durch (Embacher 2015, S. 7):

   - Doppelbelastung von Frauen durch Beruf und Familie.
   - Bedrohung durch Arbeitslosigkeit.
   - Sorge um finanzielle Absicherung.

   Zu diesen Fragen und Problemen muss die Politik glaubhafte Antworten finden.

4. Folgende politische Themen sollten daher im Vordergrund stehen (Embacher 2015):

   - Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
   - Verbesserung der Bildungschancen für bildungsferne Milieus.
   - Gerechtere Steuerpolitik (und deren Vereinfachung).
   - Der Mindestlohn war Schritt in die richtige Richtung, weitere Maßnahmen zu mehr Bedarfs- und Leistungsgerechtigkeit müssen folgen.
   - Die Politik sollte wieder das Primat über die Wirtschaft erhalten, um diesen Bereich wieder stärker der politischen Gestaltung zuzuführen.

5. Die großen Volksparteien müssen wieder stärker ihren **Markenkern** vertreten und das politische Personal diesen auch verkörpern. Hierbei stehen die SPD für soziale Gerechtigkeit und CDU/CSU für Stabilität und wirtschaftliche Kompetenz. Damit könnte die Bindungskraft der Volksparteien wieder gestärkt werden (Stocker 2014).

6. Die Positionen müssen hierbei viel grundsätzlicher und **genauer erklärt** werden (Embacher 2015).

7. Besonders notwendig ist dies bei den Themen EU und Inklusion von flüchtenden Menschen:

   Am Beispiel der Euro-Rettung sollte klargemacht werden, dass Deutschland krisengeschüttelte EU-Länder nicht nur mit hohen Geldsummen stützt. Vielmehr profitiert es von der Gemeinschaftswährung und kann günstig exportieren.

   Zum Thema flüchtender Menschen muss die humanitäre Verpflichtung zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen betont werden. Es ist zudem begreiflich zu machen, dass kein Grund zu Sozialneid besteht und soziale Gerechtigkeit für alle ein Grundanliegen ist.

8. Hinsichtlich der - inzwischen wieder etwas nachlassenden - Wahlerfolge von Rechtspopulist_innen müssen **Demokrat_innen und demokratische Parteien zusammenstehen** und zeigen, dass es keine einfachen Lösungen in der Politik gibt. Und schon gar nicht in der Abschottung des eigenen Landes.

9. Im Laufe des Wahlkampfes sollten bevorzugt Formen **direkter Ansprache** gesucht werden, wie Infostände und Hausbesuche, um ausreichend Möglichkeiten zu haben, den Diskurs mit den Bürger_innen führen zu können und Positionen besser zu erklären.

10. Es ist dringend zu empfehlen Wahlkämpfer_innen mit **Argumentationshilfen** auszustatten, insbesondere um auf rechte Parolen adäquat reagieren zu können und diese zu entkräften.

11. In der Studie zur arbeitenden Mitte kommt Embacher (2015, S. 13) zum Schluss, dass zwar die Meinungsfreude ausgeprägt sei, das Wissen über politische Zusammenhänge aber ausbaufähig sei. Diese Beobachtung sollte Anlass geben, in **Politische Bildung** auf allen Ebenen zu intensivieren, um mittelfristig insbesondere wieder mehr junge Leute für das Gemeinwesen zu gewinnen. Hier haben die Parteien und deren Jugendorganisationen als Multiplikator_innen eine besondere Verantwortung. Die Chancen der digitalen, sozialen Medien sind hierbei nutzen. Die Meinungsfreude der Menschen zu politischen Themen kann hierbei als intrinsische Motivation genutzt werden, an sich zu arbeiten, damit die Meinungen fundierter werden.

12. Die Vorstudie zu dem gegenwärtigen Projekt (Bever u. a. 2015) ergab eine Reihe von Themen, die konkret in Marzahn-Hellersdorf zu bearbeiten sind. Dazu gehören:

    - Knappe Kita-Plätze.
    - Zunehmende Verschuldung der Menschen und Bezug von Transferleistungen: viele Menschen können sich Wohnung nicht mehr leisten.
    - Zu viele Schüler_innen verlassen System ohne Abschluss.
    - Übergang Schule-Beruf und Elternarbeit stärken.
    - Interkulturelle Öffnung des Bezirksamts und von Einrichtungen.
    - Alltagsrassismus von Anwohner_innen.
    - Vorurteilsfreie Erziehung und Bildung bereits in Kita und Grundschule.

    Daher sollten im Rahmen der Bestrebungen zur sozialräumlichen Demokratieentwicklung Möglichkeiten und Verfahren entwickelt werden, wie die Bürger_innen stärker an der Formulierung von prioritär zu bearbeitenden Themen beteiligt werden und die Umsetzung begleiten können.

Literaturverzeichnis

Adorno, T. W. und Frenkel-Brunswik, E. und Levinson, D. J. und Sanford, R. N. (1973): Studien zum autoritären Charakter. Suhrkamp, Frankfurt a. M.

Ahbe, T. und Gries, R. und Schmale, W. (Hg.) (2009): Die Ostdeutschen in den Medien: das Bild von den Anderen nach 1990. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig.

Arbeitskreis deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. (2006): Richtlinie für die Befragung von Minderjährigen. Juli 2006. In: ADM e. V. Richtlinien. https://bvm.org/fileadmin/pdf/Recht_Berufskodizes/Richtlinien/RL_2006_Minderjaehriger_D.pdf (Datum des Zugriffs: 31. Mai 2017).

Behling, K. (2015): Die Treuhand: Wie eine Behörde ein ganzes Land abschaffte. Edition Berolina, Berlin.

Berg, F. und Nagelschmidt, M. und Wollmann, H. (1996): Kommunaler Institutionenwandel. Regionale Fallstudien zum ostdeutschen Transformationsprozess. Opladen.

Bever, A. und Brodowski, M. und Henßler, V. und Misbach, E. und Stapf-Finé, H. (2015): Sozialräumliche Demokratieentwicklung. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf. Logos Verlag Berlin GmbH, Berlin.

Biskamp, F. (2017): Im Zwischenraum von Repression und Anerkennung. Über Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus. In: Milbrandt, B. u. a. (Hg.) (2017): Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien. Verlag Barbara Budrich, Opladen.

Brunner, K. und Ebitsch, S. (2017): Von AfD bis Linkspartei – so politisch ist Facebook. 02. Mai 2017. In: Süddeutsche Zeitung. http://www.sueddeutsche.de/politik/politik-auf-facebook-rechte-abschottung-ohne-filterblase-1.3470137 (Datum des Zugriffs: 15. Juni 2017).

Embacher, S. (2015): Die arbeitende Mitte in Ost- und Westdeutschland 25 Jahre nach dem Mauerfall. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Embacher, S. (2009): Demokratie! Nein danke? Demokratieverdruss in Deutschland. Dietz, Bonn.

Engler, W. (2000): Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, 2. Aufl. Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin.

Fromm, E. (1983): Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Dtv, München.

Fuchs, M. (2017): Interview: Provokation als Online-Strategie. 14. März 2017. In: Deutschlandfunk. http://www.deutschlandfunk.de/die-afd-und-die-sozialen-medien-

provokation-als-online.2897.de.html?dram:article_id=381230 (Datum des Zugriffs: 15. Juni 2017).

Fulbrook, M. (2008): Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR. Primus Verlag, Darmstadt.

Gaiser, W. und Hanke, S. und Ott, K. (Hg.) (2016): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015. Dietz Verlag, Bonn.

Gaus, G. (1987): Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung. Deutscher Taschenbuch Verlag, München.

Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) Berlin, §6. http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/schule/Schulkultur/kooperation_schule_jugendhilfe/rechtliche_grundlagen/AG_KJHG_27.04.01.pdf (Datum des Zugriffs: 31.Mai 2015).

Gille, M. (2016): Das Verhältnis junger Menschen zur Politik. Politisches Interesse und weitere Aspekte politischer Involvierung bei Jugendlichen und jungen Erwachsen. In: Gaiser, W. und Hanke, S. und Ott, K. (Hg.) (2016): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015. Dietz Verlag, Bonn.

Gollbach, J. und Liebscher, R. (2017): Jahresbericht 2016. FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf. http://aller-ehren-wert.de/wp-content/uploads/2017/06/FWA_Jahresbericht-2016_30.05.2017.pdf (Datum des Zugriffs: 6. Juni 2017).

Hannemann, R. (2016): Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf. Jahresbericht 2015. https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/artikel.217980.php (Datum des Zugriffs: 29. Mai 2017).

Hannemann, R. (2014): DDR-Oppositionsforschung und Erinnerungsprozesse. Konflikte in und mit einer deutschen Nachkriegsgesellschaft. In: Ernst, C. (Hg.): Geschichte im Dialog. ‚DDR-Zeitzeugen' in Geschichtskultur und Bildungspraxis. Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

Himmelmann, G. und Edelstein, W. (Hg.) und Fauser, P. (Hg.) (2004): Demokratie-Lernen: Was? Warum? Wozu? Beiträge zur Demokratiepädagogik. http://www.pedocs.de/volltexte/2008/216/pdf/Himmelmann.pdf (Datum des Zugriffs: 20. Juni 2017).

Hölig, S. und Hasebrink, U. (2016): Reuters Institute Digital News Survey 2016. Arbeitsblätter des Hans-Bredow-Instituts Nr. 38. https://www.hans-bredow-institut.de/uploads/media/Publikationen/cms/media/3ea6d4fed04865d10ad27b3f98c326d3a0ae6c29.pdf, Juni 2016 (Datum des Zugriffs: 15. Juni 2017).

Kaufmann, M. (2013): Die vergebliche Suche nach dem faulen Arbeitslosen. 24. November 2013. In: spiegel.de. http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/hartz-iv-debatte-wie-die-spd-arbeitslose-als-faul-diffamiert-hat-a-933238.html (Datum des Zugriffs: 29. Mai 2017).

Kollmorgen, R. (2009): Umbruch ohne Revolution? Beitritt statt Transformation? Zur Deutung des ostdeutschen Wandels seit 1989 im mittelosteuropäischen Kontext. In: Berliner Debatte Initial, Heft 20/4, S. 90-103.

Küpper, B. und Zick, A. (2015): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Bundeszentrale für politische Bildung. http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit (Datum des Zugriffs: 20. Juni 2017).

Lambrecht, L. (1999): Demokratie. In: Sandkühler, H. J. (Hg.): Enzyklopädie Philosophie. Bd. 1., Meiner, Hamburg.

Landeswahlleiterin für Berlin: Wahlen zur den Bezirksverordnetenversammlungen 2016. Marzahn-Hellersdorf. In: Wahlen-Berlin.de. https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/be2016/afspraes/bvv/uebersicht_listenwahl_bezirk-10-marzahn-hellersdorf_gesamt.html (Datum des Zugriffs: 31. Mai 2017).

Lazarsfeld, P. F. und Berelson, B. und Gaudet, H. (1969): Wahlen und Wähler. Soziologie des Wahlverhaltens (Soziologische Texte Bd. 49). Neuwied, Berlin.

Leven, I. und Quenzel, G. und Hurrelmann, K. (2015): Familie, Bildung, Beruf, Zukunft: Am liebsten alles. In: Shell Deutschland Holding (Hg.) (2015): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Massing, P. W. (1959): Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M.

Meuschel, S. (1992): Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Suhrkamp, Frankfurt a. M.

Michelsen, D. und Przybilla-Voß, M. und Lühmann, M. u. a. (2017): Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe in Ostdeutschland sowie die Ballung in einzelnen ostdeutschen Regionen. http://www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Downloads/Publikationen/studie-rechtsextremismus-in-ostdeutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (Datum des Zugriffs: 20. Juni 2017).

Milbrandt, B. und Biskamp, F. und Albrecht, Y. und Kiepe, L. (Hg.) (2017): Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien. Verlag Barbara Budrich, Opladen.

Partei, Die (2017): Homepage Die Partei. https://www.die-partei.de/ (Datum des Zugriffs: 31. Mai 2017).

Port, A. I. (2010): Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Reuter, M. (2017): Treue Gefolgschaft. So twittert die AfD. 18. April 2017. In: Netzpolitik.org. https://netzpolitik.org/2017/treue-gefolgschaft-so-twittert-die-afd/ (Datum des Zugriffs: 15. Juni 2017).

Rijke, J. de und Gaiser, W. und Gille, M. und Sardei-Biermann, S. (2006): Wandel der Einstellungen junger Menschen zur Demokratie in West- und Ostdeutschland – Ideal, Zufriedenheit, Kritik. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung. Heft 3/2006, S. 335 – 352.

Rosa, H. (2005): Beschleunigung. Veränderungen der Zeitstrukturen in der Moderne. Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Rubin, E. (2016): Amnesiopolis. Modernity, Space, and Memory in East Germany. Oxford University Press, Oxford.

Röpke, A. (2017): Jahrbuch rechte Gewalt. Chronik des Hasses. Hintergründe, Analysen und Ereignisse 2016. Kanur, München.

Salzborn, S. (2015): Demokratieferne Rebellionen. In: Deutsche Polizei. Heft 3/2015.

Schäfer, A. (2010): Politische Parallelwelten. Wo die Nichtwähler wohnen. In: Magazin Mitbestimmung. Ausgabe 6/2010. https://www.boeckler.de/20835_20840.htm (Datum des Zugriffs: 29. Mai 2017).

Schäfer, A. und Vehrkamp, R. und Gagné, J. F. (2013):Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. In: Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Prekaere_Wahlen.pdf (Datum des Zugriffs: 21. Juni 2016).

Schwarzbeck, M. (2016): Tatort Marzahn-Hellersdorf: Die rechte Gewalt in Berlin eskaliert. Ein Bericht von der Front. In: Zitty. 18. - 24. Februar 2016. http://www.zitty.de/die-rechte-gewalt-in-berlin-eskaliert/ (Datum des Zugriffs: 30. Mai 2017).

Shell Deutschland Holding (Hg.) (2015): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt a. M.

Sonneborn, M. (2017): Homepage Martin Sonneborn. http://www.martinsonneborn.de/ (Datum des Zugriffs: 31. Mai 2017).

Stapf-Finé, H. und Brodowski, M. und Metzner, A. (2015): EvaMarzahn Evaluation des Aktionsprogramms zum Masterplan "Arbeit und Ausbildung für Alle Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf“ In: ASH Berlin. https://www.ash-berlin.eu/fileadmin/Daten/Forschung/EvaMarzahn/EvaMarzahn_Forschungsbericht.pdf (Datum des Zugriffs: 30. Mai 2017).

Stocker, R. (2014): Demokratiedistanz politisch unzufriedener Bürger/innen. Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von TNS Infratest Politikforschung. http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10822.pdf (Datum des Zugriffs: 20. Juni 2017).

Tagesspiegel (2015): Nach Pegida-Pressekonferenz. Landeszentrale für politische Bildung Sachsen unter Druck. 21. Januar 2015. In: tagesspiegel.de. http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-pegida-pressekonferenz-landeszentrale-fuer-politische-bildung-sachsen-unter-druck/11254128.html (Datum des Zugriffs: 29. Mai 2017).

U18-Abgeordnetenhauswahl Berlin 2016 (2016): Wahllokale und Aktionen in Marzahn-Hellersdorf. In: U18-Marzahn-Hellersdorf. https://u18-marzahn-hellersdorf.jimdo.com/ (Datum des Zugriffs: 31. Mai 2017).

U18 (2016): Wahlergebnisse Berlin. http://www.u18.org/vergangene-wahlen/berlin-2016/wahlergebnisse/ (Datum des Zugriffs: 31. Mai 2017).

Vorländer, H. und Herold, M. und Schäller, S. (2015): Wer geht zu Pegida? Eine empirische Untersuchung von PEGIDA-Demonstranten in Dresden (Schriften zur Verfassungs- und Demokratieforschung 1/2015). https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/poltheo/ressourcen/dateien/news/vorlaender_herold_schaeller_pegida_studie?lang=de (Datum des Zugriffs: 20. Juni 2017).

Walter, F. (2015): Aktuelle Forschungsergebnisse zu den Pegida-Protesten. http://www.demokratie-goettingen.de/blog/studie-zu-pegida (Datum des Zugriffs: 20. Juni 2017).

Weller, K. (1991): Das Sexuelle in der deutsch-deutschen Vereinigung. Resümee und Ausblick. Forum Verlag, Leipzig.

Wolle, S. (1999): Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR, 1971-1989. 2. durchgesehene Aufl., Christoph Links Verlag, Bonn.

Wollmann, H. und Derlien, H.-U. und König, K. und Renzsch, W. und Seibel, W. (1997): Die institutionelle Transformation Ostdeutschlands zwischen Systemtransfer und Eigendynamik. In: dies.: Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland. Leske + Budrich, Opladen.

Zick, Andreas (2016). Gespaltene Mitte-Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Dietz, Bonn.